

Proletarier/innen aller Länder, vereinigt euch!

Proletarische

Nr.58

unabhängig
von Staat und Kapital

Revolution

revolutionär-kommunistische Zeitung in Österreich

Oktober 2014

Spendenempfehlung: 2,- Euro

15. Jg.

im 144. Jahr
der Pariser Kommune



Biji Berxwedana Kobane



Inhalt

Kriegsgefahr:

Die Ukraine - Brennpunkt imperialistischer Rivalität und Kriegsgefahr in Europa 3

Kasten: Bemerkung zum Baltikum 8

Kann sich die imperialistische Rivalität zu einem „Weltkrieg“ auswachsen? 11

„Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ 15

Revolutionäre Militärpolitik und Kampf gegen Kriegsvorbereitung und Krieg 20

Kasten: Der Krieg in der Ukraine ist ein reaktionärer Krieg zwischen zwei imperialistischen Lagern 20

Gelebte militärische Neutralität 23

Vor 100 Jahren begann Österreich den 1. Weltkrieg 24

Eine Voraussage des Ersten Weltkriegs aus dem Jahr 1887 (Engels) 26

Bundesheer: Wehrpflicht wird ausgehungert, „Profilschärfung“ geht weiter 27

Syrien, Irak, Kurdistan, Palästina:

Syrien, Irak... Die Kriegstreiber stoppen! Freiheit für Kurdistan! 30

Der „Islamische Staat“ im Irak und in Syrien 31

Geschichte der IS 33

Da'esch (ISIS - Islamisches Kalifat) - volksfeindliches Instrument des Imperialismus 49

Aktuelle Entwicklung in Irak und Irakisch-Kurdistan - Interview 53

Solidarität mit der Frauenbefreiungsbewegung in Kurdistan 58

Hände weg von Ain Al Arab (Kobane)! Hände weg von Syrien! 66

Buchvorstellung Frauenguerilla... 67

Freiheit für Palästina 68

Aus aller Welt:

Aktionstag für die politischen Gefangenen in Indien 73

Situation in Indien (Interview) 73

Bewaffneter Kampf auf den Philippinen 75

Yusuf und Özgür: 129b-Prozess in Stuttgart-Stammheim 76

595 Putzarbeiterinnen im Streik in Athen 77

Griechenland: Die Klinik der Solidarität, Thessaloniki 78

Das Gesundheitssystem ist krank! 79

Fluchthilfeprozess in Wr.Neustadt 82

Ebola ist keine Naturkatastrophe (mailaussendung) 82

Editorial

Im November 1917 (nach altem russischen Kalender noch Oktober) haben die russischen Arbeiter/innen mit dem Schrei: Frieden, Arbeit, Brot! die „linksbürgerliche“ Kerenski-Regierung gestürzt. Grund war, dass diese (heute würde man sagen: sozialdemokratische) Regierung den Krieg weiter führte, und damit die katastrophalen Lebensbedingungen in den Städten und am Land weiter verschärfte und die Arbeiter/innenmassen auf einen späteren Aufschwung vertröstete. Durch die unermüdliche politische Aufklärungsarbeit der Kommunist/innen (Bolschewiki) erkannten viele Arbeiter/innen, Bäuer/innen und Soldaten Russlands, dass es der bürgerlichen Revolutionsregierung vor allem um die Stabilisierung des kapitalistischen Ausbeutersystems ging und nicht um die Interessen der Arbeiter/innen und Volksmassen. Deshalb schlossen sie sich dem Aufstandsaufruf der Kommunist/innen an und beteiligten sich zu Hunderttausenden an der Oktoberrevolution, der Errichtung der Diktatur des Proletariats über die früheren Ausbeuter und dem Aufbau des Sozialismus. Wir empfehlen dazu unseren (neuen) Leser/innen die PR-Sondernummer 29a (Nov.2007) zur Oktoberrevolution, ihrem Verlauf und den Lehren für uns heute.

Die russische Oktoberrevolution, aus der das bisher dauerhafteste sozialistische Gesellschaftssystem hervorging, ist für uns Revolutionäre Kommunist/innen auch und gerade hinsichtlich des revolutionären Kampfes gegen Kriegstreiberei und Kriege von aktueller und herausragender Bedeutung.

Die vorliegende Ausgabe der Proletarischen Revolution konzentriert sich auf die Kriegsgefahr und den Krieg. Sie war ursprünglich für September geplant, die Auseinandersetzungen mit dem Thema, vor allem die Einschätzung der aktuellen Veränderung der Situation in Osteuropa und Westasien (Nahost), haben eine frühere Herausgabe verhindert.

Nach drei längeren Artikeln zum Thema imperialistische Rivalität und wachsende Kriegsgefahr in Europa zusammen mit Flugblättern und kürzeren Beiträgen (u.a. von Gen. Engels) folgt ein Block zu den Kriegsgebieten Syrien, Irak, Kurdistan und Palästina. Dort finden sich neben Beiträgen von uns und der IARKP auch 3 längere Nachdrucke: zu Da'esh/IS von einem iranischen Aktivisten, zur Frauenselbstbefreiung in Kurdistan von autonomen Lesben-Frauen aus der Zeitschrift „Krampfader“ und ein von uns übersetztes Interview zu Irak-Kurdistan aus A World To Win News Service.

Zur Lage in Österreich gibt es ein Flugblatt über das kranke Gesundheitssystem (von IARKP und SPK/PF(Ö)) und einen Aufruf zum laufenden Schleppereiprozess in Wiener Neustadt.

Von der internationalen Solidaritätsfront bringen wir einen kurzen Bericht zum Stammheim-Prozess gegen die 2013 aus Österreich verschleppten Genossen Yusuf und Özgür, sowie ein Interview mit einer Aktivistin der Roten Hilfe International anlässlich des Aktionstags für die politischen Gefangenen in Indien (beides aus dem gefangenen.info übernommen.)

Zu Griechenland haben wir einen Aufruf für die Klinik der Solidarität in Thessaloniki (von einer Leserin), sowie Informationen zum Putzfrauen-Streik vom Griechenland-Komitee in Wien bekommen.

Zu den bewaffneten Kämpfen in den Philippinen bringen wir eine Übersetzung aus Ang Bayan, dem Zentralorgan der KP Philippinen.

Nach Redaktionsschluss (20.10.) ist noch eine Stellungnahme zu EBOLA angekommen, einer ausgesprochenen Armen-Krankheit, die fast nur schlecht ernährte Menschen befällt und umbringt, d.h. die Volksmassen in den vom Imperialismus am meisten betroffenen und ausgebeuteten Neokolonien. Dazu bringen wir voraussichtlich in der nächsten Ausgabe einen längeren Beitrag.

Die Ukraine

Brennpunkt imperialistischer Rivalität und Kriegsgefahr in Europa

*„Blut und Dreck in Wahlverwandtschaft
Zog das durch die deutsche Landschaft
Rülpste, kotzte, stank und schrie:
Freiheit und Democracy!“*

Das ist eine Strophe aus einem Gedicht („Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy“), das Bertolt Brecht 1947 schrieb, als das deutsche Monopolkapital und die versammelte Reaktion, die bisherigen Nazis mit inbegriffen, daran ging, mit US-Hilfe ihr Deutschland wieder aufzubauen. Die Losung hieß jetzt nicht mehr „Ein Reich, ein Volk, ein Führer“, sondern „Freiheit und Democracy“. Auch heute werden weltweit Aggression und Okkupation, Bombenterror und von den Imperialisten und ihren Helfershelfern gesteuerte „Terrormilizen“, werden die Ausbeutung und Unterdrückung der Völker, wird die Kriegsbrandstiftung des Imperialistengesindels begleitet von Geheul für „Freiheit und Democracy“. Besonders laut heulte es sich in den letzten Monaten in Richtung Ukraine, seitens der westlich-imperialistischen Regierungen und Parlamente, der NATO und der EU, mit unglaublicher und in den letzten Jahren selten gesehener Aggressivität aber seitens der Bourgeoismedien, die vorgeschickt werden und sich in ihrer Hetzerei und Hysterie keinen Zwang antun müssen. Die Ukraine sowie der Irak und Syrien stehen derzeit im Zentrum der imperialistischen Propaganda (während für andere,

nicht weniger desaströse Kriegsschauplätze, wie z.B. Libyen, den Imperialisten im Moment der Plan fehlt, was sie noch anrichten könnten, und daher auch die Bourgeoismedien keine Aufgabe vorfinden.) Während aber am Kriegsschauplatz Naher Osten die Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten als Verursacher und Treiber des ganzen Desasters plötzlich in den Hintergrund getreten, ja geradezu verschwunden zu sein scheint - trommeln sie beim Bürgerkrieg in der Ukraine, er steuere vielleicht auf eine große Konfrontation „zwischen Ost und West“ zu, d.h. zwischen dem russischen Imperialismus und dem Imperialistenbündnis der USA und der EU. Historische Reminiszenzen an den Kalten Krieg und die damals sich entwickelnde Kriegsgefahr zwischen dem US- und dem sowjetischen Sozialimperialismus werden aufgewärmt - und auch solche an den Zweiten Weltkrieg, wobei Vergleiche von Putin und Hitler nicht fehlen dürfen. Interessant, wie dieselben Kräfte, die sonst immer die Friedfertigkeit des westlichen Imperialismus betonen, plötzlich zu solchen Kriegshetzern und Kriegstreibern mutieren. Das beweist einmal mehr, dass für sie der „Frieden“ nur als Mittel der imperialisti-

schen Beherrschung taugt und ihre „Friedensliebe“ bei der erstbesten Gelegenheit in wilde Kriegshetze mündet, sofern mit dem „Frieden“, d.h. dem Status quo, ihre Interessen nicht mehr durchzusetzen sind.

Der westlich- imperialistische Übernahmeversuch

Die Kriegshysterie, d.h. eine im Verhältnis zur Realität übersteigerte Kriegspropaganda, die wir einige Wochen lang zu hören bekamen, gibt es freilich erst seit wenigen Monaten, keineswegs etwa schon seit der Eröffnung der neuen Offensive der „Freiheit und Democracy-Fraktion“ gegen Ende 2013 und dem Ausbruch des Bürgerkriegs. Als der Janukowycz-Regierung ein Assoziierungsabkommen mit der EU vorgelegt wurde, in dem beiläufig auch die Heranführung an und schlussendlich angepeilte Integration in die NATO vorgesehen war, als faschistische Verbände von der „Freiheit und Democracy-Fraktion“ ermutigt, gestärkt und finanziert wurden und schließlich die „Maidan-Bewegung“ „übernahmen“, als sie Anschläge gegen alle fortschrittlichen Kräfte verübten und auch den Maidan-Platz von solchen „säuber-

ten“, als sie dort schließlich ein Gemetzel mit weit über hundert Toten veranstalteten, das der Janukowycz-Regierung in die Schuhe geschoben wurde, als gestützt auf dieses typisch faschistische Verbrechen diese Regierung weggeputscht und verjagt wurde, als ein ultrareaktionäres Regime mit starker faschistischer Beteiligung die Regierung übernahm, als dieses sofort auf die ukrainischen Russen losging und pogromartige Verbrechen beging, als der raschestmögliche EU- und NATO-Beitritt der Ukraine zur obersten Priorität erklärt wurde zusammen mit einer massiven Aufrüstung von Armee und „Sicherheitskräften“, bei Eingliederung der faschistischen Terroristenverbände in dieselben, als eine massive Aufrüstungswelle des Kiewer Regimes durch die NATO-Staaten einsetzte - als alles dies geschah, war von Gewalt und Krieg keine Rede, sondern es strotzte im Gegenteil alles nur so vor „Freiheit und Democracy“, Selbstbestimmung und Menschenrechten. Erst als das Kalkül nicht aufging, als es Widerstand in der Ost- und Südukraine gab, als auch Russland zu verstehen gab, es würde einem solchen Einkassieren der Ukraine und einem Vorschieben der NATO-Außengrenze an die russische Grenze nicht tatenlos zusehen, als man trotz allen Getöses der Abspaltung der Krim nichts entgegensetzen hatte, als sich also der Traum von einer Ukraine als einem leicht an sich zu reißenen Beutestück verflüchtigte - jetzt wurden für Washington, Ber-

lin und Paris die Ereignisse in der Ukraine plötzlich zu einer furchtbaren Bedrohung des Weltfriedens. Erst als der Vorstoß gegen Russland sich als Rohrkreierer erwiesen hatte, war plötzlich von Kriegsgefahr die Rede. Wenn man aber nicht die ganze Vorgeschichte „vergisst“, dann steht außer Zweifel, wer in der Ukraine den jetzigen Bürgerkrieg und eine eventuell übergreifende Kriegsgefahr ursprünglich „angezettelt“ hat. Es ist grotesk, wenn in der bürgerlichen „Öffentlichkeit“ so getan wird, als ob „Putin“ diesen Konflikt mutwillig und ohne Grund vom Zaun gebrochen hätte. Bleibt die Frage: Waren sie wirklich so naiv, auf Passivität Russlands zu setzen - oder war es - eher! - einfach ein gefährliches imperialistisches Pokerspiel, das eben auch in die Hose gehen kann?

Seither überschlägt sich die Propaganda regelrecht. „Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg“, heißt es, wurden zuerst auf der Krim und würden jetzt vielleicht in der Ostukraine Staatsgrenzen mit militärischer Gewalt verändert. Wie bitte? Die Bombenteppiche über Serbien und die gewaltsame Zerstörung Jugoslawiens 1991, die anschließende Errichtung von Protektoren und Kolonialgebilden im Kosovo und in Bosnien, sowie einiger weiterer Klein- und Zwergstaaten am Balkan (Montenegro, Mazedonien, auch Slowenien), die sich in ihrer neu errungenen „nationalen Unabhängigkeit“ natürlich nicht behaupten kön-

nen - das alles schon vergessen? Oder, um zeitlich und räumlich etwas weiter auszuholen, die Besetzung Nordzyperns durch die Türkei 1974 oder die Annexion der Westsahara durch Marokko 1975? Die Kolonisierung Palästinas und zeitweise Besetzung des Libanon durch den Zionistenstaat, die Annexion der Golanhöhen (von Syrien) und die zeitweise Okkupation der gesamten Sinai (von Ägypten) durch denselben? Von den vielen Kolonial- bzw. Befreiungskriegen gar nicht zu reden und auch nicht von den Kriegen in Korea und Vietnam bis zuletzt in Afghanistan, Somalia, Jemen, Sudan, Irak, Syrien, Libyen etc.. Von „erstmal seit dem Zweiten Weltkrieg“ kann keine Rede sein. Diese absurde Übersteigerung, die düstere Andeutung, dass - angeblich - auch der Zweite Weltkrieg so begonnen habe, usw. dient dazu, die Militarisierung der Köpfe in den westlichen imperialistischen Ländern voranzubringen, die Menschen auf Krieg „vor der Haustür“, früher oder später vielleicht auch schon in der Haustür oder irgendwo im Haus selbst einzustimmen und die sich beschleunigende Aufrüstung zu rechtfertigen.

Man muss, will man verstehen, was hier vorgeht, die Entwicklung seit dem Zerfall der sozialimperialistischen Sowjetunion 1991 unter dem Gesichtspunkt der Kräfteverhältnisse zwischen imperialistischen Mächten betrachten. Es gab bis 1991 ein sowjetisches Imperium, einen russischen Machtbereich,

der von den USA mit Hilfe der Gorbatschows und Jelzins systematisch „aufgerollt“ wurde. Der alte US-Traum vom „roll back“ der sozialistischen Sowjetunion wurde mit ein paar Jahrzehnten Verspätung als roll back des wieder kapitalistisch gewordenen Russland Wirklichkeit. Dem angeblichen „Kommunismus“ à la Breschnew wurde der Garaus gemacht, die EU, NATO etc. immer weiter an die russischen Grenzen vorgeschoben, die USA errichteten überall in den südlichen GUS-Staaten ihre Militärstützpunkte usw. Zwar wurden dadurch formell nicht Staatsgrenzen mit Gewalt verändert, aber immerhin gewaltige Machtbereiche gebrochen und Machtgrenzen verschoben und zwar durchaus mit mehr oder weniger „oranger“ oder andersfärbiger Gewalt. Es zerfiel auch die staatliche Einheit der Sowjetunion, immerhin auch ein Völkerrechtssubjekt, zwar in erster Linie an innerer Fäulnis, aber natürlich wurde von westlicher Seite kräftig mitgemischt und nachgeholfen. Jedenfalls fand seither eine ständige Expansion der EU, der NATO usw. in Richtung Russland statt. Es ist kein Wunder, dass das vom gerade noch so starken und dann so tief abgestürzten russischen Imperialismus als Aggression empfunden wurde und wird.

Eine neue Phase in der Entwicklung des russischen Imperialismus

In der Ukraine stehen sich nicht ein freiheits- und demokratieliebender Westen

und das moskowitzisch-putinische Böse gegenüber, sondern zwei imperialistische Lager. Da ist sie wieder, die imperialistische Rivalität! Es gab sie natürlich immer, auch nach 1991, denn man konnte nicht ernsthaft davon ausgehen, Russland würde für immer eine zweitrangige Macht oder vielleicht sogar ein Wurschtel des Westens bleiben, obwohl das damals viele westliche Imperialisten in ihrer Begeisterung glaubten, aber diese Rivalität trat nicht so scharf und so offensichtlich hervor.

Werfen wir einen Blick zurück auf die Entwicklung des russischen Imperialismus. Der Zweite Weltkrieg endete mit dem Sieg des Sozialismus in China, Korea, der Mongolei und Osteuropa und damit mit dem Entstehen eines gewaltigen sozialistischen Lagers auf der einen Seite und mit einem imperialistischen Lager, in dem die USA die Vormacht hatten, auf der anderen Seite. Zwar waren deren militärische Beiträge zur Niederrichtung des Hitlerfaschismus bescheiden gewesen, aber sie hatten die Gelegenheit genutzt, ihre imperialistischen Rivalen entweder zu schlagen bzw. von anderen schlagen zu lassen (Deutschland und Japan) oder auszubooten (Großbritannien und Frankreich). Die Rivalität zwischen den USA und dem British Empire z.B. war sozusagen eine verdeckte Parallelgeschichte des Zweiten Weltkriegs, ohne die man viele strategische und taktische Winkelzüge des Weltkriegs

nicht verstehen kann. Jedenfalls konnten die USA nach dem Krieg die alten Kolonialmächte faktisch beerben und ihre eigene neokoloniale Herrschaft errichten. Zugleich fand in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins eine revisionistisch-kapitalistische Konterrevolution statt, in deren Gefolge sich die Sowjetunion aus einem sozialistischen in ein kapitalistisch-imperialistisches Land verwandelte, in den sowjetischen Sozialimperialismus. Ab den späten 1950er oder frühen 1960er Jahren wurde der Widerspruch zwischen dem US- und dem sowjetischen Sozialimperialismus zum hauptsächlichsten Widerspruch im imperialistischen Lager, der alle anderen zwischenimperialistischen Widersprüche dominierte.

Heute längst „vergessen“, trat der Sozialimperialismus in den 1970er Jahren zum Kampf um die Weltherrschaft gegen den US-Imperialismus an. Hauptziel war Europa, die imperialistischen und hoch entwickelten Länder Europas. Auf Teufel komm raus wurde aufgerüstet, Europa wurde hinsichtlich der Öl- und überhaupt Rohstoffversorgung eingekreist, Lockmittel gegenüber den westeuropäischen Bourgeois wurden ausgelegt und von diesen begeistert aufgeleckt. Der Sozialimperialismus bereitete sich auf die militärische Konfrontation mit dem US-Imperialismus vor. Ein großer Krieg um Europa, ein neuer Weltkrieg begann sich abzuzeichnen. Das waren die Jahre einer „bipolaren Weltlage“ (um

die Ausdrucksweise bürgerlicher Geostrategen zu verwenden). Bevor es allerdings dazu kommen konnte, brach der Sozialimperialismus an seiner eigenen inneren Fäulnis und an „Überdehnung“ der Kräfte zusammen: seine wirtschaftliche Kraft reichte nicht aus, um das für die strategischen Ziele militärisch Notwendige zu schultern. Die Folgen sind bekannt: Zusammenbruch der Sowjetunion.

Jetzt waren Jahre des Triumphs des US-Imperialismus gekommen, Jahre des „roll back“. Es folgten Jahre einer „monopolaren Weltlage“. Aber auch die europäischen Imperialisten, endlich von der Angst vor dem „russischen Bären“ befreit und wieder mutig geworden, witterten Morgenluft und machten sich auf, um am Generalangriff zur Zerschlagung der Sowjetunion und zur „Übernahme“ nicht nur der diversen Teilrepubliken, sondern auch Russlands selbst teilzunehmen.

Aber mit dem US-Imperialismus ging es, trotz seines Sieges über den sozialimperialistischen Rivalen, im Weltmaßstab bereits ebenfalls bergab, er hatte ebenfalls seine Kräfte überdehnt und erreichte seine Schranken, er hatte neokoloniale Kriege verloren, seine Wirtschaft dümpelte oder stagnierte, er konnte die ungeheuren Militärausgaben immer schwerer finanzieren - und der Sieg über den russischen Rivalen konnte diese Probleme allenfalls zeitweilig kompensieren.

Die europäischen Imperialisten, v.a. Frankreich und Deutschland, versuchten in dieser Lage, eine eigenständigere Rolle gegenüber dem US-Imperialismus zu spielen. Russland war für einige Zeit keine Gefahr mehr - also konnte man sich darauf konzentrieren, die „europäische Einigung“ voranzutreiben, sprich: die EU als imperialistischen Block auszubauen.

Doch dann gelang es der russischen Bourgeoisie, das Steuer herumzureißen, und sie schaffte es, sich von den Jelzins und Konsorten zu emanzipieren und sich wieder emporzuarbeiten. Für diese Wende vom Totalkollaps zum Volldampf in Richtung neuer „nationaler Größe“ steht Putin. Deshalb ist er im Westen so verhasst - und insgeheim zugleich bewundert. Der „Wiederaufstieg“ des russischen Imperialismus hat als Herzstück ein gewaltiges Modernisierungs- und Aufrüstungsprogramm der Armee, das 2008 mit der „Strukturreform“ begann und dessen derzeitige Etappe seit 2012 läuft und 2020 zum Abschluss gebracht werden soll. Dann wird die gesamte Militärmacht, Heer, Flotte, Luftwaffe, Raketen- und Weltraumwaffe, für „höhere Ziele“ bereit sein. Zugleich wird laufend die Einsatzfähigkeit in groß angelegten Alarmübungen geübt und verbessert und auch tatsächliche lokale bzw. regionale Kriege wie der Georgienkrieg 2008 tragen zur Erhöhung der Kampfkraft des russischen Militärs bei.

Aus dem westlichen Traum einer neokolonialen Beherrschung, zumindest aber einer weitgehenden Abhängigkeit und dauerhaften Schwächung Russlands wurde nichts. Auch die ökonomische, politische, militärische „Einkreisung“ Russlands hat nur teilweise funktioniert, eigentlich nur in Europa (durch die mehr oder weniger vollzogene Eingliederung der früheren Sowjetrepubliken Estland, Lettland, Litauen, Moldawien in EU und NATO und die enge Anbindung Georgiens). In den kaukasischen und zentralasiatischen Staaten war das Feuerwerk der Madeleine Albright- und Konrad Adenauer-Stiftungen, der CIA- und US-Militärstützpunkte bald wieder verpufft. Den USA ist von einem halben Dutzend Militärstützpunkten, die sie seit 1991 in diesem Raum errichteten, nur der in Georgien geblieben; der vorletzte, der in Kirgistan, wurde aufgekündigt und im Juni 2014 endgültig geräumt; über ihn waren seit 2001 in Summe 5,3 Millionen US-Soldaten-Transporte nach und aus Afghanistan abgewickelt worden; jetzt gibt es in Kirgistan nur mehr einen russischen und einen chinesischen Militärstützpunkt. Umgekehrt hatte Russland noch vor wenigen Jahren nur die Stützpunkte in Armenien und Kirgistan sowie auf der Krim, inzwischen aber zusätzlich solche in Belarus, Tadschikistan und einen kleinen in Transnistrien und die Krim ist gerade dabei, ein Stützpunkt ganz anderer Dimension zu werden.

Heute arbeitet der russische Imperialismus daran, das westliche Rollback seinerseits wieder zurückzurollen und die Grenzen seines Machtbereichs allmählich wieder auszudehnen. Er hat dabei selbstverständlich das Territorium der früheren Sowjetunion, zwar vermutlich nicht gleich das ganze, aber doch einen erheblichen Teil davon, im Auge. Die gesamte „Militärdoktrin“ Russlands ist darauf gerichtet: Eroberung und Beherrschung einer großen eurasischen Landmasse bei Einbeziehung der Arktis und des Westpazifik entlang der Ostgrenzen Russlands. Bisher wurden (relativ zu den Ambitionen) eher kleine Brötchen gebacken: Transnistrien, Abchasien und Südossetien, dann die Krim und jetzt bzw. vielleicht bald einmal die Ost- und Südukraine. Allerdings war in einem Fall dafür der - in militärischem Sinn - immerhin schon „richtige“ Krieg mit Georgien erforderlich. Im Visier hat Russland sicher viel mehr. Ein Hebel dafür neben anderen ist die im Mai 2014 gegründete „Eurasische Union“. Auch wird die russische Öl- und Gaswirtschaft seit einiger Zeit in Richtung Asien „reorientiert“ (wo ja auch, abgesehen von geopolitischen Überlegungen, ein viel größeres Absatzpotential liegt). Dazu gehört z.B. die kürzliche Übernahme der armenischen und kirgisischen Öl- und Gaswirtschaft durch Gasprom. Russland kommt aus der strategischen Defensive allmählich heraus und bewegt sich in Richtung

strategischer Offensive. Es wird eine zunehmend offensivere und aggressivere Politik an den Tag legen und, wenn nicht auf wirtschaftlichem Gebiet etwas dazwischenkommt, in vielleicht einem Jahrzehnt, auf militärischem Gebiet laut Planung schon „2020“ (natürlich nur ein plakatives Datum), so aufgestellt sein, dass es einen im Vergleich zu heute noch wesentlich bedeutenderen Machtfaktor in Europa und Asien darstellt.

Trotzdem muss man die Kirche im Dorf lassen, Russland wird nicht so schnell wieder eine Machtstellung (relativ zu den anderen Imperialisten) wie vor drei, vier Jahrzehnten gewinnen. Zweifellos würde es heute wie auch auf absehbare Zeit die Kräfte des russischen Imperialismus vollständig übersteigen, wieder wie vor einigen Jahrzehnten Welthegeemoniepläne zu schmieden und Europa zu „übernehmen“. Er wird versuchen, den US-Einfluss in Europa zurückdrängen, und das mit guten Chancen, aber mehr ist auf absehbare Zeit nicht drin. Dazu wären wesentlich größere wirtschaftliche und militärische Ressourcen erforderlich, die banal nicht da sind.

Zur gleichen Zeit mauserte sich der chinesische Imperialismus zu einer neuen imperialistischen Hegeemonialmacht, natürlich zunächst vor allem in Asien, aber auf längere Sicht auch mit globalen Ambitionen. Mit Russland gibt es Kooperation, aber auch

Interessenswidersprüche und Kollisionspotential. Selbstverständlich rivalisieren der russische und der chinesische Imperialismus auf allen Gebieten überall in Asien, auch in den zentralasiatischen GUS-Staaten. Derzeit überwiegt aber offenbar das Interesse an Zusammenarbeit zur weiteren Zurückdrängung des US-Imperialismus in Ost-, Südost- und Zentralasien.

So finden wir heute eine überaus komplizierte „multipolare Weltlage“ vor. Mit der alleinigen US-Weltherrschaft ist es zu Ende. Der Expansions Traum der europäischen Imperialisten findet seine Schranken am Wiedererstarken eines imperialistischen Russland, was wiederum Einfluss auf die Beziehungen zu den USA hat. China kommt immer mehr ins globale imperialistische Spiel, natürlich zunächst vorrangig in Asien, aber „2020“ (seltsamer Zufall der militärischen Planung!) möchte die chinesische Armee und Flotte auch „in weit entfernten Räumen“ operationsfähig sein.

Die europäischen Bourgeoisien haben die veränderte Weltlage bei ihren Machtinteressen und Umtrieben zu berücksichtigen. Sie schwanken bereits und werden in Zukunft immer mehr schwanken einerseits zwischen der „Vorwärtsoption“, d.h. einer noch aggressiveren Vorgangsweise „gen Osten“ und damit gegen den russischen Imperialismus, bis hin zu regelrechtem impe-

rialistischen Abenteuerum, naturgemäß verbunden mit der Verschärfung lokaler und regionaler Kriegsgefahr und damit auch der, dass ein solcher Konflikt „aus dem Ruder läuft“ - und andererseits einer Politik gegenüber Russland, die auf „Kooperation“ und „Verständigung“ hinzielt - was natürlich mit zunehmendem Erstarken Russlands und zunehmendem expansionistischen Druck von seiner Seite letztlich auf Zurückweichen und Unterordnung hinausläuft. Man arrangiert sich, man bringt seine Schäfchen ins Trockene, man legt sich mit der stärkeren und aufstrebenden Macht lieber nicht an. Zweifelsohne ist auch diese letztere Strömung in

den westlichen Bourgeoisien wieder stärker präsent und auch dies drückt sich in der Haltung einiger europäischer Bourgeoisfraktionen in der „Ukraine-Krise“ aus. Es sind dies solche Fraktionen, die wirtschaftlich in der Ukraine, vor allem aber in Russland - im Unterschied zu den USA - viel zu verlieren haben. Der Segen des Kapitalexports nach Russland in der Vergangenheit lastet in einem Szenario, wo man Russland nicht beherrschen kann, schwer auf den heutigen Optionen westlich-imperialistischer Politik. In Deutschland ist diese Strömung naturgemäß stärker ausgeprägt als z.B. in Frankreich, die deutsche Bourgeoisie ist in der Ukraine-Frage mehr

gespalten als die französische, sie hat auch stärkere wirtschaftliche Interessen in Russland. Genauso auch die Haltung wichtiger Teile der österreichischen Kapitalistenklasse (z.B. der ÖMV, Strabag, WKÖ, Raiffeisen International ..). Die USA dagegen haben solche wirtschaftliche Interessen nur in geringerem Maß, indes das größte politische Interesse an einem konfrontativen Kurs mit dem Ziel, erstens die europäischen Imperialisten zu schwächen und zu schädigen, indem sie einen Keil in die Beziehung zu Russland treiben, zweitens indem sie die Widersprüche zwischen Scharfmachern in der EU, darunter die polnischen und baltischen, einerseits und anderen

Eine Bemerkung zum Baltikum

Erstens: Wir haben es dort mit noch nicht so lange emporgekommenen Bourgeoisien zu tun, die sich ihr Kapital auf gleiche Weise verschafft haben wie die russische (oder ukrainische oder kasachische etc.), nämlich durch räuberische Aneignung des früheren sowjetischen Staatseigentums - und dieser Staat war im Kern russisch. Natürlich haben sie Angst, dass ihnen ein wieder erstarktes Russland ihr Eigentum und ihre Macht eines Tages wieder streitig machen könnte. Zweitens: In der sozialimperialistischen und sozialfaschistischen Sowjetunion wurden die anderen Nationen, in bester Tradition des zaristischen Völkerkerkers, auch national unterdrückt und einem großrussischen Chauvinismus unterworfen. Der berechtigte Kampf gegen den Sowjetimperialismus nahm daher auch die Form nationalen Widerstands an, deren Unterdrückung oft eine besondere Brutalität und immer auch die Komponente eines großrussischen Chauvinismus hatte. Ältere Semester werden sich vielleicht noch daran erinnern, wie Demonstrationen, Streiks und Universitätsbesetzungen z.B. in Riga auf brutale Weise mit Fallschirmjägertruppen unterdrückt wurden. Die baltischen Bourgeoisien können aufgrund der Geschichte, die seit der Konterrevolution unter Chruschtschow immer auch eine der nationalen Unterdrückung war, bis heute die „nationale“ Karte wunderbar spielen, weil die sozialimperialistische Beherrschung und Unterdrückung bis heute unter den Volksmassen präsent ist. Eventuelle Ängste im Volk vor einer neuerlichen russischen Unterwerfung sind daher nicht ohne Grund in Teilen der baltischen Völker massiv präsent und auch nicht unberechtigt. Drittens diskriminieren und unterdrücken diese Staaten heute ihrerseits ihre russischen Minderheiten. Sie fürchten daher nicht zu Unrecht, dass diese (teils erheblichen) Minderheiten vielleicht einmal gerne die Hilfe der russischen „Brüder“ in Anspruch nehmen könnten. Es sollte den Volksmassen jedoch klar sein, dass sie im Fall russischer Expansionsbestrebungen in das Baltikum keine Hoffnungen in die westlichen Imperialisten und in ihre eigenen Bourgeoisien setzen sollten, die die Völker entweder in ein Blutbad treiben und das Baltikum in ein Schlachtfeld verwandeln würden oder - bei anderen Kräfteverhältnissen - auf einen anderen Kurs gegenüber Russland umschwenken und das „nationale Wohl“ bedenkenlos versteigern würden. Gegen den Imperialismus in allen seinen Couleurs braucht es den gemeinschaftlichen Kampf der Arbeiterklassen und Völker aller betroffenen Länder gegen jegliche imperialistische Beherrschung.

EU-Ländern andererseits zuspitzen und damit die EU in ihrer imperialistischen Handlungsfähigkeit beeinträchtigen, drittens indem sie so die europäischen Imperialisten wieder stärker an die NATO binden und überhaupt ins US-Schlepptau nehmen. Auch in einigen europäischen Armeeführungen, darunter der deutschen, findet man diese Strömung, in der österreichischen sowieso¹.

So wie in den letzten Jahrzehnten ein bestimmtes Umfeld - relativer Niedergang der USA, aber zugleich relative Schwäche und noch keine Bedrohung durch Russland - das „Projekt EU“ begünstigte, vielleicht in der konkreten Ausprägung sogar erst ermöglichte, so führt die Veränderung dieses Umfelds - anhaltender Niedergang der USA, aber Wiedererstarken Russlands - zu erhöhten Spannungen in der EU, d.h. zwischen den verschiedenen Strömungen in den europäischen Bourgeoisien, über die in Zukunft zu verfolgende Strategie. Die Zunahme der Kriegsgefahr in Europa verschärft auch die Widersprüche innerhalb der EU. Diese Widersprüche könnten sogar zur regelrechten Zerreißprobe der

EU werden - ein weiterer innerer Widerspruch in der EU neben der elementaren Rivalität zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus, die hinter allem Gerede über die „Achse Berlin-Paris“ immer kräftiger wirkt.

Russland und die Ukraine

Ohne Einbeziehung der Ukraine wäre die Vision eines neuen russischen Imperiums von vornherein ein sehr amputiertes Unterfangen. Die Ukraine war seit Jahrhunderten Kerngebiet des Russischen Reichs und es wäre ein Pfahl im Fleische Russlands, wenn dort die USA oder auch die EU das Sagen hätten. Das ist nicht eine nostalgische Neuauflage des Zarismus, sondern ein zwangsläufiger ökonomischer Impetus jedes russischen Imperialismus. Russland würde regelrecht vom übrigen Europa, auch vom Schwarzen Meer, abgedrängt. Der „Eurasischen Union“ käme ohne die Ukraine ihr europäisches Element nahezu ganz (außer Belarus und das europäische Russland selbst) abhanden, was der geostrategischen und historischen Positionierung Russlands diametral zuwiderläuft.

Viel wird über die (taktischen) „Absichten Putins“ spekuliert. Einfach die Ukraine zu besetzen wäre zwar vielleicht - rein militärisch - möglich (obwohl man aus der desaströsen Niederlage der ukrainischen Armee im Osten nicht auf ihre Stärke im Fall der Verteidigung des ukrainischen Westens gegen eine russische Aggression schließen kann), ist aber wohl keine Option. Nicht nur weil eventuell mit ernsthaftem militärischen Widerstand der NATO zu rechnen wäre, das ist schwer zu beurteilen, sondern wegen der sonstigen negativen Auswirkungen auf internationaler Ebene. Aber es ist letztlich sicher Ziel Russlands, die ganze Ukraine zu beherrschen und nicht nur den Donbass. Eine Abtrennung des russophonen Ostens und Südens wäre vielleicht ein Druckmittel und Zwischenschritt, aber nicht unbedingt die beste Option, würden doch zugleich die Einflussmöglichkeiten auf die restliche Ukraine dadurch eher sinken. Wahrscheinlich setzt Russland darauf, dass die außerordentlich schwere Wirtschaftskrise der Ukraine verbunden mit der erheblichen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland die politische

¹ Die österreichischen Militärs können „Putin's ... bedeutende Schritte zur Deeskalation“, seine „mäßige Rolle „ gegenüber den „Rebellen“ in der Ostukraine und das „zunehmende Schwinden der Unterstützung der russischen Führung für die Anliegen der pro-russischen Separatisten“ in den letzten Wochen gar nicht genug loben, fühlen sich bedeutend klüger als die „Politik“ und beziehen eine eigenartig „neutrale“ Position. Außerdem, heißt es, „reagiert die innerlich nicht einige Separatistenbewegung nur eingeschränkt auf Aufforderungen des Kreml“ (alle Zitate nach Österreichische Militärische Zeitung 5/2014). Diese Quertreiberei gegen den Freiheit und Democracy- Feldzug hindert sie freilich nicht daran, sich mit allen Mitteln und in geradezu penetranter Weise als „Partner“ in die NATO-Strukturen und -aktivitäten hineinzugeilen. Gelebte Kombination von „ideellem“ Militarismus und realer imperialistischer „Vorsicht“ und Laviertaktik - letzteres zur Not unter Berufung auf den längst verscharften und verfaulten Leichnam der „Neutralität“!

Landschaft in der Ukraine auch wieder rasch verändern kann, rascher, als irgendwelche An- und Eingliederungsmaßnahmen der EU, NATO etc. greifen. Dazu noch wahrscheinlich Korruption wie nie zuvor, der Staatsapparat zersetzt, die Regierung unfähig, den Osten und Süden zu integrieren, neuerdings auch schon beachtliche Demonstrationen in Kiew und anderen Städten gegen das extrem arbeiter- und volksfeindliche „Reformprogramm“ der neuen Regierung - das alles sind Zeichen an der Wand, dass die heutige ukrainische Regierung keine lange Lebenserwartung hat² und dass sich die jetzt blindwütig und im Eilzugstempo mit EU, NATO und einzelnen Imperialisten abgeschlossenen Verträge zwar vielleicht als wunderbare Schmiergeld- und Bereicherungsquellen bewähren, aber doch nur auf tönernen Füßen stehen könnten. Immerhin war auch die „orange Revolution“ nur eine kurze Episode gewesen.

Die Gefahr der Ausweitung des derzeitigen Bürgerkriegs, der aber trotz seiner Heftigkeit nur ein beschränkter Konflikt ist, zu einer größeren militärischen Auseinandersetzung, sprich: einem regionalen Krieg in bzw. um die Ukraine, besteht. Russland hat bisher wahrscheinlich nicht mit seiner regulären Armee eingegriffen bzw. nur am Rande. Es stehen neben der regulären ukrainischen Armee mindestens 400 Söldner der (inzwischen umbenannten) US-Firma Blackwater, die u.a. aus dem Irak berüchtigt ist, sowie ein paar Hundert polnische und etliche israelische Söldner sowie die faschistischen Verbände aus der Westukraine einer ostukrainischen Miliz, verstärkt wohl um russische „Freiwillige“, gegenüber. Selbstverständlich besteht die Gefahr, dass der bisherige Bürgerkrieg sich ausdehnt und Grenzen überspringt. Rasch könnten - auf beiden Seiten - aus ein paar Hundert ein paar Tausend ausländische Söldner oder andere Soldaten

werden, die dann wiederum im Ernstfall versorgt, verstärkt oder auch wieder evakuiert werden müssen. Das ist ein bekanntes Eskalationsszenario, wie wir es z.B. aus jüngeren französischen Kolonialkriegen kennen. Ähnliches kann sich im Schwarzen Meer oder im Luftraum abspielen. Genauso wie während des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien plötzlich serbische Jagdflugzeuge über steirischem Luftraum waren und, hätte Österreich eine einsatzfähige Luftabwehr gehabt, eventuell bekämpft worden wären, genauso kann es zu ähnlichen Vorfällen im Umkreis der Ukraine kommen, nicht nur an der Grenze zu Russland, sondern auch z.B. in Richtung Moldawien oder über dem Schwarzen Meer. (Auch der Abschuss der malaysischen MH17 im Juli (nach allem, was man weiß, vermutlich durch Bordfeuer eines ukrainischen Jagdflugzeugs verweist auf Potential zur „Internationalisierung“ des Bürgerkriegs.)

² Oder kann, wie manche meinen, westliche Wirtschaftshilfe diese Regierung retten? „Militärhilfe“ ist bereits angelaufen, aber sonst bekommt die Ukraine bisher hauptsächlich Phrasen und Ankündigungen - nur das Gerippe des üblichen volksfeindlichen „Sanierungsprogramms“ steht bereits. Die vom IWF „in Aussicht gestellten“ 17-19 Mrd. \$ sind ein Witz - allein schon, wenn man nur an die heute schon aufgelaufenen 6 Mrd. \$ Gasschulden an Russland denkt, die die Ukraine bisher gar nicht und (gemäß jüngster Vereinbarung) im Jänner 2015 nur zur Hälfte zahlen kann, oder an die Kriegsschäden ... oder auch an die massive Aufrüstung, die das Kiewer Regime gestartet hat. Ein frustrierter IWFler schätzte unlängst „inoffiziell“ einen Mindestbedarf von 100 Mrd. \$ für Wiederaufbau und Wirtschaftsankurbelung (von der Aufrüstung sprach er nicht).

Kann sich die imperialistische Rivalität zu einem „Weltkrieg“ auswachsen?

Die Entwicklung in und um die Ukraine verweist auf die Zuspitzung der imperialistischen Rivalität und damit auf die tendenziell wachsende Kriegsgefahr. Es wird ja nicht nur Kriegspropaganda zur mentalen Militarisierung der Volksmassen betrieben, sondern auch wirkliche Aufrüstung und wirkliche Kriegsvorbereitung. Es ist nicht mehr bloß Säbelrasseln. Luftwaffen- und andere Verbände werden an die russischen Grenzen im Baltikum und anderswo herangeführt, französische, deutsche und einige weitere westliche Luftwaffenverbände werden stärker einbezogen und ins Baltikum und nach Polen verlegt (die baltischen Länder haben keine eigenen Luftwaffen), einige neue NATO-Stützpunkte sollen errichtet werden („für den Fall des Falles“, damit im Ernstfall schnell Truppen dorthin verlegt werden können), eine verstärkte „superschnelle“ Eingreiftruppe („Very High Readiness Joint Task Force“) von 4.000 Mann soll aufgestellt werden (wobei die Einsatzbereitschaft vor Ort von aus dem Ausland zu verlegenden z.B. Panzertruppen „in höchsten drei Tagen“ ein Märchen ist), die ständige Stationierung starker NATO-Bo-

dentruppen in Osteuropa wird „diskutiert“ (aber bisher nicht realisiert), NATO- bzw. US-Flottenmanöver in der Ostsee und im Schwarzen Meer werden am laufenden Band abgehalten, wobei letztere als offensichtliches Übungsziel die Unterbindung der russischen Versorgungslinien nach Kaliningrad und auf die Krim bzw. nach Transnistrien haben, Söldner werden nicht nur in den USA, Polen und Israel rekrutiert, NATO- bzw. US-Manöver werden auch in der Westukraine¹ und im Baltikum abgehalten, die NATO-Mitgliedsstaaten beschließen soeben auf Druck der USA eine deutliche Erhöhung ihrer Rüstungsausgaben (von 1,65% auf mindestens 2% des BIP²). Auf der anderen Seite finden massiver russischer Truppenaufmarsch und Kriegsmanöver an der ukrainischen Ostgrenze, aber auch im Raum Kaliningrad, statt, wird die Krim als Flotten-, Luftwaffen- und Raketenstützpunkt ausgebaut, wurde für 2016 auch die Stationierung strategischer Bomber (bestückt mit Atomwaffen) auf der Krim angekündigt, soll das dortige bestehende Seefliegerzentrum zur Unterstützung der Schwarzmeerflotte

massiv ausgebaut werden, wird die Schwarzmeerflotte um elf neue Schiffe vergrößert, wird der Stützpunkt in Transnistrien ausgebaut, wurden russische Jagdflugzeugverbände und Luftabwehrbatterien nach Belarus, und zwar in das Dreiländereck Belarus-Litauen-Polen, verlegt, werden die Eismeer- und Arktisverbände massiv aufgestockt und zu einem neuen „Vereinten Strategischen Kommando der Nordflotte“ zusammengefasst, wird ein neuer Militärstützpunkt auf der Wrangel-Insel und auf Kap Schmidt errichtet, wird die Nordarmee mit zwei neuen Luftwaffenstützpunkten versehen usw. Gleichgültig, wer was im Moment beabsichtigt oder nicht beabsichtigt, birgt jede solche Entwicklung die Gefahr militärischer Eskalation in sich, auch vorzeitiger, nicht erst „2020“. Die Faktoren für imperialistische Kriege wachsen, daran besteht kein Zweifel.

Andererseits gehören zu einem Krieg immer zwei Seiten. Kein Imperialist, es sei denn, er wäre von vornherein aussichtslos unterlegen, wird gegen seinen Willen in einen Krieg einfach so „hineingezogen“. Er hat ja, wenn er sich keine Chancen aus-

¹ Kiewer Regierung und Parlament haben im April zugestimmt, alleine im restlichen Jahr 2014 acht (!) Militärmanöver mit NATO- bzw. US-Truppen abzuhalten.

² Das bedeutet, wenn es realisiert wird, eine massive Aufrüstung des deutschen Imperialismus (derzeit 1,3%) und eine etwas geringere des französischen (derzeit 1,9%). Großbritannien liegt schon bei 2,4% (allerdings von einem kleineren BIP), der Wert für Österreich läge bei 0,8%, aber Österreich ist zwar eng mit der NATO verflochten, aber als Nicht-Mitglied an diesen Beschluss rechtlich nicht gebunden. Der Wert für die USA liegt bei 4,4%.

rechnet, meist auch die Option des Ausweichens und Nachgebens, des Zeitgewinns, bei gleichzeitiger Vorbereitung auf bessere Zeiten, sei es durch bessere eigene Vorbereitung auf den Krieg, auch der Sammlung von Verbündeten und anderen Reserven, sei es durch Einkreisen, Unterminieren, Verschleißen oder sonstige Schwächung des Feindes. Einen großen Krieg oder gar einen Weltkrieg gibt's nur, wenn beide sich gegenüber stehenden Seiten davon überzeugt sind, sie seien soweit oder nahe dran bzw. besser würde es nicht mehr.

Ein Brennpunkt, wenn nicht der strategische Brennpunkt einer Gefahr zukünftiger großer Kriege liegt sicher in Asien, und zwar darin, dass der aufstrebende chinesische Imperialismus dem US-Imperialismus (und seinem Verbündeten Japan) die Vorherrschaft in der Region streitig macht. Zielstrebig arbeitet China daran, eine Hegemonialstellung in Asien zu erringen und es fordert dabei die USA bereits heraus. Der US-Imperialismus muss reagieren und reagiert bereits, indem er Asien zum Schwerpunkt seiner strategischen Interessen gemacht hat. Die militärische Präsenz in Asien wird ausgebaut, Landarmee-, Flotten- und Luftwaffenverbände aus anderen Weltgegenden nach Asien verlegt, das Stützpunktsystem ausgebaut. 60% seiner militärischen Kraft hat er bereits in Asien konzentriert. Auch China baut

seine militärische Stärke massiv und rasant aus, ist längst über die Landes- und Küstenverteidigung hinaus und beansprucht den halben Westpazifik als sein Herrschafts-, wenn nicht Hoheitsgebiet. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann es zu größeren Kollisionen (kleinere gibt es ständig) kommt und wann vielleicht zu einer wirklich großen.

In Europa stößt heute der anhaltende Drang der NATO und der EU nach Osten, lange Zeit ermöglicht durch zuerst Machtlosigkeit und gänzliche Kapitulation eines zusammengebrochenen Russland, dann durch seine Schwäche, zusammen mit einem an Stärke rasch zulegenden russischen Imperialismus. Von der Aggressivität und der rund um den letzten NATO-Gipfel zur Schau getragenen Arroganz einiger NATO-Charaktermasken und ihrem provokatorischen Gehabe darf man sich nicht täuschen lassen. Der Georgienkrieg 2008 hat in militärischer Hinsicht am deutlichsten einen Wendepunkt der Entwicklung markiert. Mit einer unerwarteten militärischen „Leistung“, wie westliche Militärbeobachter nach einigen Schreckmonaten feststellen mussten, wurde die georgische Armee - trotz aller Hochrüstung und Unterstützung durch die USA und trotz der eiligst eingerichteten US-Luftbrücke zum Rücktransport der im Irak an der Seite der USA kämpfenden georgischen Verbände - in kürzester Zeit vernichtend geschla-

gen. Der US-Imperialismus wagte es nicht und hatte auch nicht die Voraussetzungen, direkt einzugreifen, die europäischen Imperialisten sowieso nicht. 2008 hätte die russische Armee Tbilisi einnehmen und das ganze Land besetzen können. Aber so weit war es damals noch nicht, das wäre noch zu riskant gewesen. Heute versuchen die westlichen Imperialisten nach wie vor, noch näher an die russische Grenze heranzurücken, auch als militärisches Aufmarschgebiet, aber heute schlägt Russland zurück. Im Kaukasus und in Zentralasien ist der westliche Stern im Sinken begriffen, die dortigen GUS-Republiken werden allmählich wieder mehr in den Bannkreis des russischen Imperialismus gezogen, in Afghanistan entsteht gerade das oft zitierte „Machtvakuum“ mit ungewissem Ausgang. Die Anziehungskraft des US-Imperialismus ist nicht mehr das, was sie in der Region nach dem Zerfall der Sowjetunion einmal war, ihr Nimbus als unbesiegbarer Weltenherrscher ist verblasst, Russland aber wird stärker, China ist auf den Plan getreten, kurzum: die Kräfteverhältnisse und die strategische Gesamtlage haben sich geändert.

Die USA haben alle größeren Kriege, Invasionen, Okkupationen der letzten Jahre verloren: Somalia, Afghanistan schon zwei Mal, Irak... Deshalb scheuen sie vor der Entsendung von Bodentruppen zurück - ohne die man aber ein Land nicht wirklich erobern, besetzen, ausbeu-

ten kann. Sie haben kein Problem damit, unter dem Vorwand eines Erdbebens Haiti mit Bodentruppen zu besetzen, wo niemand (militärischen) Widerstand leistet. Aber sie haben sich weder über Libyen noch über Syrien noch über den Jemen mit Bodentruppen getraut und bisher auch kein zweites Mal über Somalia, auch nicht über den Sudan. Sie scheuen vor keinem Massaker zurück, wenn sie ihre „islamistischen“ Reserven aussenden, oder lassen wie in Westafrika den Franzosen die Drecksarbeit am Boden machen. Man kann auf diese Art ein Land niederbomben oder im Chaos und unter der Knute diverser Militärmachthaben oder Milizführer versinken lassen, aber das ermöglicht keine dauerhafte imperialistische Beherrschung. Der Bush'sche Great New Middle East ist unter dem Gesichtspunkt der imperialistischen Interessen an stabilen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen ein absoluter Rohrkrepierer. Sogar schon, als sie angesichts ihres Scheiterns aus dem Irak abzogen, hatten sie das irakische Öl nicht mehr unter Kontrolle - obwohl das doch neben (geo)politischen

Gründen das Hauptmotiv des Überfalls auf den Irak gewesen war³. Insgesamt ist der US-Imperialismus in der strategischen Defensive. Das heißt nicht, dass er weniger bösartig oder gefährlich wäre als noch vor einigen Jahren. Im Gegenteil, je mehr er in die Defensive gerät, desto wilder schlägt er um sich und desto brutaleren Terror aus der Luft und vom Meer übt er aus. Aber es ist eben nur Aggressivität, zwar mit Hunderttausenden, wenn nicht Millionen Toten, aber es ändert nichts an den tatsächlichen Kräfteverhältnissen. Das ist nicht einfach Bösartigkeit, sondern das normale imperialistische Interesse und Kalkül. Das ist die übermäßige Aggressivität des Schwächelnden, die man nicht in Stärke umdeuten darf. Von dieser relativen Schwäche rührt auch her das Übermaß (nämlich im Verhältnis zur tatsächlichen Politik) an Aggressivität, das sich in der Forderung nach Präventivschlägen des US-Imperialismus gegen Russland ausdrückt⁴. Das ist teils Propaganda und Träumerei und teils der „Strohalm des (vermeintlich oder wirklich) Ertrinkenden“, aber keine geeignete Strategie

des US- gegenüber dem russischen Imperialismus. Natürlich überlegen manche US-Imperialisten, ob es gescheit ist, „bis ‚2020‘ zu warten“, aber ihre Kräfte reichen eben nicht dazu, einen wenn auch nur regionalen direkten Krieg mit Russland irgendwo an den russischen Grenzen zu riskieren. Aber solche „Überlegungen“ bringen die angespannte Situation, anders gesagt: die Kriegsgefahr zwischen ihnen zum Ausdruck. Wozu es allerdings reicht, ist, bestehende staatliche und wirtschaftliche Strukturen zu zerschlagen und nur „verbrannte Erde“ und Chaos zu hinterlassen, was die USA in der arabischen Welt praktizieren. Auch das hat seinen imperialistischen Sinn: Wenn man schon selbst Kontrolle und Herrschaft verliert, möchte man zumindest den imperialistischen Konkurrenten ebenfalls die Ressourcen, um die es geht, die geostrategischen Räume etc. entziehen. Der US-Imperialismus, Opfer eines „imperial overstretch“, hat nicht mehr die Kraft für die Beherrschung der Welt und das Heranziehen von imperialistischen Partnern, das sich Obama am Ende der Ära Bush und deren

³ 2008 gingen noch 40% des irakischen Öls nach Nordamerika, 2012 nur mehr 25%. 2012 gingen bereits 55% nach Asien, während es 2008 erst 30% gewesen waren. (Quelle: *Moyen-Orient*, Nr.18, April 2013)

⁴ Diese Strömung gibt es z.B. in US-Administration und im Kongress (McCain), stark in den baltischen Ländern und Polen, in der NATO, deren Herr Rasmussen sich in den letzten Monaten seiner Amtszeit als Oberkriegshetzer profilierte. Aber es handelt sich hier mehr um einen ideologischen, als einen tatsächlichen Kreuzzug. Das wird deutlich, wenn man z.B. die „Pläne“ der NATO-Stäbe aus April/Mai 2014 damit vergleicht, was davon wirklich beschlossen wurde. Insbesondere hat sich die damals angekündigte ständige Stationierung von neun Divisionen NATO-Bodentruppen in Polen, jede mit je 10.000 Mann, darunter auch deutsche, verflüchtigt, denn dies wurde zwar von etlichen Politikern, darunter vielen baltischen und polnischen, und allen Zionisten vehement gefordert, aber von der Mehrzahl der NATO-Staaten abgelehnt. Die sonstigen Kriegsvorbereitungen „für den Fall des Falles“ laufen natürlich weiter (Verlegung von AWACS-Aufklärungs- und von Kampfflugzeugen in diesen Raum, Intensivierung der „Aufklärung“ und Luftraumüberwachung, Vorbereitung von Flughäfen, Häfen, Stützpunkten, Versorgungs- und Nachschubzentren, ausreichender Logistik für Truppenverlegungen, ...).

desaströser Bilanz auf die Fahnen geschrieben hatte, stößt auch an die Grenzen der eigenen Interessen dieser „Partner“. Der ganze Nahe Osten, Nordafrika, Teile West- und Zentralafrikas sind in ganz anderem Ausmaß als früher zu Regionen des Umbruchs in den imperialistischen Herrschafts- und Einflusszonen und somit potentielle Kriegsgebiete zwischen den Imperialisten geworden.

China und Russland sind im Aufwind, vor allem China und das konzentriert auf Asien, aber auch mit starken und wachsenden Positionen im westpazifischen Raum und im Indischen Ozean. Russland hat begonnen, ein neues groß-russisches Imperium ins Auge zu fassen. Sein Fokus ist der Gürtel Zentralasien, Kaukasus und eben auch die Ukraine sowie die Beherrschung der Eismeere und der Arktis und des „erweiterten Kontinentalsockels“ im Osten und des angrenzenden pazifischen Raums.

Und dann ist da noch eine EU, deren imperialistische Einigung zwar, wenn auch mühselig und langsam, vorankommt, aber nicht oder kaum auf militärischem Gebiet. Das macht ein Element der relativen Schwäche des EU-Imperialismus gegenüber seinen Rivalen aus - ungeachtet einer großen Bevölkerung und eines großen BIP. Eine militärische Integration wenigstens Kontinentaleuropas (Großbritannien hat die Option eines US-Verbündeten gewählt)

kommt nicht vom Fleck, eher werden kleinere und mittlere Staaten (darunter auch Österreich) an die NATO heran- bzw. in sie hinein integriert. Eine kampfstärke Armee, die eigenständig agiert, hat - abgesehen vom britischen - nur der französische Imperialismus. Die deutsche Bundeswehr hat noch einen langen Weg vor sich, bis sie „Deutschland auch am Hindukusch verteidigen“ kann oder im Kaukasus. Dazu kommt, und das ist auch der Grund für das militärische Dilemma, dass schwerwiegende innere Widersprüche, hauptsächlich zwischen Deutschland und Frankreich, bei denen es um die Vorherrschaft in der EU geht, die weitere Integration behindern. In der Periode der absoluten Vorherrschaft des US-Imperialismus und der Machtlosigkeit des russischen machten sich die großen europäischen Imperialisten auf, um etwas aufzubauen, was früher oder später dem US-Imperialismus Paroli bieten können sollte. Ein solches Umfeld - relativer Niedergang der USA, noch keine Bedrohung durch Russland, der chinesische Imperialismus noch sehr weit weg - bot beste Bedingungen, das imperialistische „europäische Projekt“ in relativ ruhigem Fahrwasser voranzutreiben - so gut und so weit es eben die inneren Widersprüche in diesem „Projekt“ erlaubten. Mit dem Wiederaufstieg eines imperialistischen Russland hat sich die Lage und haben sich damit die Rahmenbedingungen völlig geändert. Jetzt tauchen

alte Fragen wieder auf: Soll man sich angesichts der Bedrohung durch Russland (derzeit nicht eine Bedrohung dieser Länder, aber eine Bedrohung ihrer Machtbereiche und Einflussräume und insbesondere ihrer weitergehenden Expansionsbestrebungen) doch wieder mehr an die USA halten? Oder soll man sich eher mit dem aufstrebenden russischen Imperialismus arrangieren und gegebenenfalls auch ins Bett legen? Diese Widersprüche im europäischen imperialistischen Lager machen den Aufbau einer halbwegs geschlossenen starken europäischen imperialistischen Macht unter der Fahne der EU heute schwieriger als noch vor einigen Jahren, wahrscheinlich unmöglich.

Das alles erklärt auch die neuerliche Zunahme der Bedeutung der NATO, die in letzter Zeit ins Auge springt, während man nur mehr wenig über die EU-Integration speziell auf militärischer Ebene hört. Während Bush noch davon ausging, „alles auch alleine machen zu können“ (bei Sammlung der „willigen“ Verbündeten um die USA), und die EU-Imperialisten sich abmühten, ihre eigene „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ voranzubringen, incl. entsprechender Institutionen und Militärverbände (z.B. der „Europäischen Verteidigungs Agentur“ oder der „EU Battle Groups“), erscheint die NATO heute wieder - sozusagen „in alter Frische“ - als das eigentliche militärische Koordinierungs- und Führungsor-

gan bei den militärischen Aufmarschplänen des „westlichen Bündnisses“. Die Gründe liegen auf der Hand. Der US-Imperialismus mit all seinen verlorenen Kriegen und Ressourcenproblemen kann eben nicht mehr oder besser: noch weniger als früher „alles alleine machen“,

er braucht die Ressourcen der anderen westlichen Imperialisten (und in Asien: Japans). Und die europäischen Imperialisten sind nicht so weit, es alleine mit Russland aufzunehmen und sind, soweit sie der russischen Konterexpansion entgegenzutreten wollen und können, auf die USA

angewiesen, manchmal auf deren Unterstützung, manchmal auf deren Führungsrolle. Was alles freilich die Interessenswidersprüche zwischen den US- und den maßgeblichen europäischen Imperialisten in ihrer Politik gegenüber Russland nicht aus der Welt schafft.

Die „Gemeinsam Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ der EU – eine lahme Ente

Die GSVP gibt es seit 2001 und sie heißt so seit dem Lissabonner Vertrag 2007. Damals wurde die gegenseitige Beistandsklausel vereinbart (auch gegenüber neutralen Staaten) und die Intervention in Drittländern „effektiver“ geregelt. Unter diesem „Schirm“ gibt es eine Unzahl an Gremien und Institutionen, darunter den „Militärausschuss“ der EU, der in gemeinsamen Sitzungen der EU-Generalstabschefs besteht, einen „Militärstab beim EU-Rat“ und natürlich gemeinsame Sitzungen der EU-Verteidigungsminister. Man sieht schon, dass hier nicht viel an Integration vorliegt, sondern allenfalls ein Stück Koordination, ohne sonderliche operative Bedeutung. Alles wirklich Wichtige wird anderswo, zwischen den entsprechenden Militärstäben und Rüstungsfirmen ausgekugelt. Sehr wohl ist aber die GSVP ein Instrument, um die mittleren und kleineren EU-Länder in das Räderwerk dieser Bürokratie zu ziehen und so „an die Kandare zu nehmen“. Die operativ wichtigsten Einrichtungen sind die EVA („Europäische Verteidigungsagentur“) und die „EU Battle Groups“.

Die EVA heißt mit ganzem Namen „Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung“. Sie wurde 2004 gegründet, beschäftigt etwa 100 Leute, hat ein Budget von etwas über 30 Mio. € und untersteht (da es noch keinen EU-Kriegskommissar gibt) dem/der Außenbeauftragten der EU. Sie befasst sich hauptsächlich mit „Rüstungskoooperation, Förderung der europäischen Verteidigungsindustrie und des Rüstungsmarktes sowie Förderung der europäischen Forschung und Rüstungstechnologie“, also mit Koordination, Lobbying und „Förderung“ der Rüstungsindustrie. Viel mehr tut sie nicht und auch dabei hat sie eher beratende, zuarbeitende Funktion. Für eine zentrale, eigentlich die zentrale eigenständige Institution auf diesem Gebiet ist das ziemlich bescheiden.

Die EU Battle Groups sind Verbände (im Kern meist gepanzerte Infanterie), die - ähnlich der NATO Response Force - ein schnelles imperialistisches Eingreifen erlauben sollen. Die EU Battle Groups wurden 2003 beschlossen, als klar geworden war, dass die Bildung einer festen Schnellen Eingreiftruppe nicht gelungen war und auch nicht gelingen würde. Diese „EU Rapid Reaction Force“, beschlossen 1999, hätte dafür sorgen sollen, dass binnen 60 Tagen Verbände von 50.000 bis 60.000 Mann mobilisiert werden könnten - aber das Projekt war offensichtlich zu ambitioniert. Stattdessen sollte nun stets jeweils eine Battle Group vorgehalten werden. Dabei handelt es sich nicht um einen fest organisierten und an einem Ort stationierten Verband, sondern es werden für jedes Halbjahr Einheiten mehrerer Länder vorgesehen und bei Bedarf zusammengeführt (wobei sie aber schon gemeinsam üben und aufeinander abgestimmt sind). Frankreich, Italien und Spanien stellen, wenn sie dran sind, ihre Battle Group jeweils alleine. Österreich tritt, wenn, dann in der deutsche Battle Group auf. Alle EU-Länder (außer Dänemark) nehmen an dem Programm teil. Auf dem Papier sollte sie in zehn bis zwanzig Tagen (ab Beschlussfassung!) am Einsatzort sein, aber auch in der Praxis? Für einen Kampfeinsatz österreichischer Verbände wäre z.B. außer den EU-Beschlüssen, bei derzeitiger Praxislage auch einem UNO-Mandat, zusätzlich Beschlüsse der Regierung und des Parlaments erforderlich. Eine EU Battle Group hat Bataillonstärke, d.h. je nach konkreter Ausgestaltung zwischen 1.500 und (mit Hilfsverbänden) 2.000 Mann. Österreich stellte Kontingente im 1.Halbjahr 2011 und im 2.Halbjahr 2012, jeweils unter deutschem Kommando. Damals waren sie ganz ungeduldig, endlich auch einmal in einen Echteininsatz geschickt zu werden und nicht nur in der Reserve herumzuüben, inzwischen, mit der wachsenden Gefahr militärischer oder zumindest „robusterer“ Zusammenstöße, sind sie zurückhaltender geworden und auch der Sparstift beim Bundesheer setzt dem imperialistischen Eifer Grenzen. Für 2016 wird allerdings wieder eine Teilnahme des Bundesheeres ins Auge gefasst. Die EU Battle Groups kamen bisher noch kein einziges Mal zum Einsatz.

***Erstmals seit den
1970er Jahren wächst
die Kriegsgefahr in
Europa wieder***

Durch diese Veränderungen der Weltlage und der Kräfteverhältnisse zwischen den Imperialisten wächst erstmals wieder seit einigen Jahrzehnten die Gefahr größerer kriegerischer Konflikte, in denen die großen Imperialisten nicht mehr nur ihre „Stellvertreter“ kämpfen lassen, sondern selbst aneinandergeraten - auch die Gefahr solcher Kriege in Europa. Als 1991 die NATO Jugoslawien überfiel und zerstückelte, konnte Russland in seinem damaligen Zustand nichts tun außer protestieren. Heute ginge eine vergleichbare Aggression wahrscheinlich anders aus. Noch viel mehr gilt das für die unmittelbar an Russland angrenzenden Gebiete. Das georgische Abenteuer hat das deutlich gemacht, die Ukraine macht es deutlich, niemand im Westen traut sich wirklich, Transnistrien nach Moldawien zurückzuholen, auch ein Versuch einer Blockade Kaliningrads, was einige baltische Scharfmacher sich wünschen, wäre ein Schuss, der nach hinten losginge. Heute werden Raketen „schilden“ von Russland mit Raketen beantwortet, Flottenmanöver mit Flottenmanövern, Aufrüstung mit Aufrüstung. Im Herbst manövrierten NATO-Luftwaffen und die russische zur selben Zeit fast im selben Raum in der Ostsee und über dem Baltikum. Die Gefahr von Zusammenstößen, selbst unbeabsichtigten, steigt.

Kraftproben, Positionskämpfe und eben auch wirkliche Zusammenstöße sind vorprogrammiert. Das bedeutet nicht gleich einen großen Krieg. Auch in Asien, wo die militärischen Konfrontationen und veritablen bewaffneten Zusammenstöße keine Seltenheit mehr sind, führt das nicht gleich zu einem großen Krieg im Pazifik. Aber irgendwann kommt es zu direkten Zusammenstößen, in denen sich die Rivalität zwischen China und den USA Bahn bricht, was immer für Inselgruppen oder Hoheitsansprüche der Aufhänger sein mögen. Deshalb rüsten ja auch alle in der Region wie die Teufel auf, speziell auch Japan. Und irgendwann wird sich die Lage so entwickelt haben, dass China meint, sich Taiwan schnappen zu können - wie werden dann die „Garanten“ Taiwans, die USA und Japan, darauf antworten? Ähnliches steht irgendwann auch im Kaukasus und in Osteuropa ins Haus. Gezündelt wird schon an einigen Punkten - von beiden imperialistischen Seiten! Was sich im südlichen und östlichen Mittelmeerraum abspielt, ist schon nicht mehr Zündeln, sondern Krieg und Chaos pur. Die US-Vision eines „New Great Middle East“, einschließlich der Zerstückelung von Staaten, ist inzwischen für alle, in erster Linie für die Völker, aber inzwischen auch für die imperialistischen Verbrecher selbst, zum Albtraum geworden. Die ganze Region ist dabei, sich ein riesiges blutüberströmtes Schlachtfeld zu verwandeln.

Die Kriegsgefahr, die Gefahr größerer direkter Zusammenstöße der Imperialisten untereinander, welche angesichts der US-Übermacht und des Zerfalls des Sozialimperialismus gebannt schien, jedenfalls auf europäischem Boden, ist wieder da und sie wächst, im Nahen Osten, im Mittelmeerraum, im Kaukasus usw. Dennoch wird der Hinweis auf die wachsende Kriegsgefahr vielen Menschen, und keineswegs nur den Dummköpfen und Naivlingen, unvorstellbar und als Panikmache erscheinen. Jahrzehnte der Propaganda, dass Europa heute ein Hort des Friedens sei und dass ein großer Krieg oder gar ein „Weltkrieg“, aber eigentlich auch schon ein ernsthafter direkter Zusammenstoß zwischen großen Imperialisten (z.B. von der Dimension mindestens des Georgienkriegs) „heute“ undenkbar sei, jedenfalls „bei uns“, zeigen Wirkung. Wer kann sich schon einen tatsächlichen russischen Angriff auf die Ukraine oder einen zur Erkämpfung eines Korridors zwischen dem russischen Mainland und seiner zwischen Polen und dem Baltikum gelegenen Exklave Kaliningrad vorstellen? Oder sogar einen - momentan, bei den heutigen Kräfteverhältnissen, nur ein Schreckgespenst! - auf das Baltikum, wenn z.B. die dort unterdrückten und entrechteten russischen Minderheiten einen Aufstand riskierten? Wer kann sich umgekehrt einen NATO-Angriff z.B. zur Rückeroberung der Krim oder Transnistriens oder Abchasiens und Süd-

ossetiens oder von Kaliningrad vorstellen? Könnte sich aber nicht z.B. aus einer Blockade Kalinigrads (z.B. wenn dort, wie von Russland schon einmal als Antwort auf den US-„Raketenschild“ angekündigt, strategische Raketen stationiert werden und man das verhindern möchte) daraus ein veritabler Krieg entwickeln? Wird es nicht bei der unvermeidlichen weiteren Verschärfung der Widersprüche der Imperialisten untereinander genügend Ansatzpunkte für bewaffnete Konflikte geben? Gäbe es nicht auch im Fall eines ernsthaften Wirtschaftskriegs, auch im Öl- und Gasbereich, genügend Ansatzpunkte dafür? Kann man das tatsächlich ausschließen, bloß weil man glaubt, dass Geschwafel über Friedfertigkeit und Freiheit schwerer wiegt als ökonomische und daher geopolitische Interessen? Konnte „man“, d.h. die Mehrheit der Bevölkerung, sich 1913 vorstellen, was 1914 über die Menschheit kommen würde?

Rückblick auf die 1970er Jahre

Aber, könnte man einwenden, gab es nach dem Zweiten Weltkrieg nicht tatsächlich lange Jahrzehnte hindurch Frieden in Europa (Frieden im Sinn von keinem direkten Krieg zwischen den imperialistischen Mächten untereinander)? Auch in den 1970er Jahren hatte sich die Kriegsgefahr bereits erheblich zugespitzt und die Welt und Europa steuerten auf einen Krieg zwischen dem sowjeti-

schen Sozialimperialismus und dem US-Imperialismus zu. Auch damals sahen das nur wenige. Fast alle glaubten, mit der „Kubakrise“ hätte man die größte Gefahr überstanden. Aber die „Kubakrise“ war viel Lärm um wenig und nur ein Vorgeplänkel. Solange es nicht ernst war, ließ man in Österreich jeden Häuselbauer - steuerbegünstigt - Atombunker bauen, als die Kriegsgefahr tatsächlich näher rückte, verfielen diese Bunker wieder und streute man den Menschen Sand in die Augen, den Sand des „Gleichgewichts des Schreckens“, das angeblich den Frieden sichere. Trotzdem entwickelte sich auch eine starke Friedensbewegung, aber den meisten Zeitgenossen wurde das Hirn vernebelt und die Augen verklebt durch den Hinweis auf das riesige Arsenal an Atomwaffen und die Meinung, die Menschheit würde sich doch hoffentlich nicht gegenseitig im Atomkrieg auslöschen. Man kann natürlich die Situation damals und heute nicht vergleichen, weil man die agierenden imperialistischen Mächte und ihre Kräfteverhältnisse untereinander nicht vergleichen kann. Die Entwicklung der imperialistischen Länder verläuft ungleichzeitig, ungleichmäßig und in Sprüngen. Es stehen sich heute andere imperialistische Gruppierungen mit anderen Kräfteverhältnissen gegenüber. Aber damals wie heute gilt, dass Imperialismus zwangsläufig zu Krieg führt. Was heute wie damals aus gutem Grund versteckt oder

verdrängt wird, ist, dass ein imperialistischer Krieg ja nicht etwas ist, was einige Verrückte ohne ernsten Grund anzetteln, sondern die Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen Mitteln. Sinn und Zweck des Krieges ist dasselbe, was Sinn und Zweck der imperialistischen Politik ausmacht: seine Ausbeutungs- und daher Herrschaftssphären auszudehnen bzw. zu verteidigen. Natürlich hätte es wenig Sinn, Räume, die man sich unter den Nagel reißen möchte, um sie auszubeuten, atomar zu zerstören. Aber es gab schon damals und es gibt auch heute die „kleinen“ Atombomben und speziell die sogenannten „taktischen“ oder „Gefechtsfeld-Atomwaffen“. Man soll sich nicht vormachen, dass im Ernstfall und „in Gefahr und höchster Not“, einen Krieg zu verlieren, diese und sogar noch desaströsere Atomwaffen nicht eingesetzt würden. Heute sind die Atomwaffen generell ein bisschen in den Hintergrund getreten, jedenfalls wird nicht mehr viel darüber geredet. Wir sollten uns auch etwas dabei denken, wenn die imperialistischen Großmächte (aber auch kleinere wie z.B. Israel) neben ihren Zehntausenden (im Falle Israels ein paar hundert) Atombomben auch ungeheure Arsenale an chemischen und biologischen Waffen unterhalten, von denen das gesamte syrische Chemiewaffenarsenal nur eine winzige Lieferabzweigung (übrigens französischer, deutscher und britischer Provenienz) war. Ein gro-

Der Krieg fällt nicht vom Himmel, die Faktoren für ihn entwickeln sich Schritt für Schritt, oft unmerklich, dann wieder in qualitativen Sprüngen. Umso wichtiger, die Zeichen der Zeit, die wachsende Kriegsgefahr zu erkennen. Zwischen dem atomaren „overkill“ und dem konventionellen Krieg ist ein weites Feld und wir sehen die verheerenden Folgen imperialistischer Aggressionen und angezettelter Bürgerkriege auch ganz ohne Einsatz von Atomwaffen, mit ihrer ungeheuren Zahl von Toten nur in den letzten Jahren.

Der Blick wird geschärft, wenn man aus heutiger Sicht zurückschaut auf das Europa der 1970er Jahre. Damals war – auch wenn das aus heutiger Sicht schwer vorstellbar ist – die Weltlage gekennzeichnet durch den aufstrebenden sowjetischen Sozialimperialismus und seine Rivalität mit dem US-Imperialismus, während die EU noch schwachbrüstig und unansehnlich war. Wie jeder „Spätkömmling“ unter den Imperialisten, zielte die Sowjetunion auf die Neuverteilung der hegemonialen Einflussphären und war daher eine besonders aggressive imperialistische Macht. Für die USA, trotz der Niederlage in Vietnam immer noch die stärkste imperialistische Macht, ging es darum, ihre hegemoniale Position zu verteidigen, für den neuen sowjetischen Imperialismus ging es darum, den USA Einflussphären abzunehmen. Die Kriegsgefahr wuchs. Anders als zur Zeit

der „Kubakrise“ 1958, als es mehr um Säbelrasseln und allenfalls eine Portion chruschtschow'sches Abenteuerertum ging, denn die SU war damals in jeder Hinsicht noch weit davon entfernt, eine kriegerische Auseinandersetzung mit den USA wagen zu können, wurde jetzt der Kampf um die Neuverteilung der Erde von der SU systematisch vorbereitet. Die sowjetische Rüstungsindustrie lief auf Hochtouren, sie verfügte über modernste Waffensysteme, über eine Flotte, die es mit der US Navy halbwegs aufnehmen konnte (was ausreichte angesichts des Eroberungszieles Europa, nicht etwa Südamerika), über die zu einem bestimmten Zeitpunkt leistungsstärksten Atomraketen mit Mehrfachsprengköpfen (die SS20) und natürlich über eine gewaltige Landarmee, die zudem mitten in Europa stand. Natürlich bestand für die SU immer das Problem, dass – selbst ohne die etwas später sich dramatisch verschärfenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen – der Rüstungswettkampf immer ein Wettkampf mit der Zeit war. Wie lange konnte sie ihn durchhalten? Die ökonomische Basis wäre nicht ausreichend gewesen, um ihn ewig fortzusetzen. Irgendwann wären die ökonomischen Kräfte überspannt worden. So stellt sich die Frage aber immer, wenn ein „neuer“ Imperialist in die Arena der Welt hegemonie steigt. Die Frage ist einfach, ob in einer absehbaren Zeitperiode die notwendigen Kriegs-

vorbereitungen (Aufrüstung, Stützpunkte, Bedrohung und Unterminierung der Rohstoff-, v.a. der Ölversorgung des Rivalen, Schwächung des Rivalen, Verschiebung im Gleichgewicht der direkten (Bündnispartner) und indirekten (Diversions- und Neutralisierung des Gegners) Reserven...) zu einem ausreichenden Ergebnis geführt haben und die sonstigen Bedingungen für den Krieg reif sind. Diese Problematik, auch das darin liegende Risiko, macht den Kriegstreiber nicht weniger gefährlich, sondern im Gegenteil sogar gefährlicher. Der Hitlerfaschismus sah sich genau demselben Problem gegenüber: Wenige Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde die Vorstellung, Nazideutschland könnte – mit den gegebenen ökonomischen Ressourcen – England und Frankreich die Stirn bieten, belächelt; ein paar Jahre später hat es sich durch Eroberungskriege diese Ressourcen vergrößert. Dasselbe Kalkül verfolgten die Sowjetimperialisten und sie hatten die europäischen, mittelöstlichen und afrikanischen Ressourcen im Auge. Gerade in einer solchen Lage kann der Weg zur Weltherrschaft nur über eine Vorwärtsstrategie führen. Dies birgt immer auch Gefahren, aber es gibt keine andere Möglichkeit und ohnedies kann niemand den Gang der Dinge genau voraussagen. Die Einkreisung Europas, v.a. im Golfgebiet und in Afrika, sowie die Infiltration und Abhängigmachung Europas bzw. die Untermini-

nierung und Schwächung der US-Kontrolle Europas war das wichtigste strategische Ziel des Sozialimperialismus: Stützpunkte am Golf, die Arbeit an einem strategischen Plan zur Blockierung der Ölversorgung Europas und der USA, ein Quislingregime in Äthiopien, zeitweise auch in Somalia, Hunderttausende kubanische HiWis auf afrikanischem Boden, ein guter Boden in den ehemaligen portugiesischen Kolonien, Kriege und Stellvertreterkriege von Afghanistan bis Eritrea, Finnland als sowjetische Neokolonie und Kurs auf die „Finnlandisierung“ (wie man damals sagte) weiterer westeuropäischer Länder, überall ihre fünfte Kolonne in Gestalt der revisionistischen „kommunistischen“ Parteien, Wasser auf ihre Mühlen in Form der „neuen Ostpolitik“ der BRD, einer „Neutralitätspolitik“ eines Kreisky und – eine nicht unwichtige indirekte Reserve gegen die NATO und die USA – des „nationalen“ Imperialismus unter einem de Gaulle, gewaltiger Ausbau der Schwarzmeerflotte und Druck auf die Türkei ... Sogar in der US-Administration gab es eine starke Strömung, der Konfrontation mit der SU möglichst aus dem Weg zu gehen. Defensive war angesagt, „Eindämmung“ war die Losung, ja keine „Provokationen“, bloß nicht mehr „roll back“-Phantasien, ja kein militärischer Zusammenstoß. Aber zum Krieg kam es nicht mehr, weil der sowjetische Sozialimperialismus schon vorher an seinen inneren

Widersprüchen zusammenbrach - und der US-Imperialismus ging - ohne Krieg - als Sieger aus dem Ringen um die Welthege- monie hervor. Heute ist die Lage, da „multipolar“, mit mehreren imperialistischen Spielern, wesentlich komplexer. Aber wieder verschärfen sich Konkurrenzkampf und Rivalität heftig, wieder steigt die Kriegsgefahr, eine neue Aufrüstungsspirale auch in Europa ist vorprogrammiert, Arbeiterklasse und Völker Europas werden auch bezüglich der Kriegsgefahr aufwachen und sich gegen die imperialistischen Umtriebe stellen und erheben müssen, wie sie sich heute schon in einigen Ländern gegen Ausbeutung, Ausplünderung und kapitalistisches „Krisenmanagement“ sowie gegen den Ausbau der staatlichen Repressionsmaschine stellen.

Der Imperialismus trieb also schon einmal im letzten halben Jahrhundert auf einen großen Krieg zu, und es wäre höchstwahrscheinlich ein dritter Weltkrieg geworden. Heute marschiert der Imperialismus wieder auf so eine Situation hin. Damals wurde die Kriegsgefahr mit dem Hinweis auf den in so einem Fall angeblich unvermeidlichen „Atomtod der gesamten Menschheit“ weggewischt. Heute scheinen die vielleicht zwanzigtausend einsatzfähigen Atomsprengköpfe in den Arsenalen der USA, Russlands, Frankreichs, Großbritanniens, Chinas, Indiens, Pakistans und Israels die Menschheit nicht

mehr mit dem allgemeinen Atomtod zu bedrohen, obwohl sie, würden sie flächendeckend eingesetzt, spielend dafür ausreichen würden. Die Atombombe hat, hat man den Eindruck, ihren Schrecken verloren. Heute gibt es dafür einen anderen „Grund“, warum angeblich ein großer Krieg „undenkbar“ sei. Was damals die friedensstiftende Wirkung der Atombombe war, ist heute die friedensstiftende Wirkung - der EU. Es vergeht kein Tag, an dem man nicht mit Propaganda angeschüttet wird, es sei das Verdienst der EU, dass es seit Jahrzehnten keinen großen Krieg (zwischen den Imperialisten untereinander) gegeben habe und auch keinen mehr geben werde - jetzt, nachdem auch der Osten Europas in das „Friedensprojekt“ EU einbezogen sei, schon gar nicht mehr. Selbst wenn jemand die EU als das erkennt, was sie ist, eine imperialistische Bande von Ausbeutern, Unterdrückern, Räubern und Kriegsverbrechern, fühlt er sich doch oft bemüßigt, „anzuerkennen“, dass durch sie „der Frieden in Europa gesichert“ würde. So lässt sich gut vom wahren Charakter des Imperialismus und den wahren Interessen und Mächenschaften der Imperialisten ablenken und auch von der Kriegsgefahr selbst, während man zugleich aufrüstet und militarisiert und einen Krieg nach dem anderen anzettelt - bis er, der Krieg, schließlich „zu Hause“ angekommen sein wird.

Revolutionäre Militärpolitik und Kampf gegen Kriegsvorbereitung und Krieg

Die sich verschärfende Rivalität der imperialistischen Mächte untereinander und ihre Aggressionen gegen die Völker der Welt müssen angeprangert und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten bekämpft werden. Die wachsende Kriegsgefahr muss dabei eine wesentlich größere Rolle spielen als bisher, da sie ja von vielen durchaus demokratisch und anti-imperialistisch gesinnten Menschen nicht gesehen wird. Dies muss ein wichtiger Teil des Klassenkampfes und fester Bestandteil jeder revolutionär-demokratischen Politik sein.

Es versteht sich von selbst, dass es nicht Sache der Arbeiterklasse und einer revolutionären kommunistischen Organisation oder Partei sein kann, im Fall eines imperialistischen Kriegs für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen. Auch nicht ein noch so kleines bisschen und noch so „relativ“. Ein imperialistischer Krieg bleibt ein imperialistischer Krieg. Es ist irrelevant, „wer begonnen hat“, auf welchem Territorium gekämpft wird, wer schlimmer ist, wer die böseren Verbrechen begeht, was die respektiven „Völkerrechtsexperten“ der einen oder andern Sei-

te palavern usw. Es geht nur nach dem Klassencharakter des Kriegs und ein imperialistischer Krieg ist ein von beiden Seiten reaktionärer und volksfeindlicher Krieg. Und der Bürgerkrieg bzw. Krieg in der Ukraine ist auf beiden Seiten ein reaktionärer, volksfeindlicher, imperialistischer Krieg. Gefährlich sind und auf der falschen Seite stehen sowohl diejenigen, die auf die „Freiheit und Democracy-Fraktion“ hereinfallen, als auch diejenigen, die in ihrer Abscheu vor dieser Fraktion den russischen Imperialismus verharmlosen oder leugnen.

Der Krieg in der Ukraine ist ein reaktionärer Krieg zwischen zwei imperialistischen Lagern

Natürlich müssen insbesondere die Machenschaften der „eigenen“ Seite entlarvt und bekämpft werden, d.i. in unserem Fall die des um die EU und NATO gruppierten Bündnisses, an dem Österreich teilnimmt, und dürfen gerade nicht die westlichen imperialistischen Machenschaften durch einseitiges Anprangern des russischen Expansionismus verharmlost und verschleiert werden. (In Russland ist es dementsprechend genau umgekehrt, dort muss eine antiimperialistische und antimilitaristische Kraft in erster Linie den russischen Expansionismus anprangern - ohne auf die EU und die NATO zu „vergessen“.) Aber das bedeutet nicht, dass die jeweils andere imperialistische Seite geschont werden oder ihr Vorgehen womöglich sogar verteidigt werden darf. Leider verleitet die Empörung über die Bösartigkeit und Verlogenheit unserer hiesigen Kämpfer für „Freiheit und Democracy“ und über die Faschisten in der Kiewer Regierung einige antiimperialistisch und demokratisch gesinnte Menschen dazu, den russischen Imperialismus gewollt oder ungewollt zu „schonen“ (einige sogar, ihn schönzufärben). Damit erweist man der Sache der ukrainischen Arbeiterklasse und des ukrainischen Volkes keinen guten Dienst, sondern macht sich zum Handlanger des russischen Imperialismus. Ungeachtet der völlig berechtigten Anliegen der russophonen Volksteile der Ukraine im Osten und Süden des Landes nach wirklicher Autonomie und auch ihres berechtigten Wunsches, sich die Herrschaft der reaktionären und teilweise faschistischen Bande, die in Kiew an der Macht ist, vom Hals zu schaffen, wird in der Ukraine ein Stellvertreterkrieg zwischen zwei imperialistischen Mächten bzw. Machtgruppierungen geführt, der von beiden Seiten ein reaktionärer Krieg ist. Die Interessen, Kriegsziele und auch Kriegsmethoden und -praktiken keiner der beiden Seiten entsprechen den Interessen der ukrainischen Arbeiterklasse und des ukrainischen Volkes und natürlich ebenso wenig denen der russischen und auch nicht denen der internationalen Arbeiterklasse. Auf beiden Seiten kämpfen faschistische Verbände und werden faschistische Praktiken angewendet. Auf beiden Seiten kämpfen Söldner und „Freiwillige“, darunter einige sehr zwielichtige. Mehr als eine Million Ostukrainer (UNHCR 2.9.2014: „mindestens 1,074.000“) mussten, nicht nur wegen des Krieges, sondern auch wegen der offen ausgesprochenen und mit Artillerie und Jagdbombern praktisch vorgetragenen faschistischen Säuberungsbestrebungen des Kiewer Regimes, bereits ihre Wohnsitze verlassen (davon gingen lt. UNHCR 814.000 nach Russland) - aber diese Säuberung ist ja ganz im Sinne von „Freiheit und Democracy“, anderswo, wo es ins Kalkül passt, wäre das längst ein „Völkermord“. Nationale Autonomie schließt übrigens auch das Recht auf Lostrennung ein - allerdings: ein Recht zu haben, bedeutet ja unter gegebenen Bedingungen nicht unbedingt, dass man dieses Recht in Anspruch nehmen soll (wie ja auch das Recht auf Abtreibung nicht bedeutet, dass alle Frauen abtreiben, oder das Recht auf Ehescheidung nicht, dass sich alle unverzüglich scheiden lassen sollen). Auf der Krim, wo zweifellos eine überwältigende Mehrheit für den Anschluss an Russland war, waren viele sehr überrascht, was in den russischen Gesetzen, die jetzt auch dort gelten, alles steht und was nicht bzw. wie die russische Staatsmacht diese Dinge sieht (Arbeitsrecht, Demonstrations- und Versammlungsrecht, Wehrpflicht ...).

In Österreich müssen speziell die Machenschaften der österreichischen Imperialisten entlarvt und bekämpft werden. Das gilt für den konkreten Fall der Ukraine, aber darüber hinaus ganz generell. Zu bekämpfen sind insbesondere die faktische schon ziemlich weitgehende, weiter als die meisten denken, Integration in die NATO¹, die begeisterte und überfließige Mitarbeit in der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“, die vollständige Integration in die diversen Militärstrukturen auf EU-Ebene, speziell der EVA, die begeisterte Teilnahme an den „EU Battle Groups“, die fleißige Teilnahme an imperialistischen Auslandseinsätzen², die Helferrolle bei der Organisierung der imperialistischen Nachschub- und Logistikstrukturen in der Luft und auf Strasse und Schiene (zeitweise ist Österreich ein einziger NATO-Luftkorridor für den

Truppen- und Materialnachschub, was in den betroffenen Gebieten durchaus wahrgenommen wird, wenn z.B. stundenlang schwere Transportflugzeuge im Zehnminutentakt überfliegen).

In den vergangenen Jahrzehnten gibt es trotz niedrigem Stand des Klassenbewusstseins auch in Österreich zahlreiche Beispiele für Massenmobilisierungen und militante Aktionen gegen imperialistische Militäraktionen, wie z.B. die wochenlangen täglichen (!) Protestkundgebungen mit bis zu mehreren Tausend Arbeiter/innen am Wiener Stephansplatz oder die Blockade und versuchte Sprengung der Brennerbahnstrecke zur Verhinderung der Panzertransporte während des NATO-Kriegs gegen Jugoslawien.

Wir haben uns an vielen dieser Bewegungen ent-

sprechend unseren Möglichkeiten beteiligt und dabei versucht, u.a. über Flugblätter, Transparente und Ansprachen unseren Standpunkt und unsere Orientierung einzubringen, z.B. auch bei den Protesten gegen die jährliche Kriegspropaganda des Bundesheeres am 26. Oktober am Wiener Heldenplatz.

Kampf gegen die zunehmende Kriegsgefahr heißt für uns in Österreich in erster Linie Kampf gegen die Mitwirkung der österreichischen Bourgeoisie im imperialistischen Getriebe. Dass Österreich z.B. in der Ukraine auf der Seite der EU und NATO tätig ist (mit Überwachungsdrohnen), dass es Herzstück der Besatzungsregimes in Bosnien oder im Kosovo ist, dass es sich sogar an so fern liegenden Aggressionen wie der französischen in Mali oder Zentralafrika beteiligt (und vor einigen Jah-

¹ Zur Illustration ein Zitat aus der letzten Nummer des „Soldat“ (Nr.17 vom 10.September 2014), und zwar ausge-rechnet im Zuge eines Berichtes über den letzten NATO-Gipfel, bei dem die Maßnahmen bezüglich der Ukraine beschlossen wurde: „Zielsetzung ist es, militärische Kapazitäten von NATO-Staaten und Partnerländern (Anm.: dazu gehört Österreich) gemeinsam zu nutzen und die Ausbildung internationaler Einsatzkräfte zu intensivieren ... Aufgrund der massiven Sparzwänge (Anm.: beim österreichischen Bundesheer) ist auch zukünftig eine militä-rische Kooperation mit der NATO unabdingbar, um bei Ausbildung, Übungen und Einsätzen finanzielle Mittel zielgerichteter einsetzen zu können.“ Gelebte Neutralität!

² Derzeit sind laut Regierung 939 Bundesheer-Soldaten im Auslandseinsatz in 15 Ländern. Viele davon sind Mini-Missionen und mehr imperialistische Wichtigtuerei, aber auch wenn man, eigentlich ganz sinnlos und nur eine Belastung der dort wirklich agierenden imperialistischen Militärs, z.B. nur 8 Mann nach Mali schickt, um dort die französischen Interventionstruppen zu begleiten, oder wenn man immer wieder mal ein paar Mann nach Afghanistan schickt, bringt man damit immerhin sehr demonstrativ seine reaktionäre Imperialistengesinnung zum Ausdruck. In einigen Fällen jedoch spielt Österreich eine Rolle. Das ist auf dem Balkan, und zwar im Kosovo (mit derzeit 403 Mann) und in Bosnien (mit 323 Mann), wo Österreich auch immer wieder hohe Kommandofunk-tionen ausübt, sowie im Libanon (mit 171 Mann). In der Vergangenheit waren weitere wichtige Einsätze der im Tschad zur Rettung des dortigen reaktionären Regimes vor zwielichtigen „Rebellen“ aus dem Sudan an der Seite und unter dem Kommando des französischen Militärs (2008-2010 mit 160 Mann) und der auf den Golanhöhen zur Absicherung der militärischen Okkupation dieses syrischen Gebiets durch Israel (1974-2013 mit zu Beginn bis zu 720 Mann, später dann die Hälfte). Am 12.Oktober gab übrigens der Minister Klug bekannt, Österreich sei „grundsätzlich“ auch an der Beteiligung einer militärischen „Mission“ in der Ukraine bereit - wenn die Bedin-gungen passten. Das ist wieder das Übliche: auch militärisch „Flagge zeigen“ bzw., wie viele Militärs, die gerne mehr glänzen würden, sagen bisher leider nur „aufzeigen“, aber nur wenn es nicht zu gefährlich wird. Vielleicht ist es nur Schaumschlägerei, trotzdem ist es eine Ungeheuerlichkeit, die Entsendung österreichischer Militärver-bände in ein Bürgerkriegsgebiet wie die Ukraine auf NATO-Seite ins Auge zu fassen.

ren an der im Tschad beteiligte, was den damaligen Kriegsminister Darabosch in plötzlich erwachten „Wüstenfuchs“-Allüren fast zum Überschnappen brachte) usw. usf. Zentrale Bedeutung hat zweifellos - rein schon aus geografischen Gründen und wegen der Dimension des „Engagements“ - die Rolle als Okkupationsarmee in Bosnien, Kosovo, Montenegro, auch die Rolle Österreichs im Libanon als Flankenschutz des Zionistenregimes ist von Relevanz, von den sonstigen imperialistischen Einsätzen, unter welcher Flagge auch immer, von der (oft, aber nicht immer nur symbolischen) Mitwirkung an UNO-, OSZE- und was immer sonst noch für Gremien und Operationen gar nicht zu reden. Auch muss die Militärpolitik der Bourgeoisie insgesamt, ihre „Militärdoktrin“, die sich in der Formel „Profilschärfung des Bundesheeres“ als Instrument der Volksunterdrückung und Aggression zusammenfassen lässt, analysiert, enthüllt und bekämpft werden.

Derzeit wird von den westlichen Imperialisten, die das „Herzstück“ der EU bilden, auch von den österreichischen, nicht die „Heimat“, sondern nur ihre Expansionsinteressen „verteidigt“, also ihre imperialistischen Interessen in fremden Ländern, denn das eigene Land ist derzeit nicht unmittelbar bedroht. Vielleicht dass sich das für die baltischen Länder oder eben die Ukraine oder Moldawien etc. anders darstellt, weil sie

rasch direkt ins Visier des russischen Imperialismus geraten könnten oder dies schon sind. Andere wiederum könnten bei eventuellen taktischen Vorstößen oder Konterattacken der NATO gegen Russland unter die Räder kommen (man denke nur z.B. an ein eventuelles neuerliches georgisches Abenteuer zur Rückeroberung von Abchasien und Südossetien oder einen moldawischen Versuch, sich Transnistrien wieder einzuverleiben). Die Frage einer „Verteidigung Österreichs“, als nicht unmittelbar an den „Außengrenzen“ liegendes EU- und NATO-Binnenland, stellt sich also heute nicht im eigentlichen Sinn. Das kann sich aber im Laufe der Entwicklung durchaus ändern und alleine schon deshalb ist es notwendig, eine klare Position zur Frage des Krieges bzw., denn das ist die revolutionäre Antwort auf diese Frage, zur Frage von „Krieg und Revolution“ zu beziehen. Wir gehen davon aus, dass Imperialismus unweigerlich zu Kriegen und schlussendlich zu neuen großen Kriegen, auch zu einem neuen Weltkrieg führen wird - es sei denn, die sozialistische Revolution kommt dem zuvor. In der Kriegsfrage gelten die Worte Maos, dass wir erstens dagegen sind und uns zweitens nicht fürchten und dass entweder die Revolution dem Krieg zuvorkommt oder der Krieg zur Revolution führt.

Wir sind gegen jede Teilnahme der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie an militäri-

schen Bündnissen, Verträgen, Institutionen und Gremien, Militärverbänden, Militäreinsätzen und den solche Dinge begleitenden politischen und diplomatischen Aktivitäten. Wir sind für den Austritt aus der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“, aus der EVA (Europäische Verteidigungsagentur) und aus den „EU Battle Groups“ und insbesondere für den Rückzug der österreichischen Besatzungstruppen in Bosnien und im Kosovo. Auch im Libanon, in Mali, in der Ukraine (Drohneinsatz!) und überall sonst im Ausland haben Bundesheer, Polizei und Geheimdienste nichts verloren. Auch dürfen keine Überflug- und Landtransitrechte für fremdes Militär mehr erteilt werden.

Wir enthüllen die reaktionäre Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie und setzen ihr eine revolutionäre proletarische Militärpolitik entgegen, die auf die Bekämpfung und Zersetzung des Bundesheeres (samt seiner Milizverbände) zielt sowie auf die Vorbereitung der Revolution.

Wenn sich österreichische Militärverbände als Aggressions- oder Okkupationstruppen in anderen Ländern befinden, unterstützen wir den Kampf der dortigen Völker gegen diese Militärverbände, versuchen wir, ihre Aktivitäten nicht nur propagandistisch aufzudecken und anzuprangern, sondern auch nach Kräften zu bezw. ggf. zu verhindern. Wir treten im Sinne eines

revolutionären Defaitismus auch schon in diesen Fällen, nicht erst, wenn Österreich an einem wirklichen Krieg im eigentlichen Sinn des Wortes teilnimmt, für die Sabotierung, Schädigung und Niederlage dieser Verbände ein.

Erst recht gilt das für den Fall einer weitergehenden Teilnahme Österreichs an einem imperialistischen Krieg, unabhängig davon, ob diese mit Begeisterung gewollt ist oder ob es no-

lens volens (durch Unterordnung unter größere Imperialisten) hineingezogen wurde. Wenn so etwas droht, gilt es, den Kampf für die Verhinderung des Kriegseintritts zu führen. Ist dies schon geschehen, gilt es, das Kriegseingagement auf der Linie des revolutionären Defaitismus zu bekämpfen, den Ausstieg aus dem Krieg zu propagieren und den Kampf gegen den Krieg für die Vorbereitung der Revolution zu nutzen.

Ist österreichisches Staatsgebiet vom Krieg betroffen, muss der Kampf um den Frieden und für nationale Souveränität geführt werden - aber geführt als Kampf um die Revolution. Da der Krieg aus dem Imperialismus entspringt, gibt es nur einen Ausweg aus Krieg und Besetzung, der wirklich und dauerhaft ist, nämlich die Beseitigung der Wurzel des Übels durch die sozialistische Revolution.

Gelebte militärische Neutralität

(aus „Der Soldat“ Nr.4/2014)

„US-Botschafterin Alexa Wesner hat drei österreichische Offiziere mit US-Orden ausgezeichnet. Die feierliche Zeremonie fand am 6. Februar in der US-Botschaft in Wien statt.“

Und zwar wurden ausgezeichnet

Oberst Karl Michael Hruza „für seine Unterstützung der ‚rollenden Landstrasse‘ in den letzten zehn Jahren, d.h. für die Bereitstellung der Transite der US-Armee via ÖBB und Host Nation Support, was auch die Übernachtung, Bewachung, Sicherung von US-Militär-Transiten sowie die Bereitstellung von Betankung der Fahrzeuge und Verpflegung der US-Soldaten umfasste“, also aktive operative Mitwirkung an der US-Militärmaschinerie zu Land,

Oberst Johann Liedl „für seine Unterstützung während der letzten zehn Jahre bei der Bearbeitung der militärischen Anträge für US-Überflüge, Landungen und Transite“, also aktive operative Mitwirkung an der US-Militärmaschinerie in der Luft,

Oberst Gottfried Malovits „für seine Unterstützung bei der Förderung der bilateralen Beziehungen zwischen dem österreichischen und dem US-Militär“, also ideologische und organisatorische Grundlagenarbeit.

Anm.: Host Nation Support bedeutet Abkommen, sei es mit der NATO, sei es mit einzelnen Staaten, zur Unterstützung von deren militärischen Operationen auf österreichischem Hoheitsgebiet. Diejenigen mit der NATO beruhen auf dem NATO Logistics Handbook, chapter 12. Alle diese Abkommen werden - auf den ersten Blick kurios - im österreichischen Parlament als „Gesetzesanträge“ abgenickt und als Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Sämtliche wurden bisher einstimmig beschlossen. Diese rechtlich aufgeputzte Prozedur dient dazu, allfälligen „(verfassungs)rechtlichen Bedenken“ (wegen der Neutralität oder sonstiger Schmonzes) den Boden zu entziehen.

Vor 100 Jahren begann Österreich den 1. Weltkrieg

Flugblatt der IA*PKP vom Juli 2014

Der 1. Weltkrieg ist am 28. Juli 1914 nicht „ausgebrochen“, sondern er wurde begonnen, und zwar von Österreich. Noch nie sind Kriege einfach „ausgebrochen“, immer gibt es politische Mächte, die an einem Krieg interessiert sind, ihn vorbereiteten, ihn unter irgend einem Vorwand oder Anlass anfangen und dann lange vorbereitete Feldzüge durchführen. Vor jedem Krieg gibt es eine Zeit der aggressiven Politik, der Drohung, der Erpressung usw., denn „der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, hat schon der Militärtheoretiker Clausewitz im 19. Jahrhundert richtig festgestellt. In Österreich herrschte und bestimmte damals wie heute das imperialistische Finanzkapital, die großen Banken und Industriekonzerne. Diese wollten zur Steigerung ihrer Profite einen Krieg.

Vor gut 100 Jahren war Österreich, die österr.-ungarische Monarchie, ein extrem aggressives imperialistisches Land, das fast alle Nachbarvölker unterworfen hatte und weite Teile des Balkans ständig bedrohte. Anders als heute, waren die meisten unterworfenen Länder und unterdrückten Völker direkt in das Großreich eingegliedert. Im Jahr 1908, als das seit 30 Jahren von österreichischen Truppen besetzte Bosnien-Herzegowina annektiert und Österreich gewaltsam ange-

schlossen wurde, wäre es beinahe zu einem großen Krieg in Europa gekommen. Die österreichischen Generale planten damals die Besetzung Serbiens, Montenegros, Albanien, Mazedoniens und den Vorstoß bis Saloniki, um einen Hafen in der Ägäis zu erobern.

Gleichzeitig stieß allerdings der österreichische Imperialismus im Inneren auf den immer stärkeren Widerstand der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen vor allem der Südslawen im „eigenen“ (besetzten) Land. Die damals noch fortschrittliche Sozialdemokratie hatte schon 1907 auf einem Kongress beschlossen, „alles aufzubieten... um einen Krieg zu verhindern... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht ... mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Eine weitere Antikriegsresolution am internationalen Sozialistenkongress in Basel 1912 – mitten während der Balkankriege – nannte die konkreten Aufgaben der Sozialdemokrat/innen in Österreich-Ungarn: „Die sozialistischen Parteien Österreichs, Ungarns, Kroatiens und Slawoniens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungsvolle Aktion gegen einen Angriff der

Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher auch weiterhin dem Plan zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt der Ergebnisse des Kriegs zu berauben, es in eine Kolonie Österreichs zu verwandeln und um dynastischer Interessen willen die Völker Österreichs-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größte Gefahr zu verstricken. Ebenso werden die sozialdemokratischen Parteien Österreich-Ungarns auch in Zukunft darum kämpfen, dass den vom Hause Habsburg beherrschten Teilen des südslawischen Volkes innerhalb der Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie selbst das Recht auf demokratische Selbstregierung errungen werde.“ (zit. nach Strobl, Geschichte der öst. Arbeiterbewegung, S.59). Dass die Führer der österreichischen Sozialdemokratie zwei Jahre später schmachvollen Verrat begingen und offen in chauvinistische Kriegshetze einstimmten, ist ebenso bekannt wie die 1918 daraus folgende Loslösung der vom österreichischen Imperialismus unterdrückten Völker.

Wenn heute viele bürgerliche Medien in Österreich den Kriegstreiber Franz Ferdinand bedauern und das geglückte Attentat der Mlada Bosna, einer antiklerikalen Befreiungsbewegung aus serbischen, kroatischen und moslemischen Bosnier/innen, ver-

urteilen, stellen sie sich bewusst in die 300-jährige aggressive Tradition des österreichischen Expansionismus und Imperialismus seit den Tagen des Prinzen Eugen.

Nach einer Serie von Niederlagen im 20. Jahrhundert ist der österreichische Imperialismus seit der Jahrtausendwende 2000 wieder deutlich in der Offensive, vor allem wieder im Osten und Südosten Europas. In einem Dutzend Länder dieser Region ist das österreichische Kapital unter den fünf wichtigsten Investoren und in etwa der Hälfte davon Spitzenreiter in Sachen Ausbeutung fremder Ressourcen und Arbeitskräften. Auch militärisch ist es im Rahmen der EU-Besatzungstruppen in Bosnien führend aktiv und stellt nicht zufällig den von der EU aufgezwungenen Gouverneur von Bosnien-Herzegowina.

Deshalb stehen wir revolutionären Kommunist/innen Seite an Seite mit den gegen den österreichischen Imperialismus kämpfenden Völkern der österreichischen Neokolonien am Balkan und in Osteuropa. Wir begrüßen Aufstände und Bewegungen wie die von Anfang Februar in Tuzla und 30 weiteren Städten Bosnien-Herzegowinas gegen die vom österreichischen Imperialismus mitverursachten unerträglichen Lebensbedingungen der Arbeiter/innen und Volksmassen.

Die imperialistischen Ausbeuter in Bosnien und in

Österreich sind die gleichen, nämlich das österreichische und EU-Kapital. In Österreich wie in den Balkanländern wird es in einer proletarischen Revolution gestürzt werden!

In den letzten 10 Jahren, vor allem seit der weltweiten Wirtschaftskrise ab 2008 ist die Kriegsgefahr wieder deutlich gestiegen. Grund ist die erbitterte globale Konkurrenz der imperialistischen Mächte um Einflusszonen, und damit billige Rohstoffe und Arbeitskräfte. Die wirtschaftliche Entwicklung der verschiedenen Großmächte verläuft unterschiedlich und die aufsteigenden Monopolkapitalisten drängen auf Neuverteilung, um ihre Profite auf Kosten der Konkurrenten zu erhöhen. Aber gleichzeitig versuchen alle Imperialisten ihre bisherigen Einflusszonen zu verteidigen. Konkrete Beispiele für die wachsende Kriegsgefahr ist die Ausbreitung des chinesischen Imperialismus in (Süd-)Ostasien und im Pazifik (v.a. gegen den USA-Imperialismus) oder der Kampf der EU um die Ausdehnung ihrer neokolonialen Einflusszone in der Ukraine, in Georgien und anderen ehemaligen „Sowjetrepubliken“. Angesichts der immer weiter sinkenden Profitrate und des immer erbitterteren Kampfes der Imperialisten um profitable Anlagensphären für ihr überschüssiges Kapital (bei gleichzeitigem Bestreben nach Schädigung und Vernichtung des Konkurrenten) müssen wir im kommenden Jahrzehnt mit neuerlichen

weltweiten imperialistischen Kriegen rechnen.

Aber wie schon die Erfahrungen aus dem 1. Weltkrieg (und 2. Weltkrieg) zeigen, sind die Arbeiter/innen und Volksmassen letztlich nur dann hilflose Opfer, wenn sie keine revolutionäre politische Führung hervorbringen und organisieren. Ein imperialistischer Krieg ist kein „Schicksal“, sondern eine bewusste Maßnahme der herrschenden Klassen – der die Arbeiter/innenklasse entgegentreten kann und muss. Der 1. Weltkrieg endete mit revolutionären Aufständen der Arbeiter/innen und der erfolgreichen Machtergreifung der Arbeiter/innenklasse in der Oktoberrevolution in Russland. Der 2. Weltkrieg endete mit der Errichtung einer Reihe von Volksrepubliken unter Herrschaft der Arbeiter/innen und verbündeten Schichten in Osteuropa und Asien – und im Gefolge davon wurden in weiteren Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens zeitweilig volksdemokratische, antiimperialistische Herrschaftsformen erreicht.

Wir revolutionären Kommunist/innen unterscheiden zwischen zwei völlig unterschiedlichen Arten von Kriegen, wobei die dahinter stehende Politik das Entscheidende ist: Einerseits gibt es die ungerechten, imperialistischen Kriege, bei denen das Monopolkapital versucht, fremde Völker zu unterwerfen (z.B. um billige Ölquellen oder strategische Positionen zu erobern). Unter ge-

rechten Kriegen verstehen wir hingegen antiimperialistische Befreiungskriege gegen fremde Ausbeuter und revolutionäre bewaffnete Kämpfe und Bürgerkriege für den Sturz der eigenen Ausbeuterklassen im Land. Insbesondere im Zusammenhang mit den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts (aber auch im Verlauf des großen Deutsch-französischen Kriegs von 1871, der zur Errichtung der ersten Arbeiter/innenmacht in Europa

in der Pariser Kommune führte) ist es jedesmal auch zu sozialen Erhebungen und politischen Umstürzen gekommen.

Die revolutionäre Linke muss auch heute schon – trotz ihrer aktuellen Schwäche in Europa – daran arbeiten, dem sich abzeichnenden neuen imperialistischen Krieg eine möglichst breite antiimperialistische Front entgegenzustellen. Dabei versuchen wir als revolutionäre Kom-

munist/innen den Kampf gegen den Krieg mit dem Kampf für die sozialistische Revolution zu verbinden, entlang der von Mao Zedong entwickelten Leitlinie: „Entweder die Revolution verhindert den Krieg oder der Krieg führt zur Revolution.“ Sonst wird die vor unseren Augen stattfindende Barbarei imperialistischer Kriege wie in Afghanistan, Irak, Syrien, Ukraine, Afrika usw. fort dauern.

Eine Voraussage des Ersten Weltkriegs aus dem Jahr 1887

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahren und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unseres künstlichen Getriebes in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über die Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse. - Das ist die Aussicht, wenn das auf die Spitze getriebene System der gegenseitigen Überbietung in Kriegsrüstungen endlich seine unvermeidlichen Früchte trägt. Das ist es, meine Herren Fürsten und Staatsmänner, wohin Sie in Ihrer Weisheit das alte Europa gebracht haben. Und wenn Ihnen nichts anderes mehr übrig bleibt, als den letzten großen Kriegstanz zu beginnen -, uns kann es recht sein. Der Krieg mag uns vielleicht momentan in den Hintergrund drängen, mag uns manche schon eroberte Position entreißen. Aber wenn Sie die Mächte entfesselt haben, die Sie dann nicht wieder werden bändigen können, so mag es gehen wie es will: am Schluss der Tragödie sind Sie ruiniert und ist der Sieg des Proletariats entweder schon errungen oder doch unvermeidlich.“

Das schrieb Friedrich Engels 1887 und es war von unglaublicher Schärfe der Analyse, bis in Details, und Weitsicht getragen, denn es war mehr als ein Vierteljahrhundert vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs und der Oktoberrevolution. Es zeigt, dass imperialistische Kriege nicht geschichtliche Zufälle sind, sondern aus der gesetzmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Konkurrenz und Rivalität entspringen. Aber dennoch gab es nicht viele, für die eine solche Kriegsperspektive damals vorstellbar war. Für viele war sie selbst am Vorabend des Weltkriegs noch nicht vorstellbar, auch noch nicht nach den Balkankriegen 1912/13 und andern Vorläuferkriegen, die immer wieder bewiesen, dass der Imperialismus auf einen Weltkrieg zusteuerte, für viele sogar kurz vor oder bei Ausbruch des Weltkriegs noch nicht. Auch die revolutionäre Antwort auf den imperialistischen Krieg ist schon umrissen: Wenn die Revolution dem Krieg nicht zuvorkommt, führt der Krieg zur Revolution.

Bundesheer: Wehrpflicht wird ausgehungert, „Profilschärfung“ geht weiter - ganz im Sinn der ‚demokratischen‘ Volksbefragung

Es ist noch nicht lange her, dass in Regierung und Bundesheer - versteckt hinter der Rosstäuscheri der „Volksbefragung“ vom Jänner 2013 - eine weitere „Profilschärfung“ des Bundesheeres für „robustere“ (neues Modewort der Militärs!) militärische Einsätze im Aus- und Inland ins Auge gefasst wurde. Inzwischen wurde planmäßig (und auch ganz unabhängig vom Ausgang dieser pseudodemokratischen Schmierkomödie) der von der Regierung schon am 1. März 2011 beschlossene „Sicherheitspolitische Bericht 2011“ am 3. Juli 2013 endlich auch vom Parlament „zustimmend zur Kenntnis genommen“, sodass der weiteren „Profilschärfung“ eigentlich nichts mehr im Wege stünde. Sinn und Zweck der Übung ist es, die eigentliche Kerntruppe, das sind die Panzergrenadier- und Jägerbrigaden sowie das Jagdkommando, alle seit Jahrzehnten Berufsmilitär, „kampffähiger“ zu machen. Die Bourgeoisie wollte, wie man im o.a. „Bericht“ lesen kann, auf internationaler Ebene nicht mehr nur „aufzeigen“, sondern tatsächlich „Flagge zeigen“ und aktiver an imperialistischen „Missionen“ teilnehmen, vor allem auch, wie es heißt, an „robusteren Missionen“, d.h. wirklichen Kampfeinsätzen. So weit, so klar und so logisch. Selbstverständlich setzt das aber auch verbesserte Ausrüstung, Ausbau der Transportkapazitäten etc. voraus - und das geht nicht ohne entsprechende Finanzmittel. Das alles war

von Anfang an sonnenklar und wurde bloß auf der Kasperlbühne der „Volksbefragung“ nicht thematisiert.

Tatsächlich gewinnt man allerdings derzeit in der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht den Eindruck einer zügigen „Profilschärfung“, sondern eher den, dass das Bundesheer finanziell ausgehungert wird, manche sagen „zu Tode gespart“. Massenmedien und Bundesheer- und bundesheernahen Publikationen malen das nahe Aus für das Bundesheer an die Wand. Das jüngst vom Minister präsentierte Sparpaket setzte noch eines drauf. Insbesondere die geplante Halbierung der Panzertruppe erregte Aufsehen.

Wie passt das alles zusammen? Wurde womöglich aus irgendwelchen Gründen ein Kurswechsel vorgenommen und möchte oder braucht die Bourgeoisie jetzt doch keine „Profilschärfung des Bundesheeres“ mehr, jedenfalls nicht in der geplanten Form, also im Sinne einer „stärkeren Einbringung auf internationaler Ebene“? Oder liegt es wirklich nur am Geld und sind die Budgetnöte tatsächlich so groß, dass die „Profilschärfung“ in der geplanten Form derzeit unfinanzierbar ist? In der öffentlichen Debatte erscheint das Ganze gerade so - aber wenn es nur das wäre, stellte sich eine andere Frage, nämlich warum beim Bundesheer derart brutal gespart werden soll, anderswo aber nicht, wo es doch dem Bud-

getdefizit ganz egal sein müsste, wodurch es eingedämmt wird. Immerhin sitzen ja für andere Zwecke, z.B. die Hypo Alpe Adria, zweistellige Milliardenbeträge locker.

Zuallererst muss man das Bild, das das Bundesheer schon als todgeweiht zeichnet, relativieren und darf man einiges anzweifeln. Die „Profilschärfung“ findet nämlich in einem Teil der Kerntruppe und in einigen Milizverbänden sehr wohl planmäßig statt. Das sieht man an den Manöverberichten und Bürgerkriegsübungen, über die z.B. „Der Soldat“ alle zwei Wochen berichtet. Das Ziel, das Bundesheer in Kernbereichen besser und schärfer als bisher auf seine Kernaufgaben, d.s. Einsatz gegen allfällige „Unruhen“ im Inneren und Teilnahme an imperialistischen Einsätzen im Ausland, wird offenbar zielstrebig weiterverfolgt.

Trotzdem: Wieso halbiert man ausgerechnet die Panzertruppe, die man jedenfalls im Ernstfall im Inneren braucht? Zur Panzertruppe gehört auch die Artillerie (heute in Gestalt von selbstfahrenden Geschützen, den sogenannten Panzerhaubitzen), die Artillerie, welche, wie wir uns erinnern, 1934 von Döbling aus den Karl-Marx-Hof beschoss. Halbiert man sie tatsächlich, wie es kolportiert wird? Äußerungen des Generalstabschefs lassen aufhorchen: man würde nur die Hälfte der Panzertruppe „stilllegen“, also sozusagen einmotten, aber alle

Strukturen aufrechterhalten, um bei Bedarf rasch wieder aufstocken zu können. Vielleicht verleast man die Panzer sogar ins Ausland (eine international durchaus übliche Praxis) oder verkauft man sie, um später neue anzuschaffen. „Bis 2016“, sagt der Generalstabschef Commenda, würde der harte Sparkurs durchgezogen, 2016 aber müsste eine tatsächliche Weichenstellung vorgenommen werden, wie es mit dem Bundesheer weitergeht. Auf gut deutsch: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. 2016 scheint überhaupt ein wichtiges Jahr für das Bundesheer zu werden, denn für dieses Jahr ist auch wieder eine Beteiligung an den EU Battle Groups geplant.

Was steckt dann - außer Budgetnöten, die es natürlich gibt - hinter der Rosskur, die dem Bundesheer verordnet wird? Es sieht verdammt danach aus, als handelte es sich in erster Linie um einen neuen Vorstoß derjenigen Kräfte in Bundesheer und Regierung, die sich der Präsenzdiener entledigen wollen. Bei der „Volksbefragung“ im Jänner 2013 klappte es nicht, vielleicht klappt es aber bei nächster Gelegenheit, wenn man - wie man liest - den Grundwehrdienern vielfach das Warmwasser abdreht oder sie in Massenschlafsälen, angeblich zu 40 Mann und mehr, unterbringt. Das verleidet auch dem letzten noch die Wehrpflicht. Wir erinnern uns: Es geht dieser Strömung in der Bourgeoisie darum, das Bundesheer auf die „kämpfende“, d.h. wenigstens kampffähige Truppe (wir halten uns hier an den Militärjargon)

zu fokussieren, sich der Präsenzdiener zu entledigen und den Verwaltungs- und Beschaffungskram, die Immobilienverwaltung und andere Dinge auszulagern und teilweise zu privatisieren (was übrigens im Verwaltungsbereich teilweise ohnehin schon längst der Fall ist). Ebenfalls, aber darüber wird nicht geredet, ist der Katastrophenschutz ein Auslagerungs- oder Privatisierungskandidat, jedenfalls der routinemäßige, der ja genauso von Feuerwehren usw. erledigt werden kann und über weite Strecken sowieso schon wird. Ergebnis wäre dann eine „Truppe von Profis“ (das war das Schlagwort und Hauptargument der SPÖ bei der „Volksbefragung“), die zum Schießen da ist und nicht zum Aufräumen.

Dass diese Truppe, wenn sie wirklich im militärischen Sinn kampffähig sein soll und erst recht, wenn sie in tatsächliche Kampfeinsätze geht, wesentlich besser ausgerüstet sein muss (man denke nur z.B. an die armselige Lage bei den Kampf- und Transporthubschraubern), Verluste an Mensch und Material zu tragen hätte und überhaupt teurer wird, ist jedem denkenden Menschen klar, aber das „ist eine andere Geschichte“, das kommt erst in ein paar Jahren. Und bis dahin hat sich die Kriegsgefahr weiter erhöht, sodass das Volk die steigenden Kosten vielleicht eher schluckt, und bis dahin, hofft der Bourgeois, gibt es - vielleicht, vielleicht! - auch wirklich einen Konjunkturaufschwung, obwohl es derzeit wieder ganz

nach neuer Rezession ausschaut. Es ist auch noch nicht wahnsinnig eilig mit der „Profilschärfung“, denn die „Missionen“ im Ausland kann man, solange man nicht auf militärischen Widerstand stößt, auch auf Sparflamme halten, insbesondere unter Vermeidung wirklicher Kampfeinsätze; wenn man auf solchen stößt, kann man die andern „Partner“ zu Hilfe rufen; und für Einsätze im Inneren gegen militante Streiks und Straßenkämpfe (was sie „riot control“ nennen) genügen auf absehbare Zeit „militarisierte“, d.h. militärisch aufgerüstete Sonderpolizeinheiten und sie hoffen halt, dass ihre Aufrüstung mit der Entfaltung des Klassenkampfes Schritt hält.

Mit der Frage des Präsenzdienstes, der Landesmilitärkommandos etc. hängt ein Problem zusammen, das schwer auf dem Militärbudget lastet. Heute geht ein gewaltiger Teil der Kosten des Bundesheeres auf für die Personalkosten einer - gemessen an den Anforderungen einer „kämpfenden Truppe“ - verfetteten, überalterten, kampfunfähigen und -unwilligen Bürokratie und Beamtenhierarchie. Diese Personalsituation verlangt Organisationsstrukturen, in denen man die vielen eigentlich überflüssigen Kader bis hinauf zu Horden von Generalstabs-offizieren unterbringen kann. Aus dieser Personalsituation resultiert auch, dass man im Bundesheer so viele Befürworter der Aufrechterhaltung des Präsenzdienstes findet, denn dort finden sie ihre Beschäftigung. Die noch

malige Verschärfung des Sparkurses für das Bundesheer ist ein Hebel, der angesetzt wird, um diese Bürokratie von „Etappenhengsten“ aufzubrechen und drastisch zu verkleinern, damit so der Weg frei wird, um Ausbau und Aufrüstung der „kämpfenden Truppe“ voranzubringen, ohne die Kosten explodieren zu lassen. Wenn man Postler zu Polizisten machen kann, wieso kann man dann nicht z.B. Offiziere zu Finanzämtlern machen?

Wahrscheinlich ist der branchiale Sparkurs notwendig, um die angesprochenen Fragen angehen und lösen zu können. Dazu kommen vielleicht noch ein paar andere Überlegungen, die im Hirn der Bourgeoisie umgehen. Z.B. dass die Vertiefung der Krise in Ost- und Südosteuropa, der wichtigsten Interessenssphäre des österreichischen Kapitals, der dramatische Rückgang des Kapitalexports dorthin, das schwächere Sprudeln der Profite aus dieser Region, vielleicht auch die zunehmenden Volkskämpfe gegen den Neokolonialismus (Bosnien!) der österreichischen Bourgeoisie ihr Mütchen gekühlt haben. Wenn es mit der Profitabilität des dortigen Kapitals sowieso bergab geht, dafür aber mit immer mehr und durchaus „robusteren“ Auseinandersetzungen mit den Volksmassen zu rechnen ist, zieht man vielleicht doch vor, andere, deren „Profil“ schon geschärft ist, die Drecksarbeit machen zu lassen. Dann könnte man die „Profilschärfung“ für Auslandseinsätze im Moment

verschieben und sich auf diejenige für Einsätze im Inneren und auf die „Mitarbeit“ in den vielen NATO-, EU- und sonstigen Gremien konzentrieren. Auch eine „kämpfende Truppe“ muss ja nicht unbedingt gleich wirklich kämpfen, so ist es sicher von etlichen ihrer Fans auch wieder nicht gemeint. Selbst wenn man noch so wollte, kann man nicht das österreichische Bundesheer, das sich bisher nur in der „Etappe“ umtreibt, in kurzer Zeit zu einem kampfstarken Verband für wirklichen Kriegseinsatz machen. Auch „Rom wurde nicht an einem Tag erbaut“.

Vielleicht fürchtet man auch, es könnte in NATO- oder EU-Kreisen jemand angesichts der Verschärfung der Ukraine Krise und generell der Zuspitzung der imperialistischen Rivalität gegenüber Russland auf die Idee kommen, auch österreichische Soldaten aus der „Etappe“ an die „Front“ (sei es eine zukünftige „Ukrainefront“, seien es andere EU-Außengrenzen ...) zu holen bzw. diesbezüglichen Druck auf die Regierung zu machen. Unmut über die österreichische relative „Laxheit“ bei der Aufrüstung und über sein „Drückbergertum“ werden von den anderen EU-Staaten immer wieder geäußert. Ein zu sehr „geschärftes Profil“ wäre dann, wenn man dem aus dem Weg gehen und plötzlich doch wieder die (wenn auch schon ziemlich verweste) Leiche der „Neutralität“ aus der Grube ziehen will bzw. wegen der Stimmung in der Bevölkerung muss, vielleicht gar nicht so gut.

Fest steht: Am Charakter des Bundesheeres als Unterdrückungsinstrument nach innen und Mittel imperialistischer Aggression nach außen ändert sich dadurch sowieso nichts und auch die „Profilschärfung“ wird so oder so, mit oder ohne Sparkurs, in dieser oder jener Form weiter vorangetrieben.

PS: Nicht sollte man, wenn man über die „Zukunft des Bundesheeres“ redet, nur oder hauptsächlich an die Eurofighter denken, obwohl deren kürzlich verordnete drastische Einschränkung des Flugbetriebs die meisten Schlagzeilen machte. Diese Vögel sind ein Sonderthema. Diese Investition war von vornherein in erster Linie eine dubiose Angelegenheit mafiosen Typs; aus militärischer Sicht waren sie von Anfang an sehr umstritten und immer schon flügelahm (nicht nur von den Betriebskosten, sondern auch von der Ausrüstung, den Übungsmöglichkeiten (im Echteinsatz!) etc.). Es ist kein Wunder, dass immer wieder die Idee aufkommt, das bisschen österreichischer Luftraum könnte ja auch von besser gerüsteten NATO-Nachbarn mitbeschützt werden (was es wahrscheinlich sowieso wird) oder auch von der relativ zu Österreich unglaublich hochgerüsteten Schweiz und man sollte die Flugzeuge lieber irgendwie verwerten (verkaufen oder vermieten) und damit das Militärbudget aufbessern. Die Eurofighter sind ein Sonderthema, aus dem man nicht allgemeine Schlüsse über die Militärpolitik ziehen darf.

Syrien, Irak...

Die Kriegstreiber stoppen!

Freiheit für Kurdistan!

Flugblatt der IA*KKP vom 10. Oktober 2014

Seit Wochen sind die Truppen der IS/ISIS auf dem Vormarsch. Anscheinend kann ihnen niemand widerstehen - außer die heldenhaften Verteidigungskräfte der Kurd/innen in Rojava (Nordsyrien). Die Massenmedien in Europa sind in heller Aufregung... Aber fast nie hört man irgend was darüber, woher diese angeblich unüberwindlichen „Terrormilizen“ kommen – sind sie vom Himmel gefallen?!?

Nein, schon seit Jahren wurden verschiedene djihadistische und salafistische Gruppen in Irak und Syrien von den USA massiv aufgepäppelt, mit Waffen versorgt und ausgebildet, auch die Vorläufer der IS/ISIS. Erklärtes Ziel des US-Imperialismus ist der Sturz des Assad-Regime. Genauso wie in Afghanistan seinerzeit die Taliban von den USA gegen die sowjetfreundliche Regierung systematisch aufgebaut wurden. Noch vor wenigen Monaten trafen sich führende IS-Mitglieder mit Senatoren und anderen Vertretern der USA und ließen sich dabei auch fotografieren (wie der IS-„Khalif“ Baghdadi mit US-Senator McCain).

Deshalb ist es kein Wunder, dass die „massiven Luftschläge“ der größten imperialistischen Macht der Welt gegen die IS kaum Wirkung zeigten.

Seit der weltweiten Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems im Jahr 2008 verschärften alle imperialistischen Mächte die Konkurrenz um Einflusszonen. Innerhalb der EU verschärfen sich die Widersprüche, nicht nur mit dem britischen Imperialismus, sondern auch zwischen Deutschland und Frankreich, die bisher einen festen Block bildeten.

Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass auch der russische Imperialismus nicht mehr bereit ist, sich Gebiet um Gebiet von den EU-Imperialisten abnehmen zu lassen, sondern ebenfalls in einigen Regionen in die Offensive geht, bevor die EU-Außengrenze und die NATO-Frontlinie direkt bis nach Russland verschoben wird.

Die Türkei spielt die Rolle einer Regionalmacht im östlichen Mittelmeerraum und will mit allen Mitteln verhindern, dass ein kurdischer Staat entsteht. Deshalb wendet sie sich auch gegen alle Versuche (der USA und der EU), im Nordirak eine von den westlichen Imperialisten abhängige Neokolonie unter Barzani zu installieren. Insbesondere will sie jedoch die Festigung eines unabhängigen, volksdemokratischen und laizistischen Kurdenstaats in Rojava (Nordsyrien) verhindern und unterstützt deshalb seit Monaten direkt und indirekt die IS/ISIS-Truppen. So hoffen sie ihr „Kurdenproblem“ (auch im eignen Land) zu beseitigen, und zugleich den Hauptfeind, das Assad-Regime, zu stürzen. In dieser Frage sind sie sich mit den US-Imperialisten einig.

Die Arbeiter/innen aller Länder müssen gemeinsam gegen imperialistische Kriege kämpfen. Solange das kapitalistische Weltsystem nicht gestürzt ist, werden Kriege und Kriegsgefahr andauern.



***Nieder mit den imperialistischen Kriegstreibern
und ihren Lakaien!***

Stoppt die Unterstützung für die IS/ISIS!

***Keine imperialistischen Bodentruppen in
Kurdistan!***

***Unterstützt die Verteidigungskräfte von Rojava
(Nordsyrien)!***

Freiheit für Kurdistan!

Über den „Islamischen Staat“ im Irak und in Syrien

Es ist erst ein paar Wochen her, dass die Organisation „Islamischer Staat“ (IS), auch unter einigen früheren Namen bekannt, darunter dem arabischen Da'esch, so richtig ins Rampenlicht der imperialistischen Öffentlichkeit trat. Gleichsam aus dem Nichts, so einen Eindruck hätte man aus der imperialistischen Berichterstattung gewinnen können, fiel sie vom irakischen Himmel. Einmal auf irakischem Boden gelandet, eroberte sie alles und jedes, überrannte nicht nur Hunderte Städte und Dörfer, sondern auch gleich die irakische Nordarmee, besetzte Ölanlagen und Staudämme, eroberte Mosul, die Grenzzone zu Syrien und der Türkei, Faludja, Tikrit etc. und marschierte auf Bagdad. Angst und Schrecken überall, die westlichen Imperialisten aufgeschreckt. Niemand konnte sich anscheinend der IS¹ in den Weg stellen. Nur die kurdischen Peshmerga hätten sich wie die Löwen gegen die IS gewehrt (wenn auch, wie man zugeben musste,

so besonders heftig auch wieder nicht und in der Hauptsache nur zur Verteidigung ihres eigenen Territoriums - und zur Einverlebung zusätzlicher bisher umstrittener und nur zum Teil kurdischer Gebiete des Irak, nämlich der Stadt und Provinz Kirkuk). Schließlich ging der IS-Offensive aber doch die Luft aus, eigentlich kein Wunder, denn eine marodierende Bande kann irgendwie herumziehen, aber zum Kämpfen gegen einen Gegner, der sich wehrt, braucht auch die IS Nachschub und Stützpunkte. Inzwischen hatte die Maliki-Regierung² die USA um Hilfe gebeten, etwas später begannen die US-„Luftschläge“ und schließlich wurde eine große internationale „Anti-Terror-Koalition“ (wieder eine „Koalition der Willigen“ wie 2003) unter US-Führung zur Bekämpfung der IS gebildet, hauptsächlich eine große internationale Show³. Die US-Luftwaffe sowie auch französische und britische sowie - wie zum Hohn - ein paar Kampfjets ei-

niger Golfstaaten flogen Bombeneinsätze gegen die IS, im Irak, aber, da sie schon dabei waren, gleich auch in Syrien. Den Einsatz von Bodentruppen schloss man aus. Hunderttausende mussten flüchten. Das ist das Bild, das die imperialistischen Medien uns in den letzten Wochen vermittelten - ziemlich alles daran ist falsch, gelogen oder unsinnig.

Es fängt schon damit an, dass die IS gar nicht vom dem Himmel fiel, sondern aus Syrien herüberkam, wohin sie 2012 aus dem Irak gegangen war. Zurück zu den Wurzeln sozusagen. Sie hatte sich nämlich ursprünglich im Irak gegründet und dann als irakischer Arm der Al-Qaida (AQ) aufgebaut, damals noch unter anderen Namen und in anderer Konstellation. Anfang 2012 ging sie nach Syrien, um sich dort am Kampf gegen das Assad-Regime zu beteiligen. Aber da war sie noch „gut“ und nicht „böse“. „Böse“ war nämlich Assad und wer gegen

¹ Wir sagen: die IS, also die Organisation IS, und nicht der IS. Nicht dass das von brüllender Bedeutung wäre, aber doch ist es so, dass die Geschichte mit dem „Staat“ hauptsächlich dazu da ist, die IS zu überhöhen (und Steuerrechte und dergleichen „rechtlich“ zu begründen) und die tatsächlich in der Region bestehenden Staaten zu desavouieren. Die Organisationsstruktur der IS, mit einem Kalifen und zwei „Unterkalifen“ (jeweils für Syrien und Irak) usw., ähnelt weniger einem Staat, als einer militärischen Kommandostruktur. Die von „gebildeten“ bürgerlichen Klugschreibern sehr betonte Konnotation, dass auch Mohammed einen Staat begründet hätte usw. usf. und daher der Staatsanspruch in religiöser Hinsicht ganz wichtig sei, ist religiöses Larifari. „Opportunistische“ Namensgebungen (sonst hätte die IS ihren Namen nicht in einem Jahrzehnt fast ein Dutzend mal geändert) sind nur wichtig, insofern sie dem Träger politisch, militärisch etc. etwas bringen.

² Die selbst für die USA unhaltbar gewordene Maliki-Regierung ist inzwischen abgelöst. Das haben auch die westlichen Medien berichtet. Aber durch wen? Das haben sie nicht berichtet. Das neue Regime sieht so aus: „Nouri al-Maliki wurde Vizepräsident ... , das war eine der 27 Bedingungen für seinen Rücktritt. .. Sein Nachfolger, Haidar al-Abadi ... lebte von 1970 bis 2003 in Großbritannien, dürfte ein Agent des (britischen Geheimdienstes) MI 6 sein und legte seine britische Staatsbürgerschaft im September 2014 zurück, weil die irakische Verfassung eine Doppelstaatsbürgerschaft ausschließt. Iyad Allaoui, früherer Ministerpräsident (2004-05), der die US-Truppen ermächtigt hatte, Faludja auszuradiieren und der nie seine guten Beziehungen zur CIA und zur MI 6 versteckte ... ist ebenfalls Vizepräsident.“ (Afrique Asie, Oktober 2014)

³ Dass wir in diesem Artikel auf den US-Imperialismus als den imperialistischen Hauptakteur im Nahen Osten fokussieren, heißt nicht, die Machenschaften und Verbrechen der anderen Imperialisten, französische, britische, deutsche und russische zu übersehen und den Klassenkampf dagegen zu vernachlässigen.

ihn kämpfte, war daher „gut“ und musste unterstützt werden. Also wurde die IS tatkräftig von den westlich-imperialistischen Staaten und ihren regionalen Verbündeten (v.a. von Saudiarabien, Qatar, den Vereinigten Arabischen Emiraten, aber auch von der Türkei) unterstützt. Unter den „Guten“, die die „Freie Syrische Armee“, das „Nationalkomitee“ usw. gebildet hatten bzw. besser: aus denen diese Anti-Assad-Opposition gebildet wurde, unter diesen „Guten“ spielten einige salafistisch-djihadistische Verbände⁴ eine bedeutende Rolle, darunter auch die IS. Die Terroristenverbände⁵ waren in diesem Fall, für „höhere Ziele“, den imperialistischen „Demokratie- und Freiheitsfreunden“ sehr willkommen und wurden von ihnen mit Geld und Waffen hochgepäpelt. Dass sie zugleich auf sämtlichen westlichen „Terro-

risten-Listen“, von der CIA bis zur UNO, standen, tat nichts zur Sache. Ihre Ausbildungs- und Rückzugslager hatten sie in der Türkei und in den Golfstaaten, Geld und Waffen bekamen sie hauptsächlich von bzw. über die Golfstaaten, in weiterer Folge auch indem sie regionale Militärbestände in ihren Besitz brachten. Ihr Chef ist seit Mai 2010 ein gewisser Abu Du’a, der sich inzwischen Abu Bakr al-Baghdadi nennt. Der Bursche war von den USA im Irak verhaftet worden und war 2005-2009 im amerikanischen Gefängnis Bukka (in der Nähe von Basra) wegen „Terrorismus“ eingesperrt, wurde dann ohne Angabe von Gründen aus dem Lager entlassen, an das irakische Maliki-Regime übergeben und von diesem überhaupt freigelassen. Viele Indizien, darunter übrigens auch Snowden-Dokumente, deuten auf eine Kollaboration mit

der CIA „in beiderseitigem Interesse“ in diesen Jahren hin. Als die westlichen Imperialisten 2011 beschlossen, den Volksaufstand in Syrien gegen das Regime zu benutzen, um dieses zu stürzen und zu diesem Zweck den Krieg in Syrien forcierte, und als sich die IS 2012 diesem Kreuzzug anschloss, wurde dieser al-Baghdadi zu einer Schlüsselfigur im Kampf gegen das Assad-Regime. Die Gräueltaten seiner und anderer Banden, einschließlich des Einsatzes von Giftgas, den man dem Regime in die Schuhe zu schieben versuchte, blieben nicht unbekannt, weswegen sich die „freie Welt“ oder „internationale Gemeinschaft“, wie es jetzt eher heißt, lieber eine „gemäßigte Opposition“⁶ in Syrien gewünscht hätte, aber nur für die Medien, in Wirklichkeit wollte man ja Assad stürzen und dazu musste jemand kämpfen und „gemäßigt“ geht das

⁴ Wir verwenden für diese religiös-fundamentalistisch verbrämten Terror- und Verbrecherbanden den Ausdruck „djihadistisch“. Das ist vielleicht ein Zugeständnis an den gemeinen Sprachgebrauch, aber wie sonst soll man sie nennen, ohne immer Anführungszeichen dazu setzen zu müssen. „Radikal-islamische Fundamentalisten“ geht jedenfalls nicht, allein schon weil imperialistische Unwörter nicht auch noch nachgeplappert werden müssen. Außerdem erinnerte es zu sehr an „radikal-christentümliche Fundamentalisten“ oder „Katholizisten“, die im Vatikan sitzen und von dort aus ihren Dihad steuern. Islamismus oder besser: politischer Islam kennzeichnet auch nicht die spezifische Bewegung der Dihadisten, sondern wäre ein viel breiterer Begriff. Und noch etwas: Wir wissen natürlich, dass sich der Dihad des Koran nicht im Krieg erschöpft, und glauben der Sprecherin der Islamischen Gemeinde in Wien selbstverständlich, dass - dem Begriff nach - Blumengießen, sofern es aus Gottesfurcht erfolgt, ebenfalls Dihad ist. Wie schon gesagt, geht es uns nicht um religiöses Larifari, welcher Religion auch immer, sondern um die wirklichen Triebkräfte und Widersprüche in einer Gesellschaft.

⁵ Es handelt sich im gegenständlichen Fall bei diesen Dihadisten um äußerst reaktionäre volksfeindliche Organisationen, die nicht einen Volkskrieg, nicht einmal einen auf die Volksmassen gestützten Krieg führen, sondern Terrorakte setzen und terroristische Methoden pflegen, auch und insbesondere gegen Teile der Volksmassen. Sie als Terroristenverbände ohne Anführungszeichen zu bezeichnen, ist daher berechtigt. Das hat nichts damit zu tun, dass die Imperialisten und Reaktionäre aller Länder jeden als Terroristen bezeichnen, der sich gegen sie wehrt.

⁶ Patrick Cockburn, Nahostkorrespondent von *The Independent* : „Die FSA und ebenso die Syrische Nationale Koordination, also die Gruppen, von denen die USA und Großbritannien seit Jahren behaupten, dass sie den Kern der militärischen und politischen Opposition bilden, sind diskreditiert... Ihre Söldner sind auf der Flucht, haben die Seiten gewechselt oder bemühen sie sich nur noch darum, die Angriffe der Dihadisten oder der mit Al-Qaida in Verbindung stehenden Brigaden zu überleben.“ *New York Times* im Dezember 2012: „Seit 2012 ist Al-Qaida zu einer der kampfstärksten Kräfte des Aufstands geworden und dominiert zusammen mit ihrem Ableger Al-Nusra den Stellvertreterkrieg gegen Assad.“ Und schlussendlich „Der Soldat“ Nr.18/2014, aus dem wir neben den obigen auch die folgenden Zitate haben: „Seither sind die Dihadisten immer stärker, brutaler und maßgeblicher in Syrien und im benachbarten Irak geworden. Der IS ist der entscheidende Feind des syrischen Regimes ... und die Speerspitze des Aufstands... und hat alle entscheidenden Angriffe gegen syrische Armee-Käfte und -Einrichtungen geführt... Von ‚gemäßigten‘ Rebellen dürfte wohl keine Spur mehr sein. Wen wollen also die USA und ihre Verbündeten mit Geld, geeigneteren Waffen und anderen Mitteln unterstützen?“

halt nicht. Aber, wie gesagt, in Syrien gehörte die IS ja zu den „Guten“. Ganz gegen die imperialistischen Pläne neigte sich aber das Kriegsglück in Syrien immer mehr zugunsten des Assad-Regimes. Zudem hatte sich die IS in Syrien wegen ihres wilden Terrorregimes, speziell auch gegen die „eigenen Leute“ (d.h. andere Dji-hadisten oder auch bloß Moslems), selbst unter den sonstigen Dji-hadisten

isoliert, unter der übrigen „Opposition“ sowieso, und war mit allen im Krieg. In dieser Situation trat die IS die Flucht nach vorn an und ging, diesmal wahrscheinlich nicht in Absprache bzw. zur Genugtuung ihrer salafistischen und sonstigen Nutznießer und Freunde in der westlich-imperialistischen Welt teilweise wieder in den Irak zurück und erlangte dort seit Anfang des Jahres die traurige Berühmtheit, die

sie inzwischen hat. Die jüngste Entwicklung im Irak führte zum endgültigen Zerfall des Maliki-Regimes und auch gleich des von den USA mühsam und sündteuer aufgepäppelten irakischen Staatsapparats, heftigen kriegerischen Auseinandersetzungen im ganzen nördlichen Landesteil und zuletzt noch zu den US-, französischen, britischen etc. Bombardements.

Kleiner Exkurs in die Geschichte der IS

Die IS ist ein direkter Nachkömmling der AQI (Al-Qaida des Irak). Bekanntlich war die angeblich große Bedeutung der AQ im Irak und ihre angebliche Zusammenarbeit mit dem Baath-Regime Saddam Hussein's einer der Vorwände des US-Imperialismus zur Aggression gegen den Irak im Jahr 2003. Man fand von ihr ebensoviel wie von den angeblichen Massenvernichtungswaffen. Es hatte nämlich im Irak nur eine kleine „befreundete“ Organisation im kurdischen Norden, in der Region von Halabja, gegeben, die Ansar al-Islam, aber ohne nennenswerten Einfluss. Das änderte sich mit der US-Aggression schlagartig. Jetzt begann der Dji-had gegen die USA. Anfang 2004 wurde von einem gewissen Abu Musan az-Zarqawi eine neue dji-hadistische Organisation gegründet, die sich Ende 2004 dem AQ-Netzwerk anschloss und von Bin-Laden auch „anerkannt“ wurde. Az-Zarqawi wurde Bin-Laden's „Stellvertreter im Irak“. Nach dem Überfall der USA, als sich allmählich der Widerstand gegen das US-Besatzter-, Folter- und Terrorregime formierte, als durch das extremistische Maliki-Regime, das der US-Imperialismus installiert hatte, dieser Widerstand eine religiöse Seite bekam (Widerstand der Sunniten gegen ihre schiitischen Unterdrücker) und damit eine neue Basis fand, als ein Zustrom sogenannter Dji-hadisten in den Irak einsetzte, der begreiflicherweise zu einem Hauptkriegsschauplatz gegen die USA geworden war, als sich so der irakisch-nationale Widerstand mit den internationalen Dji-hadisten verband - erst jetzt, in den letzten Jahren der US-Besatzung, kam Bewegung in die Sache der AQ. Sie wurde zu einem Kristallisationspunkt Dutzender islamistischer, sei es „nationaler“, sei es dji-hadistischer Gruppen, mit wechselnder Beständigkeit und wechselnden Namen. Im Jänner 2006 kam es zu einem größeren Zusammenschluss unter der Ägide der AQ unter dem Namen MSR (Mudjaheddin Schura Rat) und im Oktober wechselte der MSR seinen Namen und nannte sich ab nun ISI (Islamischer Staat im Irak). Mit der Ausdehnung des Operationsbereichs auf den ganzen Nahen Osten wurde daraus über einige Zwischenstufen (ISIS, ISIL) die IS. Mit dem Bürgerkrieg in Syrien sah die IS (damals noch ISI) die Chance, über den Irak hinauszugreifen, und spätestens jetzt wurde sie auch massiv und in jeder Hinsicht (außer in der hiesigen Propaganda für das westliche Publikum) von der Welt der „Freiheit und Democracy“ unterstützt und wurde so zur vielleicht bedeutendsten dji-hadistischen Kraft in der Region. Neben, manchmal gemeinsam mit ihr, operierte in Syrien auch die Al-Nusra, ebenfalls eine salafistisch-dji-hadistische Organisation, ebenfalls dem AQ-Netzwerk zugehörig, und zwei weitere unter dem Dach der „Islamischen Front“. Die beiden AQ-Organisationen hätten sich 2013 zusammenschließen sollen, aber es gab Sand im Getriebe, wahrscheinlich ging es um einen Kampf darum, wer das Sagen unter den Dji-hadisten in Syrien haben sollte. Es ging aber offenbar auch um Meinungsverschiedenheiten über die Methoden der Kriegsführung. Die faschistischen Schlächtermethoden der IS, auch gegen andere Dji-hadisten, waren der Al-Nusra anscheinend doch zu viel und sogar der Anführer der internationalen AQ, Aiman az-Zawahiri, distanzierte sich von der IS. Die IS ist daher seit Mitte 2013 im Streit mit der sonstigen AQ, d.h. mit az-Zawahiri und der Al-Nusra, was aber nichts an ihrer Orientierung ändert. Trotzdem ist die IS eine Organisation, die man nach wie vor dem AQ-Umkreis zurechnen muss, wie immer die organisatorischen Beziehungen im „AQ-Netzwerk“ sind (über die ohnehin niemand viel weiß). Hatte der US-Imperialismus seinerzeit in Afghanistan bereits die Taliban und auch die Al-Qaida nach Kräften gefördert und unterstützt, um sie gegen die sowjetischen Invasoren zu benutzen, so hat der „freie Westen“ wieder, diesmal in Syrien, eine AQ-Organisation nach Kräften gefördert und unterstützt, um sie gegen das Assad-Regime zu benutzen und damit auch gleich dessen russische (und ein bisschen chinesische) Gönner zu treffen. Wie sich die Geschichte, ungeachtet allen „Kampfes gegen den Terrorismus“, wiederholt! Und wie es den USA immer wieder geht wie dem berühmten Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr beherrscht!

Ein Blick auf die IS und ihre Gönner

Im Irak gibt es nicht nur die IS, es gibt weitere bedeutende salafistisch-djihadistische Organisation, darunter die Ansar al-Sunna und - wir reden hier von Organisationen, die den „Djihad“ im Sinne des bewaffneten Kampfes auf ihre Fahnen geschrieben haben - noch ein paar Dutzend mehr⁷. Es gibt außerdem vom Iran gesteuerte und nicht vom Iran gesteuerte schiitische Organisationen und weitere sunnitisch, aber nicht salafistisch orientierte und von unterschiedlichen Sponsoren aus der Golfregion gesteuerte Gruppen. Jeder, der in der Region mitmischen will, findet „seine“ Jihadisten. Viel Lärm wird um die westlichen Zuwanderer zur IS (und anderen djihadistischen Organisationen) gemacht, aber das ist viel Lärm um (fast) nichts. Die IS lebt nicht von dem Zustrom von „Djihad-Immigranten“ (manche sind nur „Djihad-Touristen“) aus westlichen Ländern (von denen übrigens auch der größte Teil aus der Türkei kommt), sondern wenn schon dann von einem Zustrom aus anderen islamischen Ländern, oft Kampf- und Kriegsgebieten, und das ist ein Zustrom von militärisch ausgebildeten und kampferfahrenen Leuten, die sie sicher eher

gebrauchen kann als die djihad-begeisterten Unbedarften aus Europa. Sie hat auch, und das hat sie zweifellos enorm gestärkt, beträchtlichen Zustrom aus dem baathistischen Milieu erhalten, darunter viele ehemalige Militärs, Geheimdienstler und sonstige Funktionäre des Saddam-Regimes. Es gibt auch noch eine direkte Fortsetzung dieses Regimes unter Führung von Izzat Ibrahim al-Douri, Chef der Baath-Partei und der „Front des Jihad, der Befreiung und des nationalen Heils“, welche neben dem US-Imperialismus auch den Iran als ihren Erzfeind betrachtet, sich aber inzwischen ebenfalls mit Saudiarabien ins Bett gelegt hat.

Die IS finanziert sich hauptsächlich über Geldmittel von den Golfstaaten. Das bestreitet niemand, aber man redet nicht gerne darüber. Das sind ja immerhin die Verbündeten des „freien Westens“ in seinem angeblichen Kampf um Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Erdöl. Viel wird dagegen geredet über die Erlöse der IS aus dem Verkauf von Rohöl aus von ihr kontrollierten Ölfeldern (weswegen man ihr diese auch dringend wieder wegnehmen oder sei zerstören muss!). Wenig wird dagegen geredet, wie sie das bewerkstelligt, denn das Öl muss ja zuerst einmal weiter gefördert

werden, was sich mit einem Maschinengewehr alleine nicht bewerkstelligen lässt, es muss dann irgendwie durch irgendjemanden von der Förderstelle zuerst an eine Küste, z.B. in der Türkei oder am Golf, oder zu einer Raffinerie, also eigentlich durch „Feindesland“ für die IS, gebracht und es muss vermarktet werden. Es wird ja nicht ein Vertreter von Exxon Mobil oder Total (oder womöglich auch der ÖMV?) mitten im IS-Gebiet mit Tankwagen und Brieftasche herumgeistern, die Herren Jihadisten bar bezahlen und dann seinen Tankwagen gen Westen kutschieren. Jedenfalls landet das „IS-Öl“ schließlich an unseren Tankstellen und das Geld der westlichen (und östlichen!) Ölkonzerne auf IS-Konten. Das geht alles nur über die schon vorher vorhandenen Strukturen. Aber auf die Idee, einen Ölboykott über die IS zu verhängen und ihr das Öl nicht mehr abzukaufen, kommt natürlich keiner. Wie verlogen das alles ist! Weiters verkauft die IS auch noch sonst alles Mögliche, von Kunstschätzen bis Frauen, sie erpresst Löse- und sonstige Gelder - darüber wird ebenfalls viel geredet. Wenig geredet wird wieder darüber, dass sie z.B. bei der „Eroberung“ von Mosul angeblich Geld und Kriegsmaterial im Wert von 1,8 Milliarden \$ erbeutet hätte.

⁷ Wir beschäftigen uns hier nicht mit Religion, Islam, Islamismus und schon gar nicht mit dem armen Koran, der so viel oder so wenig wert ist wie die christliche Bibel, also eigentlich nichts, und sich wahrscheinlich wundert, wie er dazu kommt, eine so prominente Rolle in heutigen Debatten zu spielen, die mit ihm gar nichts zu tun haben. Über solche Fragen wird genug gequatscht.

Die IS, heißt es, verfügt über kriegserprobte und bestens bewaffnete und organisierte Verbände. Das stimmt in gewissem Umfang, sie ist im Vergleich zu anderen Terroristenverbänden ein Schwergewicht, aber eben nur ein „terroristisches“ Schwergewicht, kein Vergleich mit der Kampfkraft einer wirklichen Volksarmee. Dennoch verfolgt sie offenkundig, im Unterschied zu den vielen gewöhnlichen djihadistischen oder sonstigen Verbrecherbanden, eine gewisse „Militärdoktrin“, übrigens sehr stark vom US-amerikanischen „counter insurgency“-Konzept inspiriert, sie ist diszipliniert und in dem Sinn „pragmatisch“, d.h. auf Kapitalverwertung bedacht, als sie nicht in erster Linie auf Tötung und Plünderung aus ist, sondern auf Verankerung in einer Region, auf wirtschaftliche Exploitation z.B. des Öls; sogar Geiseln wurden von ihr bis vor kurzem gerade nicht umgebracht, sondern in guter handelskapitalistischer Manier gegen Lösegeld getauscht; erst kürzlich, als sich US-Schläge gegen die IS abzeichneten, änderten sie diese Haltung. Ihre Truppenstärke ist unbekannt. Die CIA schätzt 20.000 bis 30.000, in Syrien schätzt man sie auf 3.000 bis 8.000, also man weiß es nicht. Sicher ist nur eines: Wenn sich die Volksmassen in Gestalt von Milizen oder auch nur vom Volk unterstützte Militärverbände gegen sie stellen, schaut es schnell schlecht aus. Als sie im Jänner Ramadi eroberten, wurden sie von „lokalen Milizen

und Polizeikräften“ bald wieder vertrieben. Als sie Faludja eroberten, wurden sie ebenfalls von lokalen Milizen und der Lokalpolizei vertrieben. Als sie, etwas später, bereits nach der „Schlacht um Mosul“, Baidshi, mit der größten irakischen Ö Raffinerie, erobern wollten, zogen sie sich angesichts der vor Ort befindlichen Militär- und Polizeikräfte lieber wieder zurück. Wie man sieht, alle westlichen Medien (und auch „Experten“ usw.) überschätzen die militärische Stärke der IS. Stark spielen sie sich hauptsächlich gegenüber Zivilisten und unterlegenen Verbänden auf, gegenüber bewaffnetem Widerstand schauen Mut und Kampfkraft der „Gotteskrieger“ schon wieder weniger ahnsehnlich aus. Man darf sich in dieser Frage nicht durch die westlichen Medien mit ihren Berichte über die Abscheulichkeiten dieser Verbrecher irritieren lassen. Auch bei dem derzeit tobenden Abwehrkampf in der inzwischen fortschrittlich-demokratisch organisierten kurdischen Region Rojava und der Stadt Kobane kommt die IS nicht so voran, wie sie selbst, die türkische Regierung und die westlichen Imperialisten sich das dachten - und das, obwohl die militärischen Mittel der Verteidiger äußerst bescheiden sind, ihre Kampffentschlossenheit allerdings umso größer, denn sie haben etwas zu verteidigen.

Die „Schlacht um Mosul“

Am 10.Juni, heißt es, startete die IS eine Großoffen-

sive auf Mosul. In Mosul, einer Stadt mit 1,8 Millionen Einwohnern, waren zwei irakische Armeedivisionen mit 30.000 Soldaten stationiert, mit schwerem Gerät, Panzern, Black Hawk Hubschraubern, Artillerie Der Angriff wurde von, hier schwanken die Angaben, zwischen 800 (laut dem britischen „Guardian“) bis zu maximal 1.500 IS-Leuten geführt und war im Handumdrehen gewonnen. Die irakische Armee kapitulierte kampflos, „ohne einen einzigen Schuss abzugeben“. 30.000 (!) Soldaten desertierten. Die Soldaten berichten, es sei ihnen von ihren Befehlshabern befohlen worden, zu kapitulieren, bevor diese sich selbst aus dem Staub gemacht hätten. Die IS eroberte Waffen und Geld im Wert von 1,5 Milliarden \$. Sie erbeutete schwere Waffen, Kampfhubschrauber, Artillerie, panzerbrechende Waffen etc. Wie kann man sich so etwas erklären? Man kann es sich nur so erklären, dass die irakische Armee (vielleicht müsste man sagen: die sogenannte irakische Armee) nicht kämpfen wollte. Teile der Armeeverbände, darunter drei Generäle, alle drei übrigens frühere Generäle der Saddam-Armee, liefen zur IS über. Ende Juni wurde ein nahe gelegener Luftwaffenstützpunkt der irakischen Armee kampflos aufgegeben, nachdem die Offiziere den Stützpunkt bereits vorher verlassen hatten; 3.000 Soldaten ergaben sich, die Hälfte davon, weil Schiiten, wurden umgebracht. Am 19.August startete die irakische Armee eine Gegenoffen-

sive zur Rückeroberung Tikrits - brach sie aber nach ein paar Stunden (!) wegen „zu starker Gegenwehr“ gleich wieder ab. Braucht man noch mehr Beispiele für ihren erbärmlichen Zustand? Was sagt das? Das verweist weniger auf eine wahnwitzige Kampfkraft der IS als auf einen völlig zersetzten irakischen Staats- und Militärapparat, der keinerlei Interesse hatte, die Maliki-Regierung gegen die IS zu verteidigen. Und es gibt noch einen interessanten Hintergrund zur „Schlacht um Mosul“: Die Stadt wurde gar nicht von aus dem Nichts auftauchenden Dji-hadisten „erobert“, sondern die IS war bereits seit der zweiten Jahreshälfte 2013 in Mosul stark verankert, und zwar so stark, dass sie 8 Mio. \$ pro Monat an „Schutzgeld“ ungehindert und unter dem Auge von 30.000 Soldaten kassieren konnte. Das verweist auf eine völlige Zersetzung des irakischen Staatsapparats bereits vor der „Schlacht um Mosul“.

Zersetzung der irakischen Armee

Die irakische Armee wurde über viele Jahre vom US-Imperialismus hochgezogen, um die US-Besatzungsarmee samt ihrer Söldnerverbände ablösen zu können. Solide Ausbildung, beste Ausrüstung

und Bewaffung⁸. Aber sie ist offenkundig eine hohle Nuss, völlig verrottet, zersetzt, kampfunfähig. Jedenfalls gilt das für die Nordarmee und viele andere Teile der Armee. Selbstverständlich ist auch die Armee ein Abbild der Gesellschaft. Alle gesellschaftlichen Widersprüche widerspiegeln sich auch in der Armee. Anscheinend ist in der irakischen Armee kaum mehr jemand bereit, seinen Kopf hinzuhalten für ein Regime, das ihn - um nur die religiösen Widersprüche anzuführen - entweder (wenn Sunnit) direkt unterdrückt und entrechtet oder (wenn Schiit oder Kurde) ebenfalls seine Interessen unterdrückt oder zumindest nicht vertritt, sondern eine Kreatur des US-Imperialismus ist (auch wenn es heute teilweise mit dem Iran liebäugelt). Der irakische Staat ist faktisch zersetzt und zerfallen und mit ihm natürlich seine Armee.

Eine spezielle Rolle in der verworrenen Szenerie spielen Elemente des früheren Baath-Staatsapparats. Zuerst wurden Armee-, Geheimdienst- und Polizeiangehörige etc. vom Aufbau des neuen Staatsapparats ausgeschlossen. Ein „schwerer Fehler“, wie man in imperialistischen Medien, welche um Stabilität im Irak besorgt sind, auch in Militärzeitungen,

lesen konnte. Wie kann man denn auch glauben, sagen sie, einen „neuen“ Staatsapparat, eine „neue“ Armee“, einen „neuen“ Geheimdienst etc. aufbauen zu können, ohne sich auf die hervorragenden, erfahrenen und bewährten Kräfte des Saddam-Regimes zu stützen! Und alles nur wegen des bornierten schiitischen Extremismus des Maliki! Letztlich wurde aber doch nicht so heiß gegessen wie gekocht und jede Menge dieser Leute landete doch noch in der „neuen“ Armee, auch als Kommandanten und Oberbefehlshaber. Z.B. die drei Generäle, die ihre Truppen in Mosul zur Kapitulation, wenn nicht zum Überlaufen zur IS aufgefordert haben. Der lange Arm der früheren Baath-Leute reicht tief in einen Staatsapparat, mit dem sie nicht nur nichts verbindet, sondern dessen Regierung für sie schlechthin ein Feind ist. Das ist nicht der einzige, auch nicht der wichtigste, aber ein gewichtiger zusätzlicher Faktor dafür, dass diese Armee keine „feste Burg“ darstellt und, wie man sieht, im Ernstfall kaum Bestand hat. Ein Teil der Baath-Leute ist schon früher zur IS und andern Terroristenverbänden übergelaufen und spielt dort eine führende Rolle. Immer wieder betonen Vertreter diverser Dji-hadisten, wie wichtig

⁸ Mit ein paar Einschränkungen. Z.B. beschwerten sich Teile der Nordarmee und die Regierung des kurdischen Teilstaates im Nordirak darüber, dass bei den ihnen von den USA gelieferten Panzern gewisse Teile der Panzerung „abgespeckt“ wurden, sodass sie von den US-Panzerabwehrraketen in Händen der IS durchschlagen werden können und auch durchschlagen wurden. Ein Element der Panzerung war also bewusst nicht aufgebracht worden. Die Lösung des Rätsels: es hätte einen Einspruch der Türkei gegeben, denn man wisse ja nicht, wofür Panzer in kurdischen Händen vielleicht einmal eingesetzt werden könnten.

die militärischen Erfahrungen aus dem Abwehrkrieg gegen den US-Überfall wären - und diese werden über frühere Soldaten des Baath-Regimes vermittelt. Laut dem französischen Magazin „Afrique Asie“ (September 2014) kämpft in den Reihen der IS eine große Zahl dieser Soldaten und befanden sich bei der „Schlacht um Mosul“ neun frühere Generäle des Baath-Regimes als Befehlshaber in den Reihen der IS, drei weitere in den Reihen der Maliki-Armee desertierten und schlossen sich der IS an. Die IS setzte als Gouverneur der Region Ninive ebenfalls einen früheren Baath-General ein, der sich seine Meriten im irakisch-iranischen Krieg (1980-88)⁹ erworben hatte. Kurdische Genossen sagen, dass „die IS-Führung zum größten Teil aus irakischen Arabern (besteht), die hohe Ämter während Saddam bekleideten und aus dem Irak nach Syrien geflüchtet waren. Die Grundsteine der IS sind im Irak gelegt worden.“ Die IS nährt sich in puncto Menschen und Material massiv auch aus den Reihen der irakischen Armee - und die von den USA und anderen westlichen Helfern, Ausbildnern, Financiers des irakischen Regimes hochgepöppelte Seifenblase ist geplatzt. Obama, anscheinend frustriert und beleidigt: „Die USA haben viel Geld in den Aufbau der irakischen Sicherheitskräfte investiert. Wenn

diese nicht willens sind, zu kämpfen, gibt es Probleme mit der Moral und dem Bekenntnis zum Irak.“ Wie wahr!

Nicht nur ist in der irakischen Armee und im Staatsapparat generell „die Moral im Keller“, dies hat auch Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung.

nicht erklären. Sie hat viele Gesichter. Auf der einen Seite befinden sich in ihren Reihen auch imperialistische Drahtzieher und Provokateure. „Militärische und paramilitärische Elemente der Dihadisten (von der Freien Syrischen und der Islamischen Armee in Syrien bis zu AQ) werden durch die von den

Unwillkürlich kommt einem in den Sinn, wie es - ganz anderes Land, ganz andere Feinde, ganz andere Probleme, ganz andere Widersprüche - der ukrainischen Armee in der Ost- und Südukraine geht. Beide Beispiele zeigen wieder einmal, wie rasch sich Kampfkraft und Einsatzfähigkeit einer noch so hochgerüsteten Armee zersetzen kann. In beiden Fällen zersetzte sie sich auf der Grundlage innerer Widersprüche, und das sind letztlich immer Klassenwidersprüche und Widersprüche zur imperialistischen Ausbeutung und Knechtung. Beide Beispiele bestätigen, dass unter bestimmten Bedingungen selbst eine unüberwindlich aussehende bürgerliche und/oder imperialistische Armee ein „Papiertiger“ ist. Eine revolutionäre Situation ist mit solchen Bedingungen verbunden.

Wie soll man sich verhalten, wenn der „Schutz“, den einen der Staat angeheihen lässt, so aussieht wie in Mosul? Kann bzw. soll man sich unter solchen Umständen überhaupt gegen die IS wehren? Berechtigte Fragen.

Gründe für den Zulauf zur IS

Die IS ist nicht einfach eine Bande von Terroristen und Verbrechern, auch wenn sie Verbände Terror verbreitet und Verbrechen begeht. Damit könnte man den Zulauf und die Unterstützung, die sie und andere Dihadisten finden,

USA und der NATO kontrollierten, gesponserten Spezialkräfte und Geheimdienstagenten, die in den Reihen der Terrorverbände eingebettet sind, gesteuert. Diese ... (von denen viele Mitarbeiter privater Sicherheitsfirmen sind) stehen routinemäßig in Kontakt mit USA und NATO und alliierten Militär-/Geheimdienst-Führungseinheiten, auch in der Türkei. Die eingebetteten Special Forces sind, darüber besteht kein Zweifel, auch bei den sorgfältig geplanten Bombenanschlägen gegen Regierungsgebäude, Militäranlagen usw. beteiligt. Nach dem Beispiel von

⁹ In diesem Krieg unterstützte der US-Imperialismus das Regime von Saddam Hussein, geheimdienstlich, mit Waffen, auch Chemiewaffen, und mit „Aufklärung“ und Einsatzlogistik für diese Chemiewaffen, und hatte auch alles getan, um das irakische Regime zu diesem Krieg zu animieren. Damals war Saddam ein „Guter“, den man gegen den „Bösen“, das war damals der Iran, kämpfen ließ.

Irak seien Todesschwadronen gebildet worden. Diese bestehen aus Söldnern, rekrutiert und ausgebildet von den USA, ihren Verbündeten am Persischen Golf sowie der Türkei. Sie würden von alliierten Spezialkräften (einschließlich britischen SAS und französischen Fallschirmjägern) und von mit dem Pentagon vertraglich verbundenen privaten Sicherheitsunternehmen überwacht. Tatsächlich hat ... die syrische Regierung 200-300 Mitarbeiter privater Sicherheitsunternehmen festgenommen. ... Es sind private Sicherheitsunternehmen aus den Golfstaaten an der Rekrutierung und Ausbildung von Söldnern beteiligt. Ausbildungslager in Qatar und den VAE werden dabei genannt. In der Militärstadt Zayed (VAE) entstand (seit 2010) eine ‚geheime Armee‘, betrieben von ‚Xe Services‘, früher ‚Blackwater‘. ... Alle Al-Nusra Operationen tragen die Fingerabdrücke der paramilitärischen Ausbildung, Taktiken und Waffensysteme der USA... Die Gräueltaten der Al-Nusra sind ähnlich jenen, die von den durch die USA unterstützten Todesschwadronen im Irak durchgeführt werden.“ (Chossudowski, „Todesschwadronen im Irak und Syrien“, Global Research; zitiert nach „Der Soldat“ Nr.18, September 2014) Dies nur als ein Beispiel.

Auf der anderen Seite muss man nicht glauben, dass die Dihadisten keinen Anklang und keine Unterstützung in der Bevölkerung finden. Dafür

gibt es viele Gründe. Der US-Imperialismus hat sich unter Bush mit der „Vision“ des „Great New Middle East“ nicht mehr und nicht weniger vorgenommen, als die Vernichtung der dortigen Regime, aber auch der dortigen Staaten und der Staatsapparate, die völlige Neuordnung des Nahen Ostens unter der absoluten alleinigen Vorherrschaft der USA bei Hinausdrängung imperialistischer Rivalen, v.a. Russland und China. So eine wahnwitzige Idee kam, wir erinnern uns, in einer Zeit auf, als der US-Imperialismus tatsächlich „unangefochtener“ (unangefochten von imperialistischen Rivalen!) Weltbeherrscher war. Dass ihre Verwirklichung mit Serien von Kriegen, Bürgerkriegen und Millionen Toten übersät sein musste, war klar, aber „it pays“. Sogar eine „philosophische“ Theorie wurde dazu erfunden, die des „kreativen Chaos“. Die Septemhernummer 2014 des Magazins „Afrique Asie“ schreibt auf der Titelseite „Das ‚kreative Chaos‘ - da haben wir es!“ Die Entwicklung seither ist bekannt. Zuerst der zweite Irakkrieg (samt Niederlage), dann der Syrienkrieg, jetzt vielleicht bald ein neuer Irakkrieg, von anderen Staaten wie Somalia, Jemen usw. gar nicht zu reden. Jede neue Aggression „für Demokratie, Freiheit und Frieden“ hat zu einer immer schlimmeren Hölle geführt - und doch können die Verbrecher einem Teil des westlichen Publikums immer wieder eine neue Aggression als Friedenseinsatz verkaufen,

ohne auf einen Sturm der Entrüstung und des Widerstands zu stoßen. Das ist erstaunlich und wahrscheinlich nur mit „Desinteresse“ zu erklären. Wohin die Entwicklung noch führen kann, ist gar nicht auszudenken. Ein unbändiger Hass gegen den Imperialismus und den US-Imperialismus im Besonderen hat die überwiegende Mehrheit der Volksmassen der arabischen Länder und speziell in dieser Region erfasst. Es ist ein Hass, der nicht neu ist, sondern seine Grundlage in jahrzehnte-, ja jahrhundertelanger Kolonisierung, Unterdrückung, Plünderung, Erniedrigung und Demütigung der arabischen Völker durch die christlich-abendländischen Übermenschen hat. Dieser berechtigte Hass könnte auch und wird eines Tages zur Triebkraft des Klassenkampfes und des antiimperialistischen Kampfes, von wahrhaften Volksrevolutionen werden, aber derzeit sind die revolutionären Kräfte, die diesen Kampf führen oder auch nur vorbereiten könnten, schwach. So können die Dihadisten von diesem Hass profitieren, ihr Aufstieg ist nur eine perverse Form dieses Hasses, wie auch der Faschismus immer auch eine perverse Form von Antikapitalismus ist. Zugleich wurden sie von den Imperialisten hochgemästet, es mangelte nicht an Geld, Waffen usw. Ihr Aufstieg war also vorprogrammiert. Dass das alles nicht widerspruchsfrei abläuft und solche Bewegungen auch aus dem Ruder laufen können, wird

in Kauf genommen. Dass man eine Niederlage nach der anderen einfährt, wird nicht zur Kenntnis genommen. Wie auch? Das imperialistische Sein, die damit verbundenen Interessen, bestimmt das imperialistische Bewusstsein. Zugleich wurden die staatlichen Strukturen zerstört, aber an ihre Stelle traten nicht neue, aus Volksrevolutionen hervorgegangene Strukturen, sondern ein faschistisches rassistisches US-Besatzerregime, Bürgerkrieg eines jeden gegen jeden, Chaos, ein wildes Gebräu ausländischer Interventionen und Aggressionen, Vernichtung der Infrastrukturen, Verelendung und Verrohung großer Menschenmassen, mit Mord, Folter, Selbstmordattentaten usw. auf Du und Du. Das „Vakuum“ füllten - nicht zuletzt mangels ausreichend starker revolutionärer Alternativen - die Dihadisten. Wundert es, wenn sich Menschen einem Heilsbringer anschließen, der verspricht, gegen den (wie auch immer verstandenen) verhassten Feind zu kämpfen und ihn mit Allah's Hilfe zu besiegen, und der punktuell und zeitweise tatsächlich unbesiegbar erscheint. Aus Sicht des ideellen Gesamtimperialisten werden so Rebellion und Widerstand gegen den Imperialismus abgelenkt und falsch kanalisiert, um die einzige wirkliche Perspektive, die der demokratischen antiimperialistischen Revolution zu verhindern. Dafür, für die Erhaltung ihrer Herrschaft, nehmen die „Freiheit und Democracy“-Imperialisten alles,

auch die ärgsten Gräueltaten, in Kauf.

Die Kurdenführung in Erbil

Die Führer des derzeit noch von Baghdad halb unabhängigen, bald wahrscheinlich ganz „unabhängigen“ („unabhängig“ und zugleich abhängig gegenüber wem?) kurdischen Nordens des Irak sind seit Jahrzehnten bekannt. Leute wie Barzani, Präsident des kurdischen Teilstaats im Irak, und seine Kumpane sind fiese und niederträchtige Imperialistenknechte, vor allem lebenslange Büttel des US-Imperialismus. Seit Jahrzehnten war ihr Anliegen nur, sich zwecks Erringung eines unabhängigen kurdischen Staates an jeden zu verkaufen. Mit dem unabhängigen Staat ist es (bisher) nichts geworden, aber verkauft hat man sich gut. Das ist besonders niederträchtig, weil die kurdischen Volksmassen immer wieder und in allen Staaten, in die sie geteilt sind, nationale Befreiungskämpfe geführt haben. Gerade sie haben solche Kompradoren und Windbeutel als Führung nicht verdient. Aber es ist wie es ist, im irakischen Kurdistan haben heute Gestalten wie Barzani das Sagen. Ihr Interesse ist nicht das Schicksal des Irak, sie wollen nur die Macht über den kurdischen Norden des Irak. Und auch nicht das Schicksal des Volkes, sondern nur ihre eigenen kapitalistischen, mafiosen ec. Interessen. Sie arbeiten sogar zeitweilig mit den Dihadisten zusammen

oder pflegen zumindest, solange sie nicht selbst angegriffen werden, eine „friedliche Koexistenz“. Sie packeln mit allerhand Dihadisten und mit der Al-Douri-Gruppe, Nachfolger Saddam's an der Spitze der irakischen Baath-Partei zusammen. Sie nahmen laut der kurdischen Zeitung Ozguzr Gundem (eine der PKK nahe Zeitung) im vergangenen Mai in Amman an einer Konferenz der sunnitischen irakischen Opposition teil, wo unter anderem vereinbart worden sei, dass die IS und andere Dihadisten die Besetzung Kirkuks akzeptierten und dass die Erbil-Regierung sich dafür im Kampf gegen die IS etc. zurückhalten würde - was sie auch tat und zwar überflüssig. Sie spielten eine üble Rolle in Sindschar, wo die berühmt gewordenen Yesiden leben, indem sie diese nicht nur nicht verteidigte, sondern die PKK daran hinderte, das Gebiet zu verteidigen, die eigenen Verbände vor den IS-Angriffen abzog (was allerdings einige verweigerten!) , aber nicht nur das, sondern sogar noch den Bewohnern die wenigen Waffen abnahm. Die Barzani & Co sind Imperialistenknechte, Reaktionäre, Volksfeinde.

Aber, wird man sagen, sie haben ja die Peshmerga, die Armee des kurdischen Teilstaates im Irak, und diese kämpfen doch gegen die IS. Mit den Peshmerga assoziiert jeder entschlossenen Kampf und Krieg, auch Guerillakrieg. Immerhin bedeutet das Wort in etwa die „Todes-

mutigen“. Haben sich also, was suggeriert wird, die Peshmerga „todesmutig“ gegen den IS-Vormarsch gestellt? Wo sich die Kurden im Nordirak gegen die IS verteidigten, taten sie das mittels lokaler Selbstverteidigungsmilizen und Verbände der PKK und ihrer syrischen Dépendance YPG (Demokratische Union Kurdistans). Die Peshmerga kämpften nicht. Man kann freilich zu ihrer „Entschuldigung“ anführen, sie sind ja nur die Armee eines reaktionären Regimes, warum sollten sie für anderes als eben die Interessen dieses Regimes kämpfen (dessen regionalhegemonistische Komponente inbegriffen)? Jedenfalls haben sie nicht nennenswert gegen sie IS gekämpft. Vielleicht schonen sie auch ihre Kräfte, um bei Bedarf fortschrittliche, demokratische, antiimperialistische Kräfte niederzukämpfen (sollten Bestrebungen wie im syrischen Rojava auch im irakischen Kurdistan auftreten, wären sie sicher Ziel nicht nur die IS, sondern auch der Peshmerga). Jedenfalls werden uns Märchen erzählt über die Peshmerga. Sie haben auch z.B. bei der Verteidigung bzw. Rückeroberung des Mosul-Staudammes nicht gekämpft; dort haben hauptsächlich die PKK/YPG und lokale Milizen gekämpft. Manche Leute führen an, das sei auch verständlich, denn die PKK sei den Guerillakrieg gewohnt, während die Peshmerga halt eine reguläre Armee seien. Stimmt, fügen wir hinzu, und noch dazu die Armee eines reaktionären Regimes, da-

her dem Klassencharakter nach einen reaktionäre Armee. Die irakisch-kurdische Führung ist nicht erst jetzt eine reaktionäre Kraft. Schon Papa Barzani und alle seinesgleichen kennen seit Jahrzehnten nichts außer dem Lavieren zwischen imperialistischen Mächten, der Prostitution gegenüber diesem und jenem Imperialisten oder sonstigen Reaktionär, das Verschachern des kurdischen Volkes. Von dieser Truppe kann man wirklich nichts Positives erwarten. Derzeit wittern sie die Chance, ein ganz (nicht nur fast, wie bisher) „unabhängiger“ Staat zu werden, selbständig „markt“-sprich: kapitalverwertungsfähig, jetzt sogar um Kirkuk und andere ölreiche Gebiete erweitert, Gebiete, die eigentlich nicht zu Kurdistan gehörten/gehören, wiewohl sie zum Teil von Kurden bewohnt sind. Und Barzani hat auch schon avisiert, im Falle des Zerfalls Syriens an einer eventuellen Einverleibung des kurdischen Nordens Syriens interessiert zu sein.

Ob dieses Kalkül aufgeht, weiß man nicht. Deutschland aber z.B. hat sich entschieden, auf dieses Kalkül zu setzen und „Waffen an die Kurden zu liefern“. An welche Kurden? An die PKK, den Immer-noch-Gottseibeius des türkischen Regimes und die immer noch in Deutschland als „Terrororganisation“ verfolgte Partei? Sicher nicht. Also an wen? An die Peshmerga? Man liefert unter dem Vorwand der Bekämpfung der IS Waffen an Leute, die nicht

das geringste Interesse haben, die IS zu bekämpfen. Wozu dann? Man wittert Morgenluft und ist offenkundig interessiert an und aktiv tätig in Richtung Abspaltung des kurdischen öltreichen und gerade expandierenden Nordirak von einem sich zersetzenden oder schon untergegangenen irakischen Staatsgebilde. Wenn es dazu kommt, möchte man mit dabei sein.

Im Unterschied zu den Peshmerga kämpfen Verbände der PKK tatsächlich entschlossen gegen die IS. Die Überzeugungskraft der Tatsachen hat daher dazu geführt, dass sich die Stellung der PKK durch die Kämpfe der letzten Monate deutlich verbessert hat. Bei aller Beschränktheit und mit allen Reserven, sie verteidigten Volksinteressen und bewiesen vor allem, dass sie - im Gegensatz zu Peshmergas und irakischer Armee - militärisch etwas darstellen. Das verändert die Lage nicht nur im Irak und in Syrien, sondern auch in der Türkei, es wird nicht ohne Auswirkungen auf den Kampf des kurdischen Volkes in der Türkei gegen das Erdogan-Regime bleiben.

Für eine einheitlichen, grenzüberschreitenden Staat der Kurdinnen und Kurden??

Ein solcher wird von den Barzanis und Konsorten wieder thematisiert - jetzt wohl gemerkt, wo diese Kräfte gute Chancen wittern, eine amputierte Version ihrer Vision zu realisieren, indem man sich Kirkuk

dauerhaft einverleibt und eventuell später einmal Teile Syriens. Aber dies ist ein Hegemonial- und kein Befreiungsprojekt. Da die Kurdenführer vom Typ derer in Erbil seit Jahrzehnten mit den Imperialisten packeln, in wechselnden Formen und durchaus mit verschiedenen Imperialisten, je nach Konstellation, und Verräter an den Interessen des kurdischen Volkes sind, gefallen solche Pläne natürlich unter den derzeitigen Bedingungen den westlichen Imperialisten. Alles was zur Zerschlagung Syriens und des Irak, die sie beide nicht unter ihre Herrschaft kriegen, beiträgt ist ihnen willkommen, und wenn es unter Kontrolle des Barzani-Regimes erfolgt, erst recht. Sie heucheln plötzlich Mitleid mit den Kurden, haben plötzlich Interesse und „Verständnis“ für so einen Kurdenstaat, verkünden mit säuerlicher Mine, wie schön ein großer gemeinsam Staat aller oder jedenfalls vieler Kurden wäre. Das ist nur verlogenes Gewäsch, aus der momentanen „Konjunktur“ geboren, wo man sich gute Chancen für die Zerstörung und Aufteilung des Irak und Syriens erhofft, mit diesen oder jenen Im-

perialisten als Strippenziehern und Profiteuren. Morgen ist alles wieder anders und das kurdische Volk, würde es darauf setzen, würde wieder einmal beschissen. Die kurdischen Volksmassen haben sich vom Imperialismus absolut nichts zu erwarten. Man hat ja gesehen, was deren Haltung gegenüber der PKK, einer Kraft, die tatsächlich für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes kämpft, war und ist. Die PKK war und ist bis heute ein „terroristischer“ Feind und wurde auch in den imperialistischen Ländern, nicht nur in der Türkei, verboten und verfolgt. Die kurdischen Volksmassen, seit jeher Spielball in der Hand imperialistischer Mächte und anderer reaktionärer Kräfte, einschließlich ihrer eigenen Führer, der Barzani und Konsorten, sollten nicht zum x-ten Mal auf die imperialistischen Lockungen hereinfallen, sondern die Lehren aus der Geschichte ihres Kampfes ziehen¹⁰.

Dessen ungeachtet bleibt die Frage eines großen vereinten Kurdistan bestehen, es muss ja nicht auf imperialistische Weise zustande kommen. Die Kur-

den haben das absolute und unbedingte Recht auf nationale Selbstbestimmung¹¹ und das schließt auch ein das Recht auf Los-trennung von den Staaten, in denen sie jetzt leben, das Recht darauf wohlge-merkt, ob es nun ausgeübt wird oder nicht, und einen neuen Zusammenschluss in einem neuen Staat. Daran gibt es nichts zu deuteln. Es ist bloß so, dass sich das nur realisieren ließe vermittels sozialistischer bzw. volksdemokratischer Revolutionen in den be-treffenden Ländern, wo-durch eine Situation ent-stünde, dass freie Völker unabhängig von imperia-listischen Interessen über diese Frage entscheiden. In so einer Situation wäre das ganze Problem auch überhaupt kein Problem mehr. Bis dahin aber und unter der Voraussetzung der Vorherrschaft des Im-perialismus und des Bestehens reaktionärer Systeme und Regime in allen diesen Ländern, lässt sich das Pro-blem nicht einfach unter der Losung der kurdischen Selbstbestimmung und so-zusagen unabhängig von der Entwicklung in diesen Ländern aufrollen. Die „türkischen“ Kurden tun gut daran, sich am Klassen-kampf in der Türkei betei-

¹⁰ Dazu gehört übrigens z.B. auch die Rolle von durch die osmanische Regierung gedungenen Kurdenverbänden beim Völkermord an den Armeniern, wo sich diese als besonders brutale Schlächter und besonders eifrige Nutznießer der Kurdisierung armenischen Eigentums hervortaten. Auch das müsste die fortschrittliche kurdische Geschichtsschreibung aufarbeiten (sofern sie es nicht ohnehin schon hat).

¹¹ Dieses Recht auf Selbstbestimmung darf nicht durch Spekulationen darüber verwässert werden, ob und wie weit die iranischen, türkischen, irakischen oder syrischen Kurden, die ja seit langem in verschiedenen Ländern leben, neben der kurdischen auch die dort vorherrschenden Sprachen sprechen, mit den dortigen Völkern in verschiedenster Weise eng verbunden sind (auch z.B. indem sie zu Millionen nach Westanatolien auswanderten), deren Geschichte miterlebt haben usw. - ob und wie weit alle diese Kurden überhaupt eine Nation bilden. Das wird sich im Klassen- und antiimperialistischen und nationalen Befreiungskampf zeigen, es ist eine Frage, die die kurdischen Volksmassen in der Praxis zu entscheiden haben werden. Auch diese Entscheidung gehört zum Recht auf Selbstbestimmung.

ligen, die syrischen an dem in Syrien, die irakischen an dem im Irak und die iranischen an dem im Iran, denn ohne das wird es keine Selbstbestimmung geben, sondern bleibt man Spielball der Imperialisten und Reaktionäre. Umgekehrt ist auch eine sozialistische Revolution in der Türkei gar nicht vorstellbar ohne massive Mobilisierung der kurdischen Bevölkerungsteile und auch ohne richtige Behandlung der „Kurdenfrage“. Nationale und soziale Befreiung sind engstens miteinander verbunden und nur in dieser Verbindung können sie den Volksmassen wirklich etwas bringen. Alles andere aber, das Losreißen der kurdischen Frage von der der sozialen Revolution, wäre ein Holzweg.

Der neue US-Bombenterror gegen den Irak und Syrien

Nach der Eroberung von Mosul durch die IS und ihren Vormarsch Richtung Baghdad forderte die irakische Regierung die USA auf, die vordringende IS endlich zu bombardieren. Es geschah indes zunächst - nichts. Eine Sprecherin der Kurden, Nilüfer Koç, sagt dazu: „Die Intervention der USA war sehr, sehr spät. Erst als die YPG und die PKK breite Flächen (von Sindschar) unter Kontrolle hatten ... Weder in Sindschar noch in Maxmur war die Intervention der

USA der ausschlaggebende Punkt. Die USA schickten am vierten Tag ihre Kriegsflugzeuge, als die IS ohnedies zum größten Teil überwunden war.“ Sie werden ihre Gründe dafür gehabt haben. Vielleicht brauchte man sogar die „Bedrohung Baghdad's“ als Vorwand gegenüber der sogenannten „internationalen Gemeinschaft“. Als schließlich lokale Milizen und PKK/YPG-Kräfte die IS aufgehalten oder zurückgeschlagen hatten, wurden die Peshmerga über den grünen Klee gelobt und ebenso die USA, die durch ihre „Luftschläge“ dies überhaupt erst ermöglicht hätten. Beides ist glatt gelogen.

Überhaupt hatten und haben die „US-Luftschläge“ keine nennenswerte militärische Relevanz. Ja, es wurden vereinzelt Waffen- und Munitionslager bombardiert und US-Kriegsgerät, das der IS in die Hände gefallen oder aber auch ihr von Saudiarabien oder Qatar geliefert worden war, zerstört. Aber das war noch nirgends und wird auch nirgends kriegsentscheidend sein. Gegen einen Feind wie die IS können nur Bodentruppen etwas ausrichten und gerade das schließen die US- und die anderen Imperialisten (jedenfalls per heute) aus¹². Deshalb stellt Obama die USA und die Welt darauf ein, „dass dieser Krieg noch Jahre dauern wird“. Den Völ-

kern Syriens und des Irak wird neuerlich jahrelanger Bombenterror in Aussicht gestellt. Der „Krieg gegen der Terror“ ist Bombenterror, hauptsächlich gegen Zivilisten, feiger Massenmord, Verwüstung ganzer Landstriche, Zerstörung der lebenswichtigen Infrastruktur, ein „kleiner“ (klein nur gemessen an seinem derzeitigen geografisch-quantitativen Umfang!) „totaler Zerstörungskrieg“ und die „Politik der verbrannten Erde“ wie üblich, wenn man nicht mehr weiter weiss. Die Ritter des „sauberen Kriegs“, der „gezielten Schläge“ usw. bombardieren Dörfer, Städte, Stellungen, von denen sie „glauben“, dass sie Stützpunkte der IS wären (oder vielleicht glauben sie es auch nicht, sondern sagen das nur). Es gibt massenhaft Berichte von Bewohnern, geflüchteten und nicht geflüchteten, die schildern, dass es sich dabei z.T. um Orte handle, wo IS-Verbände zwar einige Tage zuvor gewesen, aber längst abgezogen wären, oder dass blindwütig Bomben auf von der IS besetzte Orte und Städte abgeworfen wurden. Ohne Scham wurden in den imperialistischen Medien Bilder verbreitet, wie Teile der Stadt Raqqa, der „Hauptstadt“ der IS, aber voll mit Zivilbevölkerung, in Schutt und Asche gelegt wurden. Die USA setzen übrigens nach wie vor urangehärtete Munition

¹² Auch im Jemen, wo Dihadisten gerade die Hauptstadt Sana'a erobert haben, sieht man, wie wenig noch so viele Drohnen und aus Flugzeugen und von Schiffen aus abgefeuerte Raketen nützen.

ein, die Dörfer und Städte radioaktiv verseuchen¹³. Ölfelder und Raffinerien wurden bombardiert und teilweise zerstört, weil sie sich in Händen der IS befanden. Um der IS ihre Öleinnahmen abzuschneiden, heißt es, aber könnte man das nicht auch erreichen, indem man ihr das Öl nicht mehr abkauft? (Oder waren die Abnehmer des konkreten Öls womöglich chinesische Firmen und die USA wollten sich nur rächen, dass sie trotz ihrer mehrfachen „heldenhaften“ und hervorragend accomplished-en Irakfeldzüge nicht dessen gesamtes Öl unter Kontrolle haben?) „Werden sie als nächstes, unter dem Vorwand, dass eine terroristische Organisation die (IS) einige Staudämme entlang des Euphrat besetzt hat und exploitiert, diese Dämme zerstören?“ fragt die Zeitschrift „Afrique Asie“ im Editorial ihrer Oktober-Ausgabe („Eine Koalition zur Destruktion des Irak und Syriens?“).

Eines steht fest: So wenig der Bombenterror die Kriegsentwicklung entscheidend beeinflussen kann, so sehr bringt er weiteres Elend über die Völker des Nahen Ostens und heizt er nochmals den Hass gegen den US-Imperialismus gewaltig an. Neuer massenhafter Zulauf ist den Dihadisten gewiss und ebenfalls neue massenhafte Ströme von Blut und Flüchtlingen. Die IS-Terroristenverbände liefern den

Vorwand für eine neuerliche Terrorwelle durch den US-Imperialismus und seine Verbündeten, der gegenüber sich der Terror, den die IS verbreitet, wie abscheuliche Vorgänge er auch einschließt, relativ bescheiden ausnimmt. Als ob es ein großer Unterschied für das Opfer wäre, ob er mit einer Hacke oder einer Bombe verstümmelt oder umgebracht wird! Es gibt viele Hinweise dafür, dass regelrechte Flüchtlingsströme auch durch den US-Bombenterror ausgelöst wurden, zusätzlich zu dem, was auf das Konto der IS geht. Abgesehen davon, dass es an und für sich um imperialistische Einmischung handelt, zeigt sich neuerlich, auch an dieser verbrecherischen Vorgangsweise gegen die Zivilbevölkerung, die wahre Fratze des US-Imperialismus, eine Vorgangsweise, wie wir sie in den letzten Monaten auch in Gaza erlebten, wo ebenfalls die zionistische Luftwaffe geradezu völkermörderische Bombardements gegen Wohnanlagen, Schulen, Spitäler, das einzige Kraftwerk (an dem die ganze Wasserversorgung hängt) flog und ebenfalls auch unter dem Vorwand, die Hamas verstecke sich hinter Zivilisten.

Die Schlacht um Kobane/Rojava (derzeit noch im Gange)

Eine Stadt ist zuletzt in den Mittelpunkt des im-

perialistischen Interesses gerückt: Kobane, auf arabisch Ain al-Arab, im Norden Syriens gelegen, nahe an der türkischen Grenze, in dem Gebiet, das wir als Rojava (Westkurdistan) kennen. Die IS bedroht die Stadt (wieder einmal, muss man sagen, denn die IS rennt gegen Rojava schon seit zwei Jahren an, ganz unbemerkt von den imperialistischen Medien, wurde aber früher immer zurückgeschlagen) - aber seltsamerweise tun alle Freunde von „Freiheit und Democracy“, die gerade mit Stolz und Begeisterung bombardieren - nichts. Obwohl die Stadt einen Katzensprung von der türkischen Grenze entfernt liegt und man ansonsten eigentlich nicht so zimperlich ist, wenn man wirklich „helfen“ will. Eher hoffen sie, dass es der IS gelingt, die Stadt einzunehmen und das dortige demokratische „Experiment“ zu beenden, woran alle reaktionären Kräfte, ohne Ausnahme und egal was sie schwätzen, höchst interessiert sind. Die Stadt ist jetzt in die bourgeoisen Medien gelangt, weil sie sich so verbissen wehrt. Seltsames und Ungeheuerliches geht vor um Kobane. Türkische Freiwillige werden am Grenzübertritt daran gehindert, Kobane zu unterstützen, obwohl vorher niemand Zehntausende Türken daran gehindert hat, die Grenze zu überschreiten, um sich der IS anzuschließen, nicht etwa „illegal“, ganz legal,

¹³ Die dadurch dramatisch gestiegenen Krebsraten in Afghanistan, Irak, aber auch Serbien und übrigens auch in der US Army (v.a. im Nachschubbereich, wo diese Munition gelagert und mit ihr hantiert wird) legen Zeugnis für die Folgen ab.

regelrecht organisiert, oft samt Sack und Pack und Familie und allem Drum und Dran. Nachschub an Waffen und sonstiger Nachschub aus der Türkei werden jetzt verhindert, obwohl es leicht möglich wäre. Kobane - das sind auf jeden Fall und für alle imperialistischen und reaktionären Seiten die „Bösen“. Es dreht sich nämlich um eine selbstverwaltete Region kurdischer Bevölkerung, die sich Anfang 2013 gegen den Wahnsinn in Syrien erhoben hat, Milizen gebildet hat, sich gegen die IS, aber auch gegen Assad-Verbände zur Wehr gesetzt hat, sich bisher erfolgreich verteidigt hat, heute schon und unabhängig vom Ausgang ein bedeutender demokratisch- antiimperialistischer Erfolg ist, aber immer schon von Bagdad, Erbil, Ankara, Washington und Brüssel feindselig beäugt und von der IS und anderen Jihadisten immer wieder militärisch angegriffen wurde. Dass so etwas, der Versuch eines Teils des Volkes, in diesem Wahnsinn die Dinge, d.h. seine Interessen, selbst in die Hand zu nehmen, von den Freunden der „Freiheit und Democracy“ ebenso wie von den Jihadisten als gefährliche Anmaßung betrachtet und behandelt wird, ist nicht verwunderlich. Warum berichten aber dann die Medienverbrecher, nachdem sie monatelang kein Wort über Rojava verloren, jetzt plötzlich so ausführlich darüber? Weil die Stadt so nahe an der türkischen Grenze liegt und im Brennpunkt der gewal-

tigen Flüchtlingsströme in die Türkei? Dass dort eine demokratische, fortschrittliche, antiimperialistische Bewegung, Verwaltung, Form des Kampfes gegen Kräfte wie die IS, aber auch gegen Assad-Verbände, entstanden, ist sicher nicht ihr Anliegen, weshalb man ja auch darüber aus den imperialistischen Medien kein Sterbenswort erfährt. Allenfalls wundern sich die Bourgeois, woher die unglaubliche Verteidigungskraft rührt, die man sich als Imperialist begreiflicherweise nicht erklären kann. Für die IS waren solche „Nester“ wie Kobane seit jeher Inbegriff des Feindes und sie versuchten immer wieder, die Stadt und die Region einzunehmen, allerdings bisher erfolglos.

Die US-„Luftschläge“ sind für den Abwehrkampf von Kobane bedeutungslos. Wen oder was bombardieren sie eigentlich, wenn sie selbst sagen, dass die IS-Terroristenverbände ständig Standort und Stellungen wechseln. Aber sie sind wieder einmal ein Freibrief für beliebige Bombardements und Aggressionen und es sind militärische Angriffe auf syrisches Staatsgebiet. Niemand weiß, wen oder was sie dort bombardieren, man weiß nur, dass es den Volksmilizen in Kobane nicht hilft und dass diese sich ausdrücklich gegen diese Bombenangriffe, angeblich zu ihrer Hilfe, ausgesprochen haben.

In der Türkei und auch international hat sich eine starke (hauptsächlich,

aber nicht nur kurdische) Solidaritätsbewegung für Kobane erhoben. Die türkische Polizei haut und schießt hinein und es gab schon über 30 Tote und Hunderte Verletzte. In dieser Bewegung gibt es verschiedenartigste Vorstellungen und Forderungen, darunter auch solche, die ausgerechnet an die Türkei appellieren und von ihr Hilfe erwarten oder einfordern. Insbesondere ist die Forderung, die Türkei möge mit Bodentruppen eingreifen, ein gefährlicher Fehler - ist die Türkei etwa ein „Freund“, dem man trauen kann? Ebenso sind alle Pläne von türkisch beherrschten Pufferzonen usw. nur reaktionäre Komplotte. Berechtigt und notwendig hingegen ist die Forderung an die Türkei nach Einstellung der Unterstützung der IS und andererseits die nach Öffnung der Grenze (in beide Richtungen) für die kurdischen Verteidiger und ihre Unterstützer. Und wenn von den Kämpfern in Kobane und anderswo gefordert wird, einen Korridor für Kämpfer-, Material- und auch Waffennachschub an die kobanische Volksmiliz einzurichten, kann man das ebenfalls unterstützen, ohne sich freilich Illusionen zu machen, dass so etwas anders durchgesetzt werden könnte als indem man sich so einen Korridor selbst einrichtet und verteidigt. Vielleicht, könnte man (z.B. die Demonstranten in der Türkei) sich denken, gibt es einen Funken Chance dafür, nachdem überall so viel geschwätzt wird, dass man den Verteidigern Kobanes unbedingt

helfen müsse. Auch Heuchelei des Feindes kann man ausnutzen und außerdem trägt es zur Entlarvung des wahren Gesichts der Türkei und der Imperialisten bei. Andererseits kennt die türkische Regierung keine Zurückhaltung, wenn es gegen den kurdischen Freiheitskampf und speziell die PKK und/oder so etwas wie in Kobane geht. Am 13. Oktober flog die türkische Luftwaffe Bombenangriffe gegen PKK-Verbände in der Stadt Daglica (Provinz Hakkari, im äußersten südöstlichen Zipfel der Türkei an der Grenze zum Irak), nachdem dort diese Verbände seit drei Tagen versuchen, Polizeistationen zu besetzen, um eben etwas wie so einen Korridor freizukriegen.

Die Rolle der Türkei

Die Türkei spielt nicht eine „zweifelhafte Rolle“, sondern war und ist ein Helfershelfer der IS. IS unterhält Ausbildungs- und Trainingslager in der Türkei. Obwohl die Türkei die Zahl der offenen Grenzübergänge zu Syrien offiziell auf zwei reduziert hat und dort (aber wohl nur dort) auch türkische Dji-had-Aspiranten aufhält, passieren die anderen Dji-hadisten ungehindert die Grenze in beiden Richtungen. Dass sie die Türken aufhalten, hat eher damit zu tun, dass sie nicht Dji-hadisten in Syrien aufpäppeln wollen, die sich womöglich etwas später in der Türkei wiederfinden. IS unterhält Rekrutierungsstellen und internationale Verbindungsbüros in der

Türkei. Verletzte ISler wurden in türkischen Spitälern behandelt. Die Türkei „liefert“ zwar vielleicht nicht „frei Haus“ (d.h. Transport bis zur militärischen Einsatzstelle) und vielleicht auch nicht selbst Waffen an die IS, sondern erlaubt (oder organisiert?) nur, dass ganze Güterzüge mit Kriegsmaterial bis an die türkisch-syrische Grenze herangebracht und dort „abgestellt“ werden; etwas später werden sie von der IS abgeholt (so z.B. am 17. September). Die 49 türkischen Diplomaten, die der IS in Mosul als Geiseln in die Hände fielen, wurden als „Klassepatienten“ behandelt und am 20. September unverseht freigelassen, ein Schicksal, das nicht jeder IS-Geisel widerfährt; diese Geiseln wurden von der Türkei als Grund angeführt, sich gegenüber der IS „zurückhaltend“ zu zeigen. Aber sie zeigte sich auch vorher und nachher sehr „zurückhaltend“, so sehr, dass man von direkter Kollaboration sprechen muss. Kein Wunder, dass inzwischen - vor allem angesichts der Ereignisse in Kobane - einige PKK-Führer mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in der Türkei gedroht haben.

Die Gründe für diese Politik der Türkei sind klar. Da ist einmal ihr geradezu manisch erscheinendes, aber machtpolitisch betrachtet völlig rationales Bestreben, mit allen Mitteln den Sturz des Assad-Regimes zu betreiben. Dafür ist ihr jedes Mittel recht und die syrische „Opposition“, die inzwischen de facto

nur mehr aus Dji-hadisten besteht, darunter herausragend die IS, ist ein solches Mittel. Die Türkei hat aber noch ein zweites Problem, die sogenannte „Kurdenfrage“, und zwar in doppelter Hinsicht: einmal ihre eigene „Kurdenfrage“ und zum zweiten, wie die „Kurdenfrage“ in ihren Regionalhegemonismus gegenüber Syrien und dem Irak, deren Norden ebenfalls kurdisch besiedelt ist, hineinspielt. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden im Irak, wo sie sogar schon ein eigener Teilstaat sind und drauf und dran, sich gänzlich unabhängig zu erklären, aber inzwischen auch in Syrien, müssen die türkische Bourgeoisie, die den eigenen Kurden nicht nur das Recht auf Selbstbestimmung, sondern sogar eine Autonomie, die den Namen verdient, verwehrt, beunruhigen. Sie wird allen solchen Bestrebungen brutal entgegen-treten und sie mit allen Mitteln zu unterminieren und zu bekämpfen versuchen. Das ist eines ihrer Hauptanliegen. Die IS, aber auch Al-Nusra und andere Dji-hadisten, sind auch dafür als Helfershelfer wunderbar geeignet. Insbesondere stellen für die Türkei solche Kurden eine „Gefahr“ dar, die nicht nur um nationale Selbstbestimmung kämpfen, sondern auch um politische und soziale Befreiung oder wenigstens in der Praxis Schritte in diese Richtung setzen. Dass die Türkei den Angriffen der IS gegen die direkt an der Grenze liegende Stadt Kobane tatenlos zuschaut,

hat daher auch und vor allem den Grund, dass diese unter fortschrittlicher, demokratischer und auch laizistischer Selbstverwaltung stehende Stadt ihr ein Gräuel ist. Am 7. Oktober erklärte Erdogan bei einem Besuch in einem der Flüchtlingslager, die PKK sei zweifellos „gefährlicher“ als die IS. Naheliegender daher für die türkische Regierung, die IS nicht daran zu hindern, den „Aufrührern“ in Kobane den Garaus zu machen.

Trotzdem spielt die Türkei ein gefährliches Spiel. Zuerst einmal muss sie doch wissen, dass es ihr mit der IS sehr rasch genauso ergehen kann wie es den USA ständig mit den von ihnen aufgezogenen Terroristenverbänden ging und geht, nämlich wie dem Zauberlehrling (aus dem Goethe'schen gleichnamigen Gedicht), der seinen Besen nicht mehr unter Kontrolle bringt. Organisationen wie die Al-Qaida haben sich früher oder später noch jedes Mal verselbständigt, weil die Lage eben nicht unverändert bleibt. So wenn sie nicht mehr ins Konzept passen, wenn sie plötzlich ein Störfaktor werden und Geld, Waffen, geheimdienstlicher Schutz und „Begleitung“ spärlicher fließen oder ganz versie-

gen, wenn der bisherige „Sponsor“ an die Stelle des früheren Feindes (das waren in Afghanistan die USA statt Russland) tritt und sich für die Terroristenverbände plötzlich als der eigentliche oder neue Feind erweist, wenn diese Verbände sich dann womöglich gegen den bisherigen Sponsor wenden usw. Die Türkei hat daher ein Problem mit der IS bzw. mehrere Probleme. Einerseits ist ihr genau wie auch den imperialistischen Staaten jeder recht, der gegen das Assad-Regime in Syrien kämpft. Zwar gibt es nicht solche religiösen Affinitäten mit der IS wie seitens der Golfstaaten, aber dafür gibt es das gemeinsame Interesse am Sturz Assad's. Sowieso sind solche religiösen Affinitäten nur der Überbau über den ökonomischen, politischen, geostrategischen Interessen. Kein Zweifel, wie wurscht der saudischen Bourgeoisie das Schicksal der IS wäre, wenn diese ihr nicht mehr nützlich wäre. Die Türkei, die für ihre Kollaboration mit der IS inzwischen am Pranger steht, hat auch nichts anderes getan, als die USA und andere westliche Imperialisten, Saudiarabien und die Golfstaaten, nicht so ausgeprägt wie Saudiarabien oder Qatar, aber sie ist ja immerhin auch das Nachbarland. Ande-

rerseits kommt die Türkei dort mit der IS in Widerspruch, wo diese gewisse Spielregeln nicht mehr einhält und den Krieg und Terror auf türkischen Boden trägt. Die Türkei muss in der Tat Sorge haben, dass eine unbotmäßige und „enttäuschte“ IS auch sie mit Attentaten und mehr überzieht. (Sogar Saudiarabien hat jüngst scharfe Maßnahmen gegen die Djihadisten à la IS beschlossen - aber nur bei sich zu Hause, für seine regionale Machtpolitik im Nahe Osten sind sie weiterhin willkommen und werden auch weiter unterstützt.)

Die Türkei nimmt inzwischen wohl an die zwei Millionen Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak ¹⁴ auf, darunter viele Kurden. Bevor man jetzt, z.B. gemessen an der österreichischen (Anti-)Flüchtlingspolitik, „toll“ schreit, sollte man bedenken, dass es einerseits ohnedies nicht anders geht. Nur eine EU könnte sich ausdenken, man könnte in so einer Situation die Grenzen dicht machen (könnte, denn wollen würde man schon!). Andererseits ist auch diese Flüchtlingspopulation in der Türkei ein politisch brisanter Faktor. Sie wollen zurück in ihre Heimat und sie wollen, dass die Türkei dazu etwas beiträgt. Auch ein Pulverfass, denn auch

¹⁴ Diese von „uns“, d.h. vom imperialistischen Westen, selbst verursachte „Flüchtlingskatastrophe“ (eine vom Imperialismus erzeugte und bewusst in Kauf genommene „Katastrophe!“), wird in den imperialistischen Medien bejammert. Das wäre durchaus berechtigt aus der Sicht dieser Flüchtlinge, es ist aber eine heuchlerische Niedertracht aus der Sicht der Verursacher. Übrigens: Aus Libyen, ein weiteres Ziel von „Freiheit und Democracy“, sind laut der französischen Zeitschrift „Afrique Asie“ inzwischen drei (!) Millionen Menschen geflüchtet, davon zwei Millionen nach Tunesien und eine Million nach Ägypten. Jeder Kommentar zu unseren hiesigen imperialistischen Menschenrechtlern erübrigt sich und ebenso jeder Kommentar zu der Frage, wie viele dieser Menschen wohl „den Weg nach Europa suchen“ (wobei „suchen“ ein widerlicher Euphemismus ist).

Flüchtlinge soll man nicht in schlechter Caritas-Manier für willenslose Opfer und Wurschteln halten, vor allem nicht diese.

Die Türkei könnte theoretisch auch „noch weiter gehen“ (in doppeltem Wortsinn) und versuchen, vom Zerfall des Irak und dem herbeigesehnten Zerfall Syriens zu profitieren und ihren unmittelbaren Machtbereich auszuweiten. Aber das Expansionsziel wäre Kurdengebiet und die türkische Armee ist in jahrzehntelangem Krieg schon mit den eigenen Kurden nicht fertig geworden. Jedes direkte militärische Eingreifen der Türkei, insbesondere mit Bodentruppen¹⁵, in Syrien oder dem Irak bürge gewaltige Risiken. Die Türkei hätte in diesem Fall auch viele westliche und östliche Feinde, die selbst an diesen Regionen interessiert sind. Das Konglomerat aus alledem könnte die türkische Regierung noch das Fürchten lehren. Ihre reaktionäre Politik, ihre regionalen Hegemonialambitionen, ihr Feldzug zum Sturz des Assad-Regimes kann noch ungeahnte Konsequenzen haben - für den regionalen Frieden, aber auch für den Klassenkampf in der Türkei. Es ist nicht abzusehen, auch nicht für die Türkei, welche Folgen der Krieg im Nahen Osten noch haben wird. Die revolutionär-kommunistischen Kräfte haben sich heute schon darauf einzustellen.

Kommt es zu einer neuerlichen Invasion des Irak durch die USA? Kommt es zu einem größeren Krieg?

Eigentlich, würde man meinen, haben die USA allmählich genug. Aber die Geschichte spielt sich eben nicht auf dieser Ebene der Haltungen und Einstellungen ab. Die USA hatten, sobald einmal der Krieg verloren war, die feste Absicht, ihre Interessen durch das Maliki- oder auch sonst ein Regime vertreten zu lassen. Aber was ist jetzt, wo es nicht geklappt hat? Bodentruppen, heißt es (derzeit noch), würde man sicher nicht noch einmal schicken. Man hat allerdings ohnehin schon „Bodentruppen“ dort, nämlich 5.000 (!) „Mitarbeiter“ der US-Botschaft in Bagdad plus ein größeres Militärkontingent zum Schutz dieser 5.000 plus jüngst ein paar Hundert weitere „Spezialkräfte“, „private“ US-Söldnereinheiten usw.

Was die IS betrifft, hat sich diese offenbar gegenüber ihrem Brötchengeber „emanzipiert“ und wird nicht mehr hundertprozentig von ihm kontrolliert. Das passiert öfters, es ist zunächst einmal nur das berühmte „Zauberlehrling“-Syndrom, es verhindert nicht neuerliche spätere Zusammenarbeit. Es geht ja nicht um Busenfreundschaft, sondern um ganz handfeste Interes-

sen wie z.B. den Sturz des Assad-Regimes, die Fernhaltung des Iran aus dem Irak, die Unterdrückung jeder selbständigen, fortschrittlichen, demokratischen kurdischen Regierung, das Niederhalten der PKK usw. usf.

Das Obama-Regime schließt per heute die neuerliche Entsendung von Bodentruppen in den Irak aus. Kein Wunder, nach der desaströsen Niederlage nach der letzten Invasion. „Nicht schon wieder!“ Andererseits geht es ohne Bodentruppen nicht. Das ist das große Problem des US-Imperialismus, dass er wunderbar Tausende Menschen aus der Luft zu Tode bomben kann, aber eben „ein Kreuz“ hat mit der Entsendung von Bodentruppen. Er hat versucht, sich mit Söldnerverbänden zu behelfen, aber das sind eben auch nur Mordbuben und Sadisten, gegenüber einem kampfstarken Gegner sind sie oft ziemliche Feiglinge. Jedenfalls, will man den Irak zurückerobern oder das Assad-Regime in Syrien stürzen, braucht man Bodentruppen.

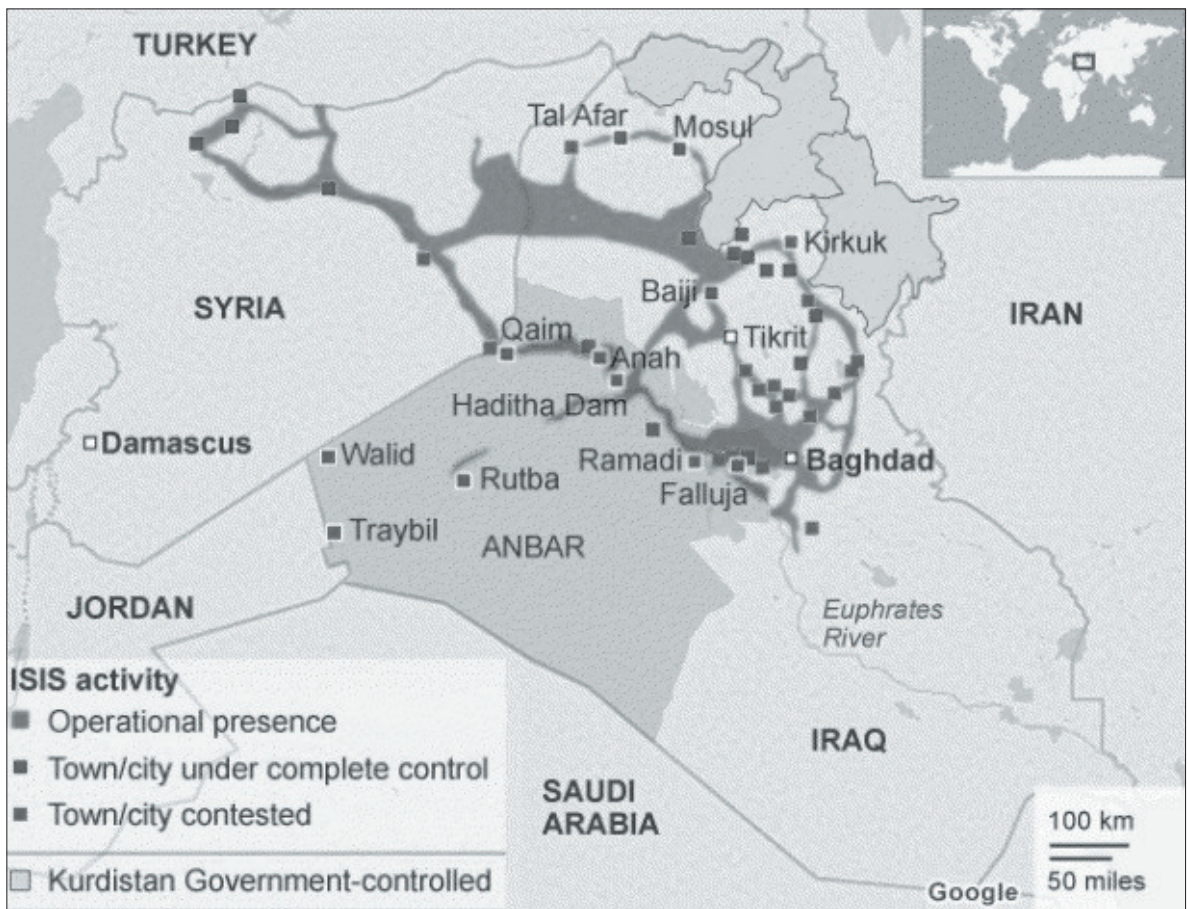
Der US-Imperialismus hat noch nicht entschieden. Zu sehr sitzen ihm derzeit noch seine Niederlagen in Afghanistan, Somalia, Irak und nochmals Afghanistan in den Knochen. Aber wer weiß, gerade der Untergehende rafft sich zu den wahnwitzigsten Abenteu-

¹⁵ „Vergeltungsschläge“ aus der Luft wegen Raketenbeschusses aus Syrien gab es bereits.

ern auf. Wir kennen das aus der Geschichte. Inzwischen haben die USA eine nochmals erheblichere Flotte im Mittelmeer, vor Syrien, dem Libanon und Palästina, sowie im Roten Meer und im Arabischen Golf zusammengezogen. Die Kriegsflotte ist beachtlich (und sie wurde übrigens kürzlich für Raketenangriffe gegen Ziele in Syrien, angeblich gegen die IS, eingesetzt). Auch die russische Kriegsflotte im Mittelmeer wurde massiv verstärkt. Der Krieg im Irak und in Syrien wird

möglicherweise nicht auf diese Region beschränkt bleiben, sondern hat das „Potential“ für größere regionale Kriege. Man braucht nur seine Phantasie spielen lassen: türkische Militäroperationen in Syrien und im Irak, ein Anlauf zu einem Großkurdistan auf irakischem wie syrischem Boden, Kriege zwischen Arabern und Kurden in diesen beiden Ländern, Verwicklung des Iran oder Jordaniens in solche Kriege, Hinüberschwappen der Kriege und „Destabilisierung“ Jorda-

niens, die „ungelöste Palästinafrage“, womöglich irgendwann zionistische „Präventivschläge“ Es kann leicht aus der Region ein gewaltiges Schlachtfeld werden, aus dem sich wahrscheinlich weder die Türkei, noch der Iran, noch Jordanien und der Libanon, noch die Golfstaaten heraushalten könnten. Es entstünde ein Gemetzel sondergleichen. Es entstünde aber auch die Unvermeidlichkeit revolutionärer Erhebungen und Umwälzungen.



Da

- ein neues typisches Beispiel der volksfeindlichen Instrumentarien des Imperialismus

Die reaktionären Entwicklungen der letzten Wochen im Irak zeigen wieder einmal ganz deutlich, dass der imperialistische Umverteilungskampf in der Region ungebremst weitergeht und dass der islamische Fundamentalismus in dieser Auseinandersetzung nichts anderes ist, als ein Werkzeug in der Hand der imperialistischen Mächte, um den Volksmassen in dieser Region ihre räuberischen und ausbeuterischen Pläne und Ambitionen aufzuzwingen.

Der US-Imperialismus hat, um die vollständige Herrschaft über die Öl- und Gasquellen des Mittleren Ostens und Zentralasiens und die Hegemoniestellung gegenüber den anderen imperialistischen Konkurrenten zu erlangen, durch die Schaffung einer Reihe von islamischen Regimes seine Einflussgebiete in der Region ausgedehnt und seine strategischen Stützpunkte gefestigt (die im Grunde genommen die Herrschaft der Klasse der abhängigen Bourgeoisie und Großgrundbesitzer in diesen Ländern sicherstellen).

Der erste Schritt in dieser Richtung war die Installation des Regimes der Islamischen Republik im Iran 1979. Dann wurden mit dessen Hilfe und durch militärische Invasion und

Besetzung die islamischen Regimes in Afghanistan und Irak an die Macht gebracht.

Die Imperialisten haben immer versucht, mit einer Politik des „Teile und Herrsche“, 1. für ihre Ambitionen günstigere Bedingungen zu schaffen und 2. eine Herrschaft von Teilen der Bevölkerung über „die anderen“ zu schaffen. So werden stets die Widersprüche innerhalb der Gesellschaft verschärft, Zwietracht, Feindseligkeiten und eine Wiederbelebung von Stammesdünkel und feudalen Hierarchien geschürt, damit die Imperialisten ihre Gesamtherrschaft in dieser Gegend leichter realisieren und gleichzeitig die Verbundenheit der Völker und ihre Kampfkraft schwächen können. Das war und ist ein guter Vorwand und Nährboden, um Kriege zu entfalten und militärische Invasionen durchzuführen. Die Imperialisten und ihre Lakaien haben mithilfe dieser Politik die religiöse Spaltung im Islam in Schiiten und Sunniten¹, welche seit Jahrhunderten existiert (um die Gründe dafür darzustellen, bedarf es einer eigenen historisch-materialistischen Analyse) benutzt, um ihre kolonialen und neokolonialen Interessen durchzusetzen.

Die imperialistischen Mächte versuchen im Zuge ihrer Teile und Herrsche Politik in diesen ölreichen Gebieten, in denen mehrheitlich Bevölkerungen leben, die dem islamischen Glauben anhängen, ihre Lakaien aus diesen beiden Gruppierungen zu wählen. Anders gesagt, sie legen ihre Karten nicht offen. ZB. sind die Mehrheit der iranischen Bevölkerung Schiiten, daher hat das amerikanische Monopolkapital die Macht den schiitischen Klerikern zugebilligt, wobei es gleichzeitig innerhalb des sunnitischen Bevölkerungsanteils² auch ihre Handlanger für ihre Zwecke organisiert. ZB. diverse kurdische Organisationen, wie die Demokratische Partei Kurdistans - Iran, Komalah in Iranisch-Kurdistans und in Sistan und Beludjistan Gruppen wie Djondollah („Djaischol-Nasr“ = „Armee des Sieges“ und „Djaischol-Adl“ = „Armee der Gerechtigkeit“, beide Gruppen stehen Al Khaida nahe).

In Afghanistan zB. werden innerhalb der Pashtumen-Bevölkerung die sunnitischen Teile bevorzugt, wie zB. die islamische Partei Afghanistans unter Führung von Golbodin Hekmatjar. Selbstverständlich kommen ihnen die Möglichkeiten der sunnitischen

Dieser Text wurde aus dem politischen und theoretischen Organ „Pajameh Siakal“ der Organisation „Der 19. Bahman“ übernommen, teilweise ergänzt und übersetzt. Nähere Information über diese Organisation: www.19.bahman.net, emailadresse: pou-yan@19.bahman.net. Übersetzt und als Broschüre herausgegeben von einem linken iranischen Aktivist in Wien, clo Stiftgasse 8, 1070 Wien, Oktober 2014

¹ Sunniten: Sind die größte Gruppe der muslimischen Glaubensrichtung, etwa 90% der Muslime. Der Begriff leitet sich vom Wort Sunna (Brauch) ab. Für die Sunniten beinhaltet Al-Sunna die Überlieferungen und Verhaltensnormen, die auf den Propheten Mohammed und seine frühen Anhänger zurückgehen.

Schiiten: Der Begriff Schiiten leitet sich von der Schia Ali her, der Partei von Ali Ibn Abi Talib, einem Neffen und Schwiegersohn des Propheten Mohammed. Ali war der vierte rechtmäßige Kalif nach Abubakr, Umar, Uthman. Aus Sicht der Schiiten waren diese Kalifen unrechtmäßig.

² gemeint sind die Organisationen der nationalen Minderheiten, die auch organisiert und für die Zwecke der Imperialisten benutzt werden

Regierungen Pakistans, Saudi Arabiens und der Emirate im Persischen Golf zugute. (Dabei ist anzumerken, dass Pakistan als alter Lakai der US-Amerikaner sich im Zuge dieser Politik sofort nach der sog. Islamischen Revolution im Iran selbst in eine islamische Republik umgewandelt hat.)

Der Prozess der sog. Islamisierung der politischen Macht in diesen Ländern diente gleichzeitig den Imperialisten dazu, ihre sich immer verschärfende wirtschaftliche Krise mit einer aggressiven Außenpolitik in den Hintergrund zu schieben und ihr Hinterland - die eigenen Bevölkerung - mit der Konstruktion des neuen Feindbilds des Islamischen Fundamentalismus ruhig zu halten.

Ein krasses Beispiel ist Afghanistan, wo die Hasareh, welche der schiitischen Religion angehören, in der „Partei der islamischen Einheit“ unter Führung von Abdullah Masarie organisiert sind, wobei der Mentor und Nutznießer dieser Partei u.a. das iranische Regime ist. Trotzdem muss die installierte Macht in Afghanistan nach der Besetzung notwendigerweise von Sunniten bestimmt sein, weil die Mehrheitsbevölkerung Sunniten sind.

Im Irak wird wegen der Mehrheit schiitischer Bevölkerung mit starker Beihilfe des iranischen Regimes die schiitische Partei Al-Da'aveh des Nuri Al Malek (der inzwischen durch Hajdar Al-Haidi abgelöst wurde), an die Macht gebracht und gehalten.

Im Falle Syriens verzichtet der US-Imperialismus aufgrund der Interessen und der offenen Einmischung des russischen Imperialismus auf den direkten Sturz des Assad-Regimes durch die reaktionäre sogenannte „Opposition“ und stellt sein Projekt des „Regime Change“ in Syrien, das später die Welle des sog. „Arabischen Frühlings“ ausgelöst hat, zurück. (Ein Phänomen, das schließlich den reaktionären politischen Islam verstärkt hat.) Der US-Imperialismus operiert jetzt mit neuer Taktik und Mitteln, um das Regime Bashar El Assads unter Druck zu setzen und zu stürzen und damit seinen Konkurrenten, den russischen Imperialismus auszuschalten, um den Weg für seine hegemoniale geopolitische Strategie zu ebnen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 die Gruppe Da'esch, Islamisches Kalifat (im Irak und in Syrien) aufgebaut. Angesichts dessen, was in den letzten Jahren in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und nun Ukraine usw. vor sich geht, sind das eindeutige Beweise dafür, dass sich die innerimperialistische Konkurrenz um Einflusszonen verschärft und der Zusammenhang zwischen Imperialismus und Krieg immer deutlicher hervortritt.

An diesem Punkt kommt Da'esch als neues Instrument zur Verwirklichung vor allem der US-amerikanischen Kriegsinteressen zum Zug.

Die erste Aktion dieser Organisation ist die Sprengung und Zerstörung der

Öl-Pipeline, die von Kirkuk im Irak nach Banias in Syrien führt. Zu bemerken ist, dass dabei die Pipeline „Djihan Türkei“, die das Öl vom Nord-Irak nach Israel transportiert, nicht angegriffen wurde. (Quelle: Dr. Mowafaq Mohadin, „Die Öl-Kartelle, das Islamische Kalifat und Arabischer Nationalismus im Irak“).

Nach Angaben von Menschenrechtsbeobachtern in Syrien, haben Da'esch-Söldner am 17. Juli 2014 einen Angriff auf ein Gasfeld im Bundesland Homs gestartet, bei dem 115 Menschen abgeschlachtet wurden. Das war bis zu diesem Datum eines der größten Verbrechen gegen die gefangenen syrischen Soldaten und die Bevölkerung.

Diese reaktionäre Gruppe verkündet am 24. Juli 2014, dass die Militär-Kasernen Roghee, wo 17 Garnison-Armeeeinheiten der syrischen Armee stationiert sind, vollständig in ihre Hände gefallen sind.

Es ist wichtig zu erwähnen, dass der ursprüngliche Kern der Da'esch-Gruppe aus Söldnern besteht, die vorher als Al Khaida im Irak tätig waren. Sie haben ihren Namen dann auf „Islamisches Kalifat Irak“ geändert. Diese Gruppe ist bei Beginn des Syrien-Krieges in Syrien eingedrungen und nahm den Kampf gegen das Regime Bashar Al Assads auf. Diese Gruppe ändert nach der Eroberung weiterer Gebiete in Syrien und Irak und der Kapitulation von Mossul (N-Irak) ihren Namen in „Islamisches Kalifat Irak und Sham“ (=Aleppo) und dann in „Islamischer

Staat". Sie proklamiert sich am 13. Juli 2014 zu einem souveränen Staat. Danach bezeichnet Al Khaida sie offiziell als die „Helden des Islamischen Emirats“. Es gibt daneben auch andere reaktionäre Gruppen, Söldnerverbände, wie zB. Djemaat Ansar-Al Islam (Gemeinschaft der Helfer des Islam), oder Tarighate-Nakhschbandi (der Weg des Nakhschbandi), Djaischol-Modjaheddin (Armee der Modjaheddin), die vor allem in den sunnitischen Gebieten im Irak tätig ist und mit Da'esch in enger Verbindung und Zusammenarbeit steht, und gleichzeitig miteinander rivalisieren. Im Grunde genommen erklären sich alle diese Gruppen mit den proklamierten Zielen der Da'esch-Gruppe (d.h. Errichtung eines islamischen Kalifats) einverstanden, aber sie lehnen den Führungsanspruch von Da'esch über das Kalifat und über ihre eigenen Führer ab. Die imperialistischen Mainstream-Medien haben anfangs die Behauptung aufgestellt, dass diese Gruppe sich von Al Khaida gelöst habe, und wollten damit ihr Ansehen aufpolieren und haben sie als „bewaffnete Kämpfer“, und nicht als „Terroristen“ bezeichnet. Obwohl diese Gruppe unter anderem Namen auftritt, ist sie ihrem Wesen nach genau wie Al-Khaida. (Die, wie längst bekannt, durch die Imperialisten, v.a. die US-Imperialismus im Kampf gegen den russischen Imperialismus in Afghanistan mit finanzieller Hilfe aus Saudi Arabien, logistischer Unterstützung aus Pakistan und US-Waffen aufgebaut wurde.)

Die imperialistischen Medien sind mit denselben Methoden in Afghanistan vorgegangen: Sie haben die Gruppe unter Führung von Mullah Mohammad Omar als eine Abspaltung von der „Islamischen Partei Afghanistans“ unter Führung von Golbodin Hekmatjar dargestellt, obwohl das in Wahrheit nicht der Fall war.

So gesehen ist die demagogische Stellungnahme der Regierungen der USA, Englands usw. gegen Da'esch ein eindeutiger Hinweis darauf, dass diese reaktionäre Söldnertruppe als neues volksfeindliches Handwerkzeug des US-Imperialismus in Irak und Syrien mit großzügiger finanzieller Hilfe von Staaten wie Saudi Arabien, den Arabischen Emiraten, der Türkei in diesem menschenfeindlichen Feldzug dient.

Barack Obama, der Präsident der USA, gibt zB. bekannt: „Solange es keine günstige Lösung gibt, wird im Irak niemals Ruhe und Ordnung herrschen“ obwohl unter der Lösung das reine Interesse des US-Imperialismus zu verstehen ist. Das heißt wiederum, solange die europäischen und russischen Konkurrenten nicht vollständig zurückgedrängt werden oder ihre Ansprüche den US-Amerikanern unterordnen, und der gesamte Reichtum dieser Region nicht vollständig dem amerikanischen Imperialismus überlassen wird, setzen die USA ihre imperialistischen Absichten mit kriegerischen Mitteln fort und es wird niemals im Irak und der Region „Ruhe herrschen“.

Der Außenminister der USA, John Carey sagte in diesem Zusammenhang, dass der Präsident der USA im geeigneten Moment die Entscheidung treffen wird. William Haig, der Außenminister von England sagte, dass sein Land auf keinen Fall beabsichtige, im Irak militärisch zu intervenieren.

Ein sunnitischer Führer, welcher im Kampf mit Da'esch steht, sagt im BBC-Interview folgendes: „Die Aufständischen haben bessere und schwerere Militärausrüstungen als die irakische Armee.“ Jetzt stellt sich die einfache Frage: Woher kommen diese Waffen und wie gelangen sie in die Hände von Da'esch. Aber absolut sicher ist, dass diese technisch fortgeschrittenen und schweren Militärgeräte, genauso wie Da'esch, nicht vom Himmel gefallen sind, sondern sie wurden genauso wie die „überirdische Hilfe“, die Da'esch durch den US-Imperialismus erhalten hat, von ihm zur Verfügung gestellt. Die Wahrheit ist, viele der führenden Persönlichkeiten der irakischen Armee in den von Da'esch eroberten Gebieten bestätigen eindeutig, dass sie von „höheren Stellen“ des Armeekommandos den Befehl bekommen haben, keinen Widerstand zu leisten und zu kapitulieren. Das heißt, wenn das Vorrücken der Da'esch auch im Moment kein Vorteil für die amerikanischen Monopolkapitalisten hatte, hat es nach Angaben von BBC den Vorteil, dass der Wert von Roherdöl und Dollar auf dem Welt-handelsmarkt maßgeblich

gestiegen ist. (Angaben vom 13. Juli 2014)

Am Anfang dieses Jahres, als Da'esch die Stadt Faludja eroberte, hat der US-Imperialismus den Verkauf von Militärausrüstungen an den Irak gesteigert. Unter anderem 500 Boden-Luft-Raketen, 24 Apache-Rakete, 16 Stück F16 Kampfflugzeuge und eine Reihe anderer Kriegsgeräte. Nach neu vereinbarten Verträgen beabsichtigen die USA noch zusätzlich Militärausrüstung im Wert von 15 Milliarden Dollar zu liefern (Zahlen nach Angaben von BBC).

Nach einer weiteren Nachricht in diesem Zusammenhang verkaufen die Amerikaner für 11 Mrd Dollar Militärgerät an Qatar. Das ist der größte Vertrag im Laufe dieses Jahres. (BBC, 15. Juli 2014)

Diese Ereignisse zeigen, wie leicht die Imperialisten und die mit ihnen verbundene Waffenindustrien für ihre Profite über Leichen gehen.

Angesichts der Situation, welche durch reaktionäre Kräfte, das heißt den Imperialismus und seine einheimischen und regionalen Lakaien im Irak entstanden ist, nutzen die Kurden im Nord-Irak die Gelegenheit, und bringen diese Region unter ihre eigene Kontrolle - und damit auch das ölreiche Gebiet um Mossul in Kirkuk, ein Ort, der seit 2003 bis heute ein wichtiger Streitpunkt zwischen der autonomen Regierung in Südkurdistan und der Zentralregierung in Bagdad war.

Am 25. Juli haben die politischen Parteien der kur-

dischen Region im Nordirak, die demokratische Partei Kurdistan-Irak und die Patriotische Union Kurdistan, ihre Differenzen beiseite gelegt und errichteten eine einheitliche regionale Regierung. Am 19. Juli erklärte der israelische Ministerpräsident Nethanyahu bei einem Vortrag auf der Universität von Tel Aviv, dass Israel die Entstehung eines souveränen Kurdistan unterstützen würde. Es ist klar, dass eine der Gründe für diese Stellungnahme durch den vom Imperialismus installierten zionistischen Siedlerstaat sein Streben nach Zerstückelung der Region und Entfaltung und Intensivierung der Feindschaft unter seinen Nachbarn ist. Die autonome kurdische Regierung in Nord-Irak unter Führung von Massoud Barzani hat am 1. Juli 2014 erklärt, dass die Unabhängigkeit der kurdischen Gebiete nach einer Volksabstimmung umzusetzen sei. So oder so, egal in welcher Form diese Volksbefragung stattfindet, muss man, angesichts der Tatsache, dass die kurdische Frage als Gegenstand der Diskussion über die gesamte Region zu behandeln ist, auf weitere reaktionäre Entwicklungen auf geopolitischer Ebene durch die imperialistischen Mächte gefasst sein.

Zweifellos eröffnen diese Entwicklungen auch im Iran und der Region vor allem wegen des Fehlens fortschrittlicher, revolutionärer und kommunistischer Kräfte eine reaktionäre Perspektive für die unterdrückten Volksmas-

sen. Mehr denn je wird nationale, religiöse und stammesmäßige Borniertheit geschürt und damit mehr Elend, Armut und Vertreibung hervorgerufen.

Aufgrund der internationalen Situation und der bestehenden regionalen Lage versuchen die imperialistischen Großmächte, angesichts der Kräfteverhältnisse durch die Entfaltung direkter oder Stellvertreterkriege ihre volksfeindlichen politischen Absichten voranzutreiben. Die geschichtlichen Erfahrungen haben gezeigt, dass nur eine starke und organisierte revolutionäre kommunistische Bewegung auf Weltebene und regional oder mindestens auf der Ebene eines Landes imstande und fähig ist, die Masse der ArbeiterInnen und Werktätigen zu organisieren und zu bewaffnen. In der derzeitigen Situation fehlt leider so eine Bewegung, aber es gibt weiterhin Elemente und Zirkel oder Gruppen, welche einen kommunistischen Anspruch erheben. Es ist ihre unmittelbare Aufgabe, diese volksfeindlichen Politik mit ihrem neuen Instrumentarium Da'esch zu entlarven und sich parallel dazu auf allen Ebenen zu organisieren und zusammenzuschließen, um die Revolution vorzubereiten. Die Organisation und Bewaffnung der Volksmassen mit der Perspektive der Revolution ist die einzige Antwort auf die Machenschaften der Imperialisten und ihrer Handlanger.

Aktuelle Entwicklung in Irak und Irakisch-Kurdistan

Interview mit Amir Hassanpour mit der iranischen kommunistischen Zeitschrift „Atesh“ (Feuer), Juli 2014

Atash: Wir ergreifen die Gelegenheit, mit Genossen Amir Hassanpour über die jüngsten Ereignisse in der Region und insbesondere Irakisch Kurdistan und die laufende Diskussion über das Unabhängigkeits-Referendum zu sprechen, das von der Kurdistan-Regionalregierung (KRG, Kurdistan Regional Government) vorgeschlagen wurde.

Genosse Amir, wir wissen dass Massoud Barzani, der Präsident der Kurdischen Regionalregierung im Irak in einem Interview mit „Voice of America“ sagte, dass das Herrschaftssystem im Irak auseinander gefallen ist und die Kurden nicht der Grund dafür sind. Er sagte, dass die KurdInnen vorher nicht die Unabhängigkeit vom Irak vorgeschlagen haben, nicht einmal als sie mit chemischen Waffen bombardiert wurden (unter Saddam Hussein im Jahr 1988). Es sind die anderen, die eine Situation geschaffen haben, dass das Land tatsächlich in einen Kollapszustand verfällt. Die KurdInnen haben das Recht, ihr Vaterland, Kurdistan, zu verteidigen, damit es ein Ort wird, von dem sie aus anderen irakischen Brüdern helfen können. Die KurdInnen sollten die Unabhängigkeit des Gebiets der Kurdischen Regionalregierung von einer Volksabstimmung abhängig machen. Was ist Ihre Haltung und Vorstellung zu diesen Fragen?

Amir Hassanpour (AH): Es ist klar, dass die KurdInnen eine unterdrückte Nation im Irak und anderen Ländern der Region sind. Die meisten kurdischen Menschen streben nach einem unabhängigen Staat.

Zweifellos haben die KurdInnen als unterdrückte Nation das Recht auf Selbstbestimmung. Barzani hat die Diskussion über die Unabhängigkeit schon vor den jüngsten Ereignissen (Übernahmen der Kontrolle von Teilen des Iraks durch die ISIS) begonnen, ohne irgendwelche wirklichen Schritte unternehmen zu wollen oder zu können. Aber jetzt haben wir eine neue Situation, der Irak ist wegen der Aktivitäten der ISIS, der Stammesmilizen und der islamistischen Miliz von Moqtada Sadr, ebenso wie der Politik der Regierung von Premierminister Nouri Maliki praktisch zerfallen.

Die Kurdische Regionalregierung war das Ergebnis des ersten US-Kriegs gegen den Irak im Jahr 1991. Sie entstand allmählich und nahm ihre heutige Form nach dem zweiten US-Krieg im Jahr 2003 an. Jetzt, angesichts der militärischen Vorstöße der ISIS, sind die Bedingungen für eine Unabhängigkeitserklärung herangereift. In Wirklichkeit jedoch war die KRG schon bis jetzt halb-unabhängig und jede Volksabstimmung oder andere weitere Aktion würde nur formal bestätigen, was ohnehin besteht.

Ich sollte erwähnen, dass in den letzten zwei Jahrzehnten oder so auf der Basis des internationalen Rechts mehrere neue Staaten auf ähnliche Weise geschaffen wurden - zum Beispiel der Südsudan, Osttimor und andere Staaten, die als Ergebnis der Auflösung Jugoslawiens und der Sowjetunion entstanden. Aber wenn Kurdistan unabhängig würde, dann wäre das unter besonderen regio-



nalen und internationalen Bedingungen, wo die kurdischen Nationalisten in Irakisch-Kurdistan schon an der Macht sind.

Diese Regierung repräsentiert einen Nationalismus, der schon an der Macht ist und ein Parlament, einen Exekutivapparat (Ministerrat, Regierung, die Peshmerga-Armee, Polizei, Sicherheitsapparat, Gefängnisse) und eine Justizabteilung hat, obwohl deren Machtbefugnisse beschränkter sind als die der Bundesstaaten der USA oder der kanadischen Provinzen. Aber da die Zentralregierung des Irak nicht so viel Macht hat, ist die KRG beinahe unabhängig. Die Opposition der USA, des Iran und der Türkei ist einer der Gründe, dass dieses Projekt noch nicht abgeschlossen wurde, aber die Situation könnte sich ändern. Obwohl die USA gegenwärtig vielleicht Widerstand leisten wird, ist das Hauptproblem der USA nicht die Bildung eines kurdischen Staates. Worüber die USA am meisten besorgt sind, ist wie sie ihren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einfluss in der ganzen Region sicherstellen können. Zum Beispiel suchen sie nach Veränderungen, die die Interessen der USA und ihrer Verbündeten wie Israel absichern können. Und eine Sache ist klar: Wenn die USA eine Unabhängigkeit

Von uns ins Deutsche übersetzt aus der englischen Version in „A World to Win News Service, 18.8.2014“

ablehnen, würden sich die kurdischen Führer fügen.

A: Sie sagen, dass Irakisch Kurdistan de facto unabhängig ist. Aber einige politische Strömungen behaupten, wenn Kurdistan unabhängig wird, und zwar in einer Region, wo islamistische und reaktionäre Kräfte überall stärker werden, dass es dann zu einer Basis für nicht-religiöse und säkulare Kräfte werden kann. Eine Macht, wo das feudale Patriarchat verschwinden wird und wo es keine Anzeichen von religiösen und ethnischen Kriegen geben würde, wie sie in anderen Teilen des Irak jetzt stattfinden. Wie realistisch ist so ein Bild?

Amir Hassanpour: Ist eher ein Traum als die Wirklichkeit. Nach 23 Jahren zeigen die Erfahrungen aus der Kurdistan-Regionalregierung (KRG) etwas anderes. Es stimmt, dass die Kurden nach dem Fall des Saddam-Regimes eine kurze Zeit lang glauben konnten, sie würden nicht mehr unter nationaler Unterdrückung leiden. Viele waren glücklich, eine Regierung, ein Militär und einen Gerichtsapparat zu haben, wo sie kurdisch sprechen konnten, aber die Freude währte nicht lange. Bald merkten sie, dass die neu an die Macht gekommene Kapitalistenklasse Gewalt anwendete, aber diesmal in kurdischer Sprache.

Aber sogar wenn wir annehmen, dass die nationale Unterdrückung in dieser Region Großteils verschwunden ist, wurde die nationale Unterdrückung durch das Saddam-Regime von der kolonialen Unterdrückung durch die USA ersetzt. Die Regierung Kurdistans wurde von den USA völlig abhängig, wirtschaftlich und politisch.

Soweit die Interessen des kurdischen Volkes und insbesondere die Mehrheit der Ausgebeuteten, darunter auch die Frauen die die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, könnte die KRG und die formale Unabhängigkeit keine Veränderungen in dieser Beziehung herbeiführen. Die Behauptung, Kurdistan könnte eine unabhängige Basis für Säkularismus sein oder eine Alternative zu den Theokratien, die wir aus dem Iran, Afghanistan und Irak kennen, ist einfach nicht wahr.

Nachdem die Theokraten im Iran die Macht ergriffen, versuchten die zwei Parteien, die die kurdische Regierung bilden – die Patriotisch Union von Kurdistan (PUK) und die Demokratische Partei Kurdistan (KDP), wie die meisten Regime im Nahen Osten - islamischer zu werden. Die meisten irakisch-kurdischen Nationalisten, die früher nicht-religiös waren, haben zunehmend begonnen, sich mit Beten und Fasten zu beschäftigen. Obwohl die nationalistischen Bewegungen nach dem 2. Weltkrieg nicht hauptsächlich religiös waren, haben es die Führer und Intellektuellen dieser zwei kurdischen Parteien verabsäumt, den Säkularismus in ihr politisches Programm einzubringen, nicht einmal auf sehr beschränkter Weise, d.h. die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche, und in Wirklichkeit haben sie mit den religiösen Kräften weitgehende Kompromisse geschlossen. Unter der Herrschaft dieser Parteien wurde Kurdistan mit Moscheen übersät, und die Städte wurden zu Minarett-Städten. Folglich kann diese Regierung nicht wirklich säkular genannt werden. Es ist schwer zu glau-

ben, dass diese Regierung eine fortschrittliche Kraft ist oder dem Volk in anderen Teilen des Irak helfen könnte, weil sie das Volk von Kurdistan selbst in den letzten 23 Jahren zunehmend in religiöse Richtung gestoßen haben. Trotz Differenzen in der Führung hat sich dies Regierung auf Israel, Türkei und Iran orientiert, und ich kann kein Gramm Fortschrittlichkeit oder Befreiungsbestrebungen in ihren Worten oder Taten sehen.

A: Sie sagten, dass sich die KRG auf Israel orientiert, aber viele Kurden finden darin nichts Schlechtes. Sie meinen, dass Israel für eine unterdrückte Nation einen Staat hervorgebracht hat und nach innen von einem demokratischen System regiert wird. Und da die KRG eine Regierung ist, sollte sie Beziehungen mit anderen Regierungen in der Region haben, daher ist es natürlich, mit der Türkei und auch Iran Beziehungen zu haben. Sie meinen, obwohl die Haltung gegen Israel und den Völkermord an den PalästinenserInnen ein charakteristisches Merkmal einer fortschrittlichen Haltung in der Vergangenheit war, sei das jetzt nicht mehr der Fall. Das Problem ist, dass einige Leute nichts Falsches darin sehen, sich mit Israel zu verbünden. Einige träumen sogar davon, von den Weltmächten ebenso behandelt zu werden, wie Israel behandelt wurde, sodass sie Kurdistan in der Region genauso aufbauen können, wie Israel aufgebaut wurde.

AH: Das ist wahr. Ein Traum der kurdischen Nationalisten in den letzten 20 Jahren war es, wie Israel zu werden, und dafür wollten sie die Pläne der imperia-

listischen Mächte für die Region benutzen, um ihre eigene Unabhängigkeit voranzubringen. Sogar noch schlimmer, einige ihrer Intellektuellen haben das zionistische Projekt als nationale Befreiungsbewegung idealisiert und haben solche Terroristen wie Menachem Begin als Freiheitskämpfer betrachtet. Sie haben sogar einige seiner Schriften ins Kurdische übersetzt. Die Ironie besteht darin, dass während einige fortschrittliche Jüd/innen außerhalb Israels das zionistische Regime als Apartheids- und Ausbeuterregime einschätzen, viele nationalistische Kurden es als Symbol von Demokratie und nationaler Befreiung einschätzen. Das ist eine ernste Sache und wirft Fragen über ihre eigene Position auf.

Wer nicht sieht, was Israel dem palästinensischen Volk antut, wer nicht die ethnische Säuberung, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit sieht und keine Sympathien für das palästinensische Volk hat und nicht gegen das ganze protestiert, oder wer diese Verbrechen leugnet, der kämpft nicht nur nicht für Befreiung, sondern hilft bewusst oder unbewusst dabei mit dieser Verbrechen fortzusetzen. Es ist eine Beschränktheit aller nationalistischen Bewegungen, die ihr Interesse in Übereinstimmung mit den Interessen imperialistischer Mächte und des Systems sehen. Es gibt wirklich ein gemeinsames Interesse, das sie dann dazu bringt innerhalb des Rahmens dieses Systems zu arbeiten und nicht dagegen. Die KRG ist zu einem dieser Schraubchen dieses Systems geworden und möchte so werden wie Israel.

Aber in Anbetracht der gegenwärtigen Situation

in der Region als ganze, scheint es sogar bei Abhaltung eines Referendums unwahrscheinlich, dass dieses Land wirklich unabhängig wird, sogar wenn es ein Mitglied der UNO wird.

Alle Pfeiler, auf denen es steht, sind von anderen Regimes in der Region abhängig, insbesondere von Iran, Türkei und sicher Israel und auch von den USA, eher von den USA als von der EU. Das ist so seit die KRG vor 23 Jahren geschaffen wurde. Ihre Wirtschaft ist völlig abhängig und sogar das Trinkwasser aus Flaschen kommt aus Türkei und Iran. Ihre Nahrungsmittel kommen aus Türkei, Iran und USA. Sogar das „Ranak wa Tschucha“, die kurdische Nationaltracht, wird in China hergestellt. Kurdistans Landwirtschaft ist unfähig, die Bedürfnisse des eigenen Volkes zu decken.

Saddam zerstörte die kurdischen Dörfer während der völkermörderischen Operation Anfal (des Baath-Regimes im Jahr 1988) und die kurdische Regierung konnte diese Dörfer nicht wiederbeleben, sodass sie autark wären und sich auf die eigene Produktion stützen könnten. Nehmen wir als Beispiel die Erdölproduktion: Die KRG kann ihr Öl nicht ohne völlige Abhängigkeit von der Türkei exportieren. In der gegenwärtigen Situation ist es nicht klar, was mit Süden des Irak passieren wird, aber sogar wenn die kurdischen Nationalisten über ihre wirkliche Unabhängigkeit nachdenken, werden sie das nicht umsetzen können. Diese Regierung war und ist von Anfang an wirtschaftlich, politisch und militärisch abhängig von anderen. In Wirklichkeit wird nicht einmal eine Art formaler Unabhängigkeit

diese Abhängigkeit beenden, sondern sie amtlich machen.

A: Manche beziehen sich auf die tatsächlichen Lebensbedingungen unter der KRG. Sie sagen, das ist eine Unterdrückerregierung. Die Fälle von „Ehremorden“ nehmen erschreckend zu, islamistische Gruppen werden größer; es gibt nicht einmal eine richtige Bibliothek. Kurdische Intellektuelle, die in anderen Erdteilen studiert haben, zögern, nach Kurdistan zurückzugehen, weil sie dort nicht die notwendige Freiheit vorfinden, um zu arbeiten und dem Volk zu dienen und ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit dem Volk in Kurdistan auszutauschen. Iranische Kurden werden in Irakisch Kurdistan ausgebeutet und es gibt eine Hierarchie, eine gesellschaftliche Abstufung zwischen iranischen und irakischen Kurd/innen. Auch Arbeitsmigrant/innen aus Philippinen, Nepal und Bangladesch werden in Irakisch Kurdistan hart ausgebeutet. Die Landwirtschaft ist nicht wiederbelebt worden und es gibt keine Anzeichen für eine einfache Industrie. Aber auch unter Berücksichtigung all dieser Tatsachen behaupten diese Leute, dass angesichts der Brandherde im ganzen Nahen Osten Kurdistan ein sicherer Hafen für das kurdische Volk und diejenigen wäre, die dort Zuflucht suchen wollen. Barzani vermittelt in einem Interview den Eindruck, dass der Irak in Flammen steht und er „diesen Raum“ aus dem irakischen „Haus“ retten möchte. Ist das wirklich so? Ist das nicht ein positiver Aspekt?

AH: Das wäre möglich, wenn die Regierung eine

revolutionäre Linie hätte, aber die hat sie nicht.

A: Nehmen wir als Beispiel den Zweiten Weltkrieg; die sozialistische Sowjetunion konnte sich dem Feuer des Krieges nicht entziehen. Sie war autark, revolutionär und sie hatte eine Industrie. Natürlich musste sie einen hohen Preis bezahlen, weil so viele ihrer Menschen getötet wurden. Wie ist es möglich, in so einer Situation „einen Raum“ zu retten.

AH: Was das sich ausbreitende Feuer betrifft, ist es für die KRG nicht möglich, auch nur einen kleinen Raum zu retten, insbesondere wegen dem Charakter und der politischen Linie der KRG. Unter der Anleitung der Türkei, hat die KRG gegen die PKK gekämpft und ihre Streitkräfte in Irakisch Kurdistan hingeschlachtet. Beide Parteien (KDP und PUK) haben sich an diesem Projekt beteiligt. Die syrischen Kurden haben kürzlich ihre Autonomie in einigen Gebieten in Syrisch Kurdistan ausgerufen, aber die KRG unter Barzani beschloss einen Kanal entlang der Grenze mit Syrien zu bauen, um die zwei Teile Kurdistans zu trennen. Der Krieg um die Mitte der 1990er Jahre zwischen PUK und KDP, der als „selbstmörderischer Krieg“ bekannt wurde, ist ein weiteres Beispiel. Die KDP verlangte von der Armee Saddams Hilfe, um die PUK zu unterdrücken. Die kurdische Einheit und die Idee, dass sie sich gegenseitig helfen würden, hat bisher nicht funktioniert. Was die Frage der kurdischen Arbeiter/innen betrifft, die von Türkei und Iran kommen, oder die Behandlung der politischen Kräfte und der Arbeiter/innen aus anderen Teilen der

Welt oder andere Beispiele, möchte ich nicht sagen, dass es nicht eine Art Verbindung zu Kurd/innen aus der Türkei oder Iran gibt. Es gibt welche, denen es besser geht. Einige Kurden aus Iran oder Türkei haben Geschäfte oder Restaurants eröffnet oder andere Geschäfte begonnen. Aber die politische und ideologische Linie der KRG ist insgesamt wie die anderer nationalistischer Herrscher. Zum Beispiel, als Indien 1948 unabhängig wurde, wurde die ganze Halbinsel von nationalistischen Kräften regiert. Dieses Land hat ein mächtiges Militär und eine ziemlich starke Industrie. Es hat auch viele andere Ressourcen. Aber die Armut ist unglaublich. Indien hat mehr Sklaven als irgendwo anders in der Welt. Wir kennen die Situation der Frauen in Indien. Das ist das Ergebnis der nationalistischen Kräfte in Indien. Aber in gewisser Hinsicht könnte die nationalistische Bewegung am besten zwischen Kurdistan und Palästina verglichen werden. Gerade jetzt hat sich ein Teil der Kräfte, die Palästina regieren, in Gendarmen im Dienst des israelischen Staates verwandelt. Der andere Teil ist eine theokratische Kraft, die Hamas. Diese Kräfte haben keinerlei Fähigkeiten, irgendwelche Schritte für die Befreiung des palästinensischen Volkes zu unternehmen. Natürlich hat Kurdistan sein eigenes geografisches Gebiet, anders als Palästina, das vollständig besetzt ist und wo der brutale Prozess der ethnischen Säuberung fortgeführt wird. Aber die Ergebnisse der Herrschaft der KRG sind nicht berauschend. Das andere Problem ist die politische und ideologische Linie und das Programm der kurdischen

nationalistischen Führer. Insgesamt sind die kurdischen nationalistischen Führer stolz darauf, ein Schräubchen im imperialistischen Weltssystem zu sein. Sie sagen das offen. Sie haben keine Alternative und sie wollen auch keine Alternative versuche. Sie erklären stolz, dass es anders als in vielen andere Staaten im Nahen Osten in Kurdistan freie Medien gebe. Aber nicht einmal das ist wahr. In den letzten 20 Jahren gab es viele Fälle, wo Journalisten getötet wurden und jede Form von Kritik erstickt wurde. Es ist eine Tatsache, dass man keine Fortschritte erkennen kann, ganz egal wie man es betrachtet. Viele Leute sagen, das Irakisch Kurdistan jetzt einen internationalen Flughafen hat, dass Straßen gebaut werden, dass es viele Einkaufszentren gibt, viel Touristenattraktionen in den Bergregionen für einheimische und ausländische Touristen usw. Aber wenn die dir die Leute in Kurdistan anschaut, haben sie trotz der vielen nationalen Reichtümer wie Öl eine zerstörte Landwirtschaft und keine wirkliche Industrie, um die wirtschaftliche Situation des Volkes insgesamt zu verbessern und Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb sehe ich keine leuchtende Zukunft für ein unabhängiges Kurdistan. Das kommt nicht von einer Beschränktheit des kurdischen Volkes, sondern vom Klassencharakter und der Ideologie der nationalistischen Führer.

A: So liegt die Lösung, wie in anderen Teilen der Welt darin, eine Revolution durchzuführen, eine sozialistische Revolution, und in Kurdistan einen sozialistischen Staat zu schaffen. Das ist nicht mehr in Mode. Was sind die Möglichkeiten

und die materielle Basis für so eine Revolution in den kurdischen Gebieten? Glauben Sie, es wäre möglich, dass eine kommunistische Kraft aus den Trümmern der „linken“ Bewegung in Kurdistan entstehen könnte?

AH: Im Moment haben islamistische Fundamentalisten, arabische, kurdische, assyrische und turkmenische Nationalisten und arabische Stammesführer die Oberhand im Irak. Diese, die Stammesführer und islamischen Fundamentalisten, habe die Initiative in der ganzen Region mit Ausnahme eines Teils von Syrisch Kurdistan. Aber alle arbeiten im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Beziehungen. Die Westmächte und der Kapitalismus insgesamt sind selber im Strudeln und in diesen regionalen Widersprüchen gefangen; oder um es anders auszudrücken: sie selbst sind Teil dieser Widersprüche. Ich sehe keine revolutionäre Entwicklung, d.h. keine die von Kommunist/innen geführt ist. Von einem historischen Standpunkt aus gesehen ist es klarer als je zuvor, dass es keinen Ausweg außer durch eine Revolution gibt. Aber in der derzeitigen Situation der internationalen kommunistischen Bewegung gibt es keine kommunistische Bewegung in der Region, die so eine schwere Verantwortung auf ihre Schultern laden könnte.

Vor allem wegen der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und schließlich auch in China und der Erfahrungen aus diesen Niederlagen durchläuft die kommunistische Bewegung eine Phase der Mattigkeit und mangelnden Initiative. Es gibt keine wirkliche

Zusammenfassung der ergangenen kommunistischen Bewegung in dieser Region, nicht nur in Kurdistan. Derzeit ist die kommunistische Bewegung im Rückzug. Aber trotz dieser ungünstigen Bedingungen sehe ich zugleich auch die besten Gelegenheiten. Wir erleben ein echtes Chaos im imperialistischen System und in der Ordnung, die sie nach dem 1. Weltkrieg geschaffen haben. Es gibt jetzt eine Situation, die es ermöglicht, diesem System ein Ende zu bereiten. Aber ohne eine kommunistische Bewegung und eine korrekte politische, ideologische und organisatorische Linie, kann das nie erreicht werden.

A: Meinen Sie, dass es keine Hoffnung gibt und nichts gemacht werden soll?

AH: Nein. Die historischen Bedingungen der letzten drei oder vier Jahrzehnte haben gezeigt, dass die ideologische und politische Linie umso entscheidender ist. Es ist klar, dass es ohne revolutionäre Theorie nicht möglich ist, eine Revolution durchzuführen. Der Marxismus bietet uns so eine Theorie, aber ohne seine Weiterentwicklung und eine revolutionäre Synthese aus unseren vergangenen Siegen und Niederlagen wird es nicht ausreichen. Was ich sagen möchte ist, dass die subjektiven Elemente hinter den objektiven Möglichkeiten hinterherhinken.

A: Was sind die möglichen günstigen Elemente für eine Revolution in so einer schwierigen Situation?

AH: Die schwierige Situation selbst ist Teil der materiellen Basis. Ich meine, die Situation schreit nach Veränderung. Es ist möglich,

die Situation umzudrehen, in der Fundamentalisten und imperialistische Mächte die Initiative haben. Die Situation ist so, dass die kommunistische Bewegung eingreifen und eine Veränderung herbeiführen kann. Natürlich erfordert das eine kommunistische Bewegung, die eine korrekte Linie zur korrekten Analyse der Situation hat, und sie diese ins Gegenteil verwandelt.

A: Haben Sie noch etwas zu sagen, irgendeine Botschaft für diejenigen, die die Welt verändern wollen, die aber wegen der verschiedenen beteiligten reaktionären Kräften und Imperialisten erstarrt sind?

AH: Es gibt keinen Mittelweg; du bist entweder auf der Seite der islamistischen Fundamentalisten und Imperialisten oder auf der Seite des Volkes und der kommunistischen oder revolutionären Kräfte oder irgendwelcher Freiheitskämpfer, die gegen beide volksfeindlichen Pole aufstehen. Wenn es eine kommunistische oder revolutionäre Kraft gibt, die glaubt, dass es möglich sei, in der Mitte zu stehen, dann sollten wir fragen, welche Erfahrungen der Vergangenheit so eine Haltung stützen. Die bewussten Individuen und Kräfte sollten ernsthaft entscheiden, ob sie Teil der gegenwärtigen inakzeptablen Situation sein wollen, oder eine andere Welt schaffen und die Ketten der Sklaverei zerreißen wollen. Die Kommunist/innen und die kommunistische Bewegung können den Lauf der Geschichte verändern, wenn sie sich wieder aufbauen und beleben, wie sie es schon viel Male in der Vergangenheit gemacht haben.

Solidarität mit der Frauenbefreiungsbewegung in Kurdistan, der Revolution der Frauen in Rojava und dem Widerstand in Kobanê.

Gegen die kriegerische Neuordnung des Mittleren Osten Kampf dem IS-Faschismus und dem EU-, USA- und NATO-Imperialismus

Wo anfangen um den Stimmen der Frauen und Frauenbefreiungsbewegung

in Kurdistan Gehör zu verschaffen, zur Solidarität mit dem kurdischen Freiheitskampf und für Frauenbefreiung international aufzurufen und gegen Rassismus und europäische und andere „westliche“ Kriegstreiber die Stimme zu erheben?! Die „Kurdische Frauenbewegung in Europa“ TJKE richtete sich, nach den IS-Angriffen auf die ezidische Bevölkerung und die Frauen in Şengal im August 2014, an die "internationale Öffentlichkeit und Widerstand leistenden Menschen“. Sie bezeichnen den Krieg der faschistischen IS-Truppen als einen Genozid gegen Bevölkerungsgruppen im Mittleren Osten, beschreiben den Feminizid an Frauen und sprechen von der Mitverantwortung an den Massakern durch Türkei, Saudi Arabien, Qatar, USA und EU-Staaten. (siehe folgende Pressemitteilung). Die

bürgerlichen Medien hier sind voll mit Schlagzeilen über „islamistische Dschihadisten“, „Islamistischer Terror“, „Islamischer Staat“. Aber welche weiß eigentlich was das Wort „Dschihad“ im Arabischen für eine Bedeutung hat und wofür es verwendet wird? Endlich kann wieder unhinterfragt davon gesprochen werden, das „der Islam“ oder (für die, die differenzierter sein wollen) „die Islamisten“ die Bedrohung der „westlichen“ Welt darstellt. Die USA, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Australien u.a. bombardieren einvernehmlich mit Saudi-Arabien (einem starken Verbündeten der USA in dieser Region) und Qatar als „Anti-IS-Koalition“ gegen „eine humanitäre Katastrophe“ und gegen „internationalen Terrorismus“. Aber sie lassen humanitär und politisch die Bevölkerung und

Gesellschaften, ihre Selbstorganisation und ihren Widerstand vorort im Stich.

Sie rüsten für eigene Interessen. Die USA will nun die „moderate Opposition“ in Syrien ausbilden und aufrüsten, weil sich der kurdische Freiheitskampf nicht ihren imperialistischen Interessen unterordnet. Die deutsche Regierung diskutiert Waffen an „moderate Kurden“ zu liefern, weil die PKK (1993 in Deutschland verboten wurde und seit 2002) auf der Terrorliste der EU und USA stehen, sie spricht öffentlich über verstärkte Waffenexporte und liefert Waffen nun auch an Saudi-Arabien. Die österreichische Regierung, als sogenannter militärisch „neutraler“ Staat, beteiligt sich laut Medien humanistisch und logistisch an der Anti-IS-Koalition. Neben dem Krieg in der Ukraine ist der Krieg in Syrien und Irak ein Vorwand um in EU-Europa öffentlich aufzurüsten und für eigene HERRschaftsinteressen Kriege zu führen.

Pressemitteilung der kurdischen Frauenbewegung in Europa TJKE vom 10.8.2014

An die internationale Öffentlichkeit und Widerstand leistende Menschheit

Die Terrororganisation IS (Islamischer Staat), welche Massaker und Genozide an den Mittleren Osten lebenden und existierenden Völkern, Glaubensgemeinschaften und Gesellschaften ausübt, die nichts als Tod und Brutalität in jedes Haus bringt, und durch das kapitalistische System als Provokationsorganisation ausgenutzt wird, begeht momentan menschenverachtende Kriegsverbrechen, um die Menschheitswerte in Kurdistan und im Mittleren Osten zu zerstören. (...) Menschen werden geköpft, in die Flucht getrieben, Frauen vergewaltigt und Kinder dem Verhungern und Verdursten überlassen. Häuser und Besitztümer werden zerstört und geplündert. Heilige Stätten werden in Brand gesetzt, geplündert, zerstört und verunreinigt. Alte, weise Menschen werden ermordet. Alle, die die Geschichte der Völker und heutige menschliche Werte vertreten, sind das Angriffsziel der IS-Banditen. In unfassbarer Grausamkeit führt der IS seine widerwärtigen Angriffe als Feind der Völker und Glaubensgemeinschaften weiterhin fort. Die IS-Banden beschneiden kleine Mädchen, instrumentalisieren Frauen als Konkubinen als sexuelle Mittel zum Zweck, (...) und vergewaltigen und versklaven Frauen für ein bis zwei Stunden dauernde „religiöse Verlobun-

gen“. Wie die ezidische kurdische Parlamentsabgeordnete Viyan Daxil zum Ausdruck brachte, werden Frauen auf dem Markt verkauft, vergewaltigt und als Plündergüter betrachtet. (...) Obwohl es immer noch keine genauen Angaben zu den Zahlen gibt, wird von Tausenden von Frauen ausgegangen, die vom IS entführt und auf Sklavenmärkten verkauft oder vergewaltigt werden. (...) Die, die dem menschenrechtsverachtenden IS alle Arten von Unterstützung bieten, sowie die Staaten, die zu diesem Massaker schweigen, sind Mitverantwortliche. Vor allem die Türkei, Saudi Arabien, Qatar, die USA und EU-Staaten tragen Mitverantwortung an diesen Morden. Um ihre Interessen im Nahen Osten zu sichern, überlassen sie die dort lebenden Völker, Frauen, Religionen und Kulturen ungeheuren Massakern. Auch wenn die USA und EU-Staaten nun sagen, dass eine menschliche Tragödie bestehe und sie für humanitäre Hilfe sorgen werden, ist es offensichtlich, dass ihr Beitrag zur bisherigen Verbreitung und Radikalisierung der IS-Banditen dadurch nicht verschwinden wird. Genauso werden sie auch ihr Schweigen gegenüber den Angriffen auf das palästinensische Volk nicht verdecken können. Die Politik dieser Staaten ist eine Teile-und-Herr-

sche-Politik, die Konflikte zwischen ethnischen und religiösen Gruppen im Nahen Osten nährt, um die Region von sich abhängig zu machen, um sie dann so für ihre imperialistischen Interessen ausnutzen zu können.

Als Reaktion auf diese Politik erstellen die kurdischen, arabischen, armenischen und assyrischen Völker nun eine gemeinsame Verteidigungskraft. (...) Sie versuchen sich nach dem Prinzip der legitimen Selbstverteidigung zu schützen und zu verteidigen. Die Frauen und Männer der Guerillaeinheiten, die derzeit in Rojava [Westkurdistan im Norden Syriens] und Südkurdistan [im nördlichen Irak] Widerstand leisten, stehen nicht nur für die Frauen und die Völker in Kurdistan und im Nahen Osten, sondern für alle progressiven, Freiheit suchenden, demokratischen, Widerstand leistenden Frauen und die Würde aller Menschen. Als die Europäische Kurdische Frauenbewegung rufen wir jede/n, die/der auf der Seite der Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung ist und jede/n Widerstand leistende/n zur Unterstützung auf. Wir rufen alle zu geistiger und materieller Unterstützungs- und Solidaritätsarbeit auf. Wir rufen jede/n dazu auf, sich mit dem Volk in Şengal und Kurdistan zu solidarisieren!

Vergewaltigungen, Zwangsprostitution und Frauenhandel sind Bestandteil von Eroberungs- und Bürgerkriegen, auch von sogenannten „Befreiern“ und bei neokolonialen „Friedenseinsätzen“. Wir wissen es aus der grausamen sexistischen Geschichte; ob in der Geschichte in Japan und Nazi-Deutschland, ob im Krieg in Ruanda oder im ehemaligen Jugoslawien, wo Massengewalt von Frauen Teil des Krieges waren. Mit der anschließenden Stationierung der internationalen „Friedenstruppen“-Soldaten u.a. in Bosnien im aufgeteilten Jugoslawien wuchsen Prostitutions- und Frauenhandelstrukturen. Benannt und infrage gestellt wird dies, wenn Frauenbewegungen sie anklagen. Dabei sind diese zusätzlich damit konfrontiert, dass Vergewaltigungen und anderer sexistischer Terror gegen Frauen für rassistische Kriegshetze benutzt wird, wie z.B. im Jugoslawienkrieg. Oder damit, dass die Unterdrückung von Frauen als neoliberale, pseudodemokratische Legitimierung von Angriffskriegen dargestellt wird, wie z.B. von der USA im Krieg gegen Afghanistan. Aber auch in der alltäglichen Berichterstattung sind diese patriarchalen Bilder präsent, auch in großen Teilen der linken und anderen sozialen Bewegungen. Über die brutalen sexistischen Angriffe und die Versklavung von Frauen durch die religiös-faschistischen Kampfverbände der IS hat „Cenî-kurdisches Frauenbüro für Frieden“ und die „Frauenbegegnungsstätte Utamara“ Informationsdossiers im September veröffentlicht. (siehe u.a. www.utamara.org) Sie bezeichnen diese Angriffe als „einen brutalen Krieg gegen Frauen“ und als Feminizid. Sie fordern darin humanitäre Hilfe für die Menschen und insbesondere der Frauen in Irak und Syrien, politische Unterstützung für die Frauenbewegung und basisdemokratischen Strukturen vorort, Solidarität mit den Flüchtlingsfrauen in Europa und Kampf gegen frauenfeindliche Weltbilder.

Songül Talay, Vorstandsmitglied des kurdischen Cenî-Frauenbüros für Frieden in Düsseldorf sagt in einem Interview in der Tageszeitung junge Welt vom 23.8.2014: (...) „Es ist nicht nur ein Genozid, ein Völkermord, sondern auch ein Feminizid. (...) Über Waffenlieferungen wird zu viel diskutiert. Humanitäre Hilfe wird dagegen nicht ausreichend, nicht schnell und effektiv genug geleistet. Die Befreiungsbewegungen können sich schon selber helfen. Vielmehr sollte endlich ein Stopp aller Waffenlieferungen erfolgen; in erster Linie dürfen Saudi-Arabien, Qatar, aber auch das NATO-Mitglied Türkei nicht mehr beliefert werden. Denn letztere reichen sie

weiter an die Terrororganisation IS. Das ist der Skandal. Deshalb sollten westliche Regierungen politischen Druck auf diese Staaten ausüben. Es macht keinen Sinn, sie weiterhin mit Waffen zu versorgen – und zugleich die Gegenseite, die kurdischen Organisationen, aufzurüsten. Dann wird der Krieg nie ein Ende nehmen. Das kurdische Volk ist selber in der Lage, sich zu verteidigen. Machen wir uns doch nichts vor: Militärische Interventionen von außen dienen doch meist dem Zweck, ethnisch verfolgte Völker abhängig zu machen, um diese anschließend für eigene imperialistische Machtinteressen auszunutzen. (...) Dieser Konflikt ist nicht militärisch zu lösen, sondern nur politisch. Dies betonen auch die betroffenen Frauen im Nordirak uns gegenüber immer wieder. Auch die USA würden besser daran tun, die humanitäre Hilfe zu verstärken. Es kommt zuwenig bei der Bevölkerung an.“

Während diese Zeilen geschrieben werden, wird Kobanê in Rojava (Westkurdistan in Syrien an der Grenze zur Türkei) von den IS-Faschisten von allen Seiten angegriffen und von den Selbstverteidigungskräften YPG/YPJ (Yekîneyên Parastina Gel, dt.: Volksverteidigungseinheiten; Yekîniyên Parastina Jin; dt.: Frauenverteidigungseinheiten) verteidigt. An der Grenze im Norden rüstet das türkische Militär und das türkische Parlament verlängert das Mandat (von 2012) nach Syrien und Irak einmarschieren zu „dürfen“ mit dem Vorwand eine Pufferzone aufzubauen. Dies bedeutet jedoch nichts anderes als die kurdische Selbstverwaltung und „Demokratische Autonomie“, die im Jänner dieses Jahres ausgerufen wurde, zerstören zu wollen. Bereits am 31.08.2012 erklärte Davutoğlu im Gespräch mit der regierungsnahen Tageszeitung Yeni Safak, "dass die Türkei eine kurdische Autonomie mit offiziellen Status nicht dulden würde. (...) Gebilde, die unter der Kontrolle der PKK, ähnlich wie die im Kandilgebirge sind nicht zu akzeptieren“ (auf civaka azad). Am 7.10.14 wurde in der österreichischen Tageszeitung Standard die aktuelle Aussage des neuen Nato-Generalsekretär abgedruckt „es liegt in der Verantwortung der Allianz, alle verbündeten Länder zu schützen (...) die Türkei soll wissen, dass die Nato da sein wird, sollte es Angriffe auf die Türkei (...) geben“.

In vielen großen Städten in Europa organisiert verstärkt seit Anfang Oktober die kurdische (Frauen)Bewegung in Europa zeitgleich Mahnwachen, Hungerstreiks, Demonstrationen; in Wien vor dem Parlament und dem UNO-Sitz, in Düsseldorf von der US-amerikanischen Botschaft In Brüssel sind kurdischen Demonstrierende in das EU-Parlament durchgedrun-

gen. In der Türkei begeben sich tausende Menschen zur Grenze, u.a. auch hunderte kurdische und türkische Frauen mit dem Aufruf der „Frauen für Frieden“, darunter auch eine anarchofeministische Delegation. Sie werden vom türkischen Militär mit Tränengas angegriffen und zurückgedrängt. In Ahmed (türk.: Diyarbakir) in Nordkurdistan in der Türkei gibt es Aufstände mit über 40 Toten und vielen Verhaftungen, und u.a. auch in Istanbul werden Proteste massiv von der Polizei angegriffen. **Der Widerstand von Kobanê gegen den IS ist nicht nur ein Kampf ums Überleben, es ist auch ein Kampf um eine Perspektive für die gesamte Region.** Bei einem feministischen Treffen im September sagt eine Gefährtin „Das ist wie bei der Spanischen Revolution. In Rojava, wie damals 1936 in Spanien, findet eine Revolution statt und in Rojava wird ein Weltkrieg geführt.“

verschickt von Cenî-kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V, vom 6.10.2014

**Solidarität mit dem Widerstand von Kobanê
Gemeinsam gegen den faschistischen Terror des Islamischen Staates (IS)!**

Der Kanton Kobanê in Rojava, im Norden Syriens, wird seit mehr als drei Wochen von den Terrorbanden des Islamischen Staates (IS) an drei Seiten, und von türkischen Truppen im Norden, belagert. Gegen ein drohendes Massaker an der kurdischen Bevölkerung Kobanês kämpfen zur Stunde an den Grenzen der Stadt Selbstverteidigungseinheiten der YPG/YPJ in einem entschlossenen und mutigen Widerstand mit leichten Waffen gegen die Panzer und eine schwere Artillerie des IS. Fast stündlich werden neue Angriffswellen des IS zurückgeschlagen. Die Gefahr eines Genozids ist offensichtlich und dürfte der Weltöffentlichkeit ausreichend bekannt sein. Die Enthauptungen von Journalisten und Helfern aus England und den USA ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Der Massenmord an Ezidinnen und Eziden, den der IS Mitte diesen Jahres im Nordirak in Şengal begangen hat, spricht eine deutliche Sprache. Tausende Männer, Frauen und Kinder wurden ermordet, hunderte Frauen wurden auf Sklavinnenmärkten verkauft und Zehntausende befinden sich auf der Flucht. Doch der IS ist keine plötzliche Erscheinung, er wurde und wird systematisch unterstützt von Saudi Arabien, Qatar und vor allem der Türkei. Täglich finden Waffenlieferungen durch die Türkei an den IS – gerade bei Kobanê – statt und es werden systematisch weitere Dschihadisten unter

den Augen des türkischen Militärs über die Grenze geschleust. Gleichzeitig werden Kurdinnen und Kurden an der Grenze zu Kobanê mit Gasgranaten und scharfer Munition von türkischen „Sicherheitskräften“ beschossen, weil sie der Bevölkerung von Kobanê zu Hilfe eilen wollen. Ziel der Türkei ist, das basisdemokratische Projekt der „Demokratischen Autonomie“ und somit die Kantone Rojavas mit Hilfe des IS zu vernichten. Dabei spielt sie ein doppeltes Spiel. Einerseits wird der IS gestärkt, andererseits dient der IS als Begründung für die Errichtung sogenannter Pufferzonen in Rojava, was de facto eine Aufteilung Rojavas zwischen dem IS und der Türkei bedeutet. Damit macht sich die Türkei massiv mitschuldig an dem Völkermord des IS in Şengal und den entsprechenden Versuchen in Rojava. Die Türkei ist bester Abnehmer deutscher Rüstungsgüter, ebenso wie Qatar. Wenn die Türkei nun Waffen an den IS liefert, so können dies auch deutsche Waffen sein, oder sie können durch deutsche Waffen ersetzt werden. In beiden Fällen steht die Bundesregierung in der Mitverantwortung. Anstatt aber endlich politischen Druck auf die türkische Regierung auszuüben, beschließt sie erneut Waffenexporte in die Region an Staaten, die den IS lange Zeit unterstützten und das offenbar noch immer, zumindest indirekt, tun.

Wir sehen uns einer Konstellation vergleichbar mit dem spanischen Bürgerkrieg in den 1930er Jahren gegenüber. Die VerteidigerInnen der Republik – wie heute in Rojava – wurden aus geopolitischen Überlegungen von fast der ganzen Welt fallen gelassen und der Faschismus konnte so wesentlich leichter seine Fratze über Europa erheben. Wenn wir jetzt nicht konsequent und gemeinsam überall dem Faschismus des IS entgegenreten, dann wird die Welt zu spät in einem Alptraum aufwachen.

Die multiethnischen und multireligiösen Selbstverwaltungsstrukturen im Kanton Kobanê und Rojava müssen endlich anerkannt und auf allen Ebenen – auch mit effektiven Waffen unterstützt werden, um ein Blutbad ungeheuren Ausmaßes noch verhindern zu können. Das dortige entwickelte Modell könnte beispielhaft für die Demokratisierung und die Frauengleichberechtigung im Mittleren Osten sein. Der menschenfeindliche IS dagegen ist eine Bedrohung für den Mittleren Osten und die gesamte Welt.

Mit dem Widerstand gegen den IS aber – wie zurzeit in Kobanê – wird die Menschlichkeit verteidigt!

Was bedeutet Kobanê, was bedeutet Rojava?

„Heute leistet die kurdische Frau in Rojava einen wichtigen Widerstand für alle Frauen dieser Welt. (...) Wir hoffen auch auf eure Unterstützung. Sowohl humanitäre Hilfe als auch politische Unterstützung sind für uns von großer Bedeutung.“

Hêvi Ibrahim, Sprecherin für den Kanton Afrîn, der Rätedemokratie Rojava am 1.2.2014 in der türkischsprachigen Tageszeitung Radikal

Eine Gefährtin sagt in einem Telefongespräch „die Frauenbewegungen in Europa haben verabsäumt sich mit der Revolution in Rojava auseinandersetzen“.

Kobanê ist eines der Kantone von Rojava. Rojava heißt „Westen“ und bezeichnet Westkurdistan im Norden Syriens zur türkischen Grenze. Im Jänner 2014 haben die drei Kantone Kobanê, Afrîn und Cizîre mit einer (unblutigen) Revolution (seid 2011) mitten im brutalen und blutigen Bürgerkrieg in Syrien die „Demokratische Autonomie“ in Rojava ausgerufen. Was bedeutet „Demokratische Autonomie“, Worte, die in Europa vielfach und oft als leere Worthülsen verwendet werden? Der kurdische Freiheitskampf der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) oft verkürzt oder vereinfacht als PKK (ArbeiterInnenpartei Kurdistans) bezeichnet, diskutiert diese Perspektive seit den 90er-Jahren, mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und mit der Auseinandersetzung über Entwicklungen von nationalen Befreiungskämpfen und Revolutionen zu chauvinistischen oder diktatorischen Nationalstaaten. Und sie, vor allem der Frauenbefreiungskampf in Kurdistan, analysieren dabei die Befreiungskämpfe von feministischen Bewegungen und Kämpfen von Frauen in nationalen Befreiungsbewegungen, ihre Perspektiven und Gründe von Niederlagen.

Die Perspektive wird nicht (mehr) in einem (National)Staat gesehen, denn dieser wird als eine patriarchale und kapitalistische Grundlage bzw. als dessen Überbau verstanden. Die Freiheitsperspektive wird in der basisdemokratischen Selbstverwaltung der Bevölkerung in Räten angegangen, die „Demokratische Autonomie“ oder auch „Demokratischer Konföderalismus“ genannt wird. „Legitime Selbstverteidigung“ ist grundlegender Bestandteil des „Demokratischer Konföderalismus“ um die Selbstorganisation der Bevölkerung zu schützen. Die Frauenbefreiung wird als Grundlage für alle Bereiche einer befreiten Gesellschaft gesehen, das beinhaltet, dass sich Frauen in allen Bereichen aktiv beteiligen und Frauen sich als eigenständige

Kraft autonom für ihre eigene Befreiung organisieren. Alle Bevölkerungsgruppen und gesellschaftliche Identitäten sollen sich in Räten organisieren, eigene Strukturen entwickeln, sich selbst verwalten und verteidigen und gemeinsam demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaften und ein kommunales Leben aufbauen. Sie diskutieren es nicht nur, sondern begannen es umzusetzen, in Nordkurdistan in der Türkei trotz zahlreicher Verhaftungen und Repressionen und als „Demokratische Autonomie“/ Rätedemokratie in Rojava.

„Die Frauenbefreiungsbewegung in Kurdistan hat im kurdischen Freiheitskampf bisher am umfassendsten feministische Inhalte grundlegend diskutiert und umgesetzt“, sagt eine türkische Freundin.

Zur Auseinandersetzung mit den Perspektiven des kurdischen Frauenbefreiungskampfes (in deutscher Sprache) siehe u.a. das Buch „Widerstand und gelebte Utopien. Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratische Konföderalismus in Kurdistan“, Herausgeberinnenkollektiv, Mezopotamien Verlag, 2012 sowie dem regelmäßigen „Kurdistan Report“ und zahlreiche weitere Veröffentlichungen, u.a. im Internet unter www.civakaazad.org - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, www.firatnews.com - Nachrichtenagentur ANF (Infos auf Englisch, Arabisch, Kurdisch, Türkisch) und www.tatortkurdistan.blogspot.de

Neuordnung im Mittleren Osten, Krieg in Syrien und die Revolution in Rojava

Was wissen wir eigentlich über die Geschichte, über Lebensbedingungen, Kolonisierung und Freiheitskämpfe im Mittleren Osten? Was wissen wir über die Frauengeschichte und Frauenbefreiungskämpfe? Was wissen wir von kriegerischen Hintergründen und internationalen Machtkämpfen aus dem Blickwinkel derer, die dort leben und kämpfen? Jenseits von eurozentristischer Selbstgefälligkeit, sondern mit gegenseitigem Interesse und für die umfassende Freiheit von Frauen? 2014 hat die Frauenbefreiungsbewegung in Kurdistan als weiteren Schritt die YJA-Koordination (Yekîtiya Jinên Azad, dt.: Einheit der freien Frauen) als konföderale Dachorganisation der KCK - Frauen gegründet. Das Mitglied der YJA-Koordination Leyla Agirî definierte in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ANF die IS-Angriffe als „männlichen Terror, unter dem Deckmantel des Islam“ und sagte, dass damit, dass Frauen als Zielscheibe dienen, die Zerstörung des

gesellschaftlichen Gefüges beabsichtigt werde. Gegen diesen „Terror“ schlug sie den Frauen den Aufbau einer demokratischen Einheitsfront vor. „Wenn wir uns den Mittleren Osten anschauen, sehen wir, dass die Kräfte der kapitalistischen Moderne mithilfe des Nationalstaaten-systems zur Entfremdung der Völker, Kulturen, Sprachen, Religionen und aller Identitäten voneinander sorgen, sie spalten und so lenken. Alle in der Region geschaffenen Staaten haben mit ihrer Ideologie des Nationalismus oder religiösem Fundamentalismus keine andere Rolle gespielt, als Anhängsel oder Agenten der kapitalistischen Moderne zu sein. Der Mittlere Osten mit seinem Gebilde der Nationalstaaten und der auf dieser Grundlage entwickelten Politik diente in den letzten Jahrhunderten als Bühne für viele große Kriege. Dieses konfliktreiche Kriegsklima hat die gesamte Gesellschaft, insbesondere die Frauen und Kinder, getroffen“, erklärte Agiri. „Wie man in Mossul sieht [am 10. Juni 2014 eroberte der IS, damals noch ISIS, Mossul im Irak], habt ihr Männer nicht so viel zu verlieren, aber die Zukunft der Frauen ist in Gefahr. Deshalb sage ich, lasst uns die gemeinsame Widerstandsfront der Frauen stärken. Eine Organisierung aller Frauen auf Basis einer demokratischen Einheitsfront ist notwendig. Alle Frauenorganisationen des Mittleren Ostens und die Frauen der Welt müssen sich um diese Organisierung zusammenschließen“, sagt Agiri in einem Interview in Ozgür Gündem, 08.07.2014

Die PYD CO-Vorsitzende (PYD-Partiya Yekîtiya Demokrat; dt. „Partei der Demokratischen Union“ in Westkurdistan/Rojava, gegründet 2003) Asya Abdullah sagt in einem Gespräch für die türkische Tageszeitung Radikal am 22.08.2013: „Im Mittleren Osten spielt die Frau derzeit nirgendwo eine aktivere Rolle als in der kurdischen Freiheitsbewegung. Das ist keine Propaganda, sondern Realität. Egal ob im politischen, im sozialen oder im militärischen Bereich, überall ist die Frau im Kampf vertreten.

Doch die Völker des Mittleren Ostens befinden sich im Würgegriff der vorherrschenden männlichen Herrschaftsmentalität. Das hat natürlich auch einen politischen Background. Wenn man an Politik denkt, kommen einem nur Männer in den Sinn. Das ist auch der Grund, weshalb die politischen, sozialen, ökonomischen und diplomatischen Probleme in dieser Region so tiefverwurzelt sind. Diese Probleme basieren auf einer patriarchalen Gesellschaftsordnung und der dazugehörigen Mentalität.

Eine Gesellschaftsordnung im Mittleren Osten, in der alle ihre Meinung frei zum Ausdruck bringen können, ist der größte Alptraum der Herrschenden. Genauso Angst haben sie vor dem Kampf der Frauen, weil dieser mit so einer Gesellschaftsordnung in Verbindung steht. Schauen Sie sich die Länder an, in denen der Arabische Frühling [2010 und 2011 in Tunesien, Ägypten, Algerien u.a. Staaten] geweht hat. Überall wurden nur die Entscheidungen der Männer durchgesetzt. Obwohl die Frauen eine wichtige Rolle bei den revolutionären Umwälzungen in den Ländern hatten, wurden sie beim Aufbau der neuen Systeme schlichtweg übergangen. In Syrien ist es zurzeit auch ähnlich. Schauen Sie sich die vermeintliche Opposition in Syrien an. Sie werden so gut wie keine Frau unter ihnen finden.

Ich frage mich, was für eine Revolution sie durchführen wollen, in der nicht alle Teile der Gesellschaft vertreten sind! Wie können sie von Freiheit und Demokratie sprechen, und dabei die Gleichberechtigung von Frauen und Männern einfach übergehen? Wie kann eine Gesellschaft frei sein, in der die Frauen nicht frei sind?

Die von äußeren Mächten unterstützten Gruppen und die Dschihadisten haben weder mit Demokratie noch mit irgendeiner Religion etwas gemein. Unserer Meinung nach benutzen sie auch den Islam nur für ihre eigenen Zwecke. Es sind nicht nur die kurdischen Frauen sondern alle Frauen Syriens, die im Visier dieser unmenschlichen Gruppen sind. Es gibt eine Vielzahl von Vergewaltigungsfällen. (...) In dieser Region haben KurdInnen, AraberInnen, ChristInnen, DrusInnen, SunnitInnen und AlawitInnen friedlich miteinander gelebt. Diese Gruppen greifen zugleich auch dieses friedliche Zusammenleben an. (...) Die kurdische Frau ist besonders in ihrem Visier. Das liegt daran, dass sich die kurdischen Frauen auch aktiv an den Kämpfen beteiligen. Diese Frauen verteidigen nicht nur sich selbst, sondern eigentlich alle Frauen Syriens.“

Syrien

Syrien stand 1920-1946 unter französischem Protektorat. In Syrien gibt es mehrere Kulturen, ethnische Gruppen und Konfessionen. Bei der Gründung Syriens wurde u.a. die Grenze zwischen Syrien und der Türkei durch den Verlauf der Bagdadlinie festgelegt und dadurch gab es im Norden drei kurdische Enklaven. In Syrien leben rund 3 Mio. KurdInnen,



aus: Informationsdossier von Utamara

ca. 14.5% der gesamten Einwohnerzahl, davon sind zehntausende nicht einmal als StaatsbürgerInnen anerkannt worden. Der größte Teil von ihnen lebt in den Städten wie Qamişlo, Kobanê, Efrîn, Amudê oder Dêrik, die die kurdische Bewegung heute als Rojava, Westkurdistan bezeichnet. Im Generalgouvernement Al-Hasaka, im Nordosten und Osten Syriens liegen die größten Erdölvorkommen Syriens und haben daher eine besondere strategische Relevanz. (aus "Revolution der Frauen" auf civaka azad) In einem Interview im Jahr 2012 mit der JINHA Journalistin Hazal Peker (JIN Haber Ajans; dt.: Frauen Nachrichtenagentur, gegründet am 8.3.2012) sagt İlham Ahmet, Mitglied des DBK (Desteya Bilind a Kurd; dt.: Hoher Kurdischer Rat): „Syrien hat eine historische Bedeutung. Und die Entwicklungen in Syrien werden eine Reihe von Veränderungen, die über Syrien hinausgehen, mit sich bringen. Insbesondere für die Staaten, die eine Vormachtstellung in der Region spielen, hat es deshalb eine besondere Rolle, in welche Richtung sich Syrien entwickelt. Man darf nicht vergessen, dass das internationale Kapital und die äußeren Mächte bereits mit dem Irak-Krieg [1991 und 2003] begonnen haben, ihre Projekte für den Nahen und Mittleren Osten umzusetzen. Nach dem Irak mussten dann auch andere Staaten dran glauben. Syrien spielt nun hierbei eine Schlüsselrolle, denn die Auswirkungen eines Regimewechsels in diesem Land werden weitaus größer sein, als beispielsweise in Ägypten oder Libyen. Und deswegen hat jede Macht seine eigenen Kalkulationen hinsichtlich Syriens. Wir reden hier also nicht bloß von einem Aufstand des Volkes oder einem Bürgerkrieg, denn auch die äußeren Mächte spielen eine gewichtige Rolle in diesem Konflikt. Dieser Krieg verläuft so blutig, weil es eben auch eine russische Front oder eine europäische Front gibt. Jede dieser Mächte versucht in Syrien ein System nach ihren Vorstellungen zu installieren. Und jede dieser Mächte hat selbstverständlich auch große Angst, ihren Einfluss in Syrien zu verlieren. Denn sollte das geschehen, wäre das praktisch gleichbedeutend damit, dass diese Mächte auch in der ge-

samten Region nichts zu sagen hätten und dadurch kein Stück des Kuchens im Mittleren Osten mehr erhalten würden. Durch diesen Wirrwarr an Machtinteressen in Syrien herrscht allerdings auch eine ernsthafte Gefahr vor, dass das Land dreigeteilt werden könnte. Dann würde es vermutlich zu einem alawitisch-arabischen, einem sunnitisch-arabischen und zu einem gemeinsamen kurdischen und christlichen Teilstaat in Syrien kommen. Diese These wird von vielen Kreisen angesichts der Eskalation der Situation als nicht unrealistisch angesehen. (...) Wir können deutlich sagen, dass die KurdInnen die dritte oppositionelle Kraft, nach den äußeren Mächten wie Europa und islamischen Opposition im Inland, sind (...) während das System und die übrige Opposition einen blutigen Kurs fahren (...). Es ging uns nicht darum, sofort die Waffen in die Hand zu nehmen und sie gegen das Regime zu richten. Wir wollen unser Ziel eines demokratischen Syrien mit friedlichen Mitteln umsetzen. Wegen diesem Kurs wurden uns von vielen Seiten Vorwürfe gemacht. „Warum kämpft ihr nicht? Ihr leistet gar keinen Widerstand“, hieß es von verschiedenen Kreisen. Aber wir haben versucht zu erklären, dass wir unseren Kurs für den richtigen Weg erachten. (...) Wir sagen, dass sowohl das Regime als auch die Opposition falsch an die Sache herangehen. Beiden Seiten geht es nur darum sich an der Macht zu halten bzw. die Macht an sich zu reißen. Die KurdInnen agieren da schlauer und bauen gegenwärtig ihre kommunalen Verwaltungsstrukturen in ihren Ortschaften auf.“

„ (...) auf der anderen Seite nehmen im restlichen Land die Gewalt gegen die Frauen und ihre Unterdrückung neue Dimensionen an. In dieser Phase sind Frauen nicht nur Opfer der Baath-Diktatur, sondern auch Betroffene der Gewalt und Unterdrückung durch oppositionelle Gruppen in Syrien. Frauen, die sich gegen die Gewalt- und Leugnungspolitik des Baath-Regimes zur Wehr setzen, werden zu Opfern von Baath-Gegnern, die unter dem Deckmantel des Islam Frauen verhaften, foltern und vergewaltigen. Von vielen Frauen fehlt jegliche Spur und es ist nicht dokumentiert, welcher Willkür sie ausgesetzt sind. Den geflüchteten Frauen, die zumeist in Flüchtlingscamps leben, geht es nicht besser, weil sie einer paternalistischen Alltagspraxis ausgesetzt sind. Frauen, die dieses »Schicksal« nicht hinnehmen und sich gegen die oben genannten Umstände wehren, erwarten Belästigungen, Erniedrigung, Vergewaltigung. (...) Wie in jedem Krieg sind auch

in Syrien Frauen und Kinder die Opfer, die am meisten leiden müssen. Banden, die sich mit dem Islam identifizieren, predigen, dass die Vergewaltigung der Frauen erlaubt sei. Bizarre Gesetze, wie das über die Dschihad-Ehe, die als Mittel der sexuellen Befriedigung der Dschihad-Kämpfer dient, breiten sich immer mehr aus. Frauen aus unterschiedlichen arabischen Ländern werden zum Zwecke der sexuellen Befriedigung nach Syrien geholt. (...) Etliche Frauen machen das auch aus der Überzeugung heraus, dass die Befriedigung von Dschihadisten ihnen den Weg in den Himmel ebnet. Dieser Zustand kann mit der gesellschaftlichen Erniedrigung und Herabwürdigung von Frauen erklärt werden. Auf der anderen Seite dient er als Waffe gegen die Organisation und den Widerstand der Frauen. Jede/r weiß, dass Rojava unter der Führung kurdischer Frauen einen großartigen Widerstand gegen das Patriarchat geleistet hat. Jegliche Form der Unterdrückung wird mit allen Mitteln bekämpft. Diese Entwicklungen sind natürlich ein Dorn im Auge reaktionärer Kräfte und somit ein Kriegsgrund. (...)“ (Ilham Ahmet, aus „Perspektiven der Frauen in Rojava“ auf civaka azad)

Die Revolution in Rojava

Der erste größere Aufstand begann im Mai 2011 in Kobanê. Dort hat die Bevölkerung in einer organisierten Aktion die Ländereien, die das Assad-Regime vor langer Zeit beschlagnahmt hat, wieder unter ihre eigene Kontrolle gebracht, beschlagnahmten sozusagen ihr eigenes Land zurück. Zum Schutz des Landes wurden zudem bewaffnete Selbstverteidigungseinheiten - die sich schon seit 2004, nach rassistischen Angriffen gegen KurdInnen und kurdischen Aufständen mit mehreren Toten, entwickelte - aus der Mitte der Bevölkerung organisiert, die die Ländereien erfolgreich beschützten.

Die Revolution begann in der Nacht vom 18. auf dem 19. Juli 2012. Um ein Uhr nachts Ortszeit nahmen die Selbstverteidigungseinheiten der YPG die Straßen, die in die Stadt hinein- und hinausführen unter ihre Kontrolle. Die Bevölkerung setzte zeitgleich die Belagerung und Einnahme aller staatlichen Institutionen der Stadt ein. Schließlich versammelte sich die Bevölkerung vor dem Militärstützpunkt der Assad-Armee in Kobanê. Eine Delegation aus der Bevölkerung ging hinein um mit dem Militär zu verhandeln. Sie sollten ihre Waffen abgeben und man werde für ihre Sicherheit garantieren, das



Frauen organisieren Seminare für Frauen. aus Revolution der Frauen in Rojava, von Anja Flach, auf civaka azad

war das Angebot der kurdischen Seite. Und angesichts der Ausweglosigkeit gegenüber den Volksmassen willigten die Soldaten ein. Später kehrte ein Teil der ehemaligen Soldaten zu ihren Familien in die arabischen Städte zurück, während ein anderer Teil es aufgrund der Bedrohung durch die Freie Syrische Armee vorzog, in Kobanê zu bleiben. Von Kobanê aus weitete sich die Revolution in den darauffolgenden Tagen auf weitere Städte Westkurdistans aus. (aus: „Die Revolution in Kurdistan“ auf Civaka Azad). „In den kurdischen Gebieten haben wir uns mit der organisierten Kraft des Volkes von der Herrschaft des Staates befreit. Die staatlichen Institutionen sind aus Kurdistan verbannt wurden. Die Gebäude einstiger offizieller Einrichtungen werden nun durch die Selbstverwaltungsstrukturen der Demokratischen Autonomie genutzt“, sagt Delsha Osman, Mitglied der Koordination der Frauenbewegung „Yekitiya Star“ in Westkurdistan.

Und Asya Abdullah von der PYD sagt in einem Interview mit ANF im Oktober 2012: Die Demokratische Autonomie „ist ein neues Modell der Selbstverwaltung, nicht nur für die KurdInnen, sondern für den gesamten Mittleren Osten. Und wir sind die ersten die es umsetzen. (...) alle bisherigen Führungen und Systeme wurden hierarchisch von oben nach unten organisiert, aber bei uns läuft es von unten nach oben. Das ist insbesondere eine neue Lebensphilosophie.“

Frauenbewegung, Frauenräte und Frauenzentren

Die Organisation der kurdischen Frauen in Rojava heißt „**Rojavayê Kurdistanê Yekitiya Star**“ – zu Deutsch „Westkurdische Verband Star“. Star ist in der kurdischen Mythologie der Name der ersten Göttin Ishtar und bedeutet im heutigen Sprachgebrauch auch Stern. Sie wurde 2005 gegründet. Alle Frauen, die sich in Westkurdistan in sozialen, politischen Bereichen und Bereich der Selbstverteidigung engagieren, sind stets auch Mitglied der Yekitiya Star. (auf Civaka Azad).



aus: Revolution der Frauen in Rojava, von Anja Flach, auf civaka azad

Delsha Osman Mitglied der Koordination der Frauenvereinigung »Yekitiya Star« sagt: „Wir können die Situation in Westkurdistan und Syrien nicht losgelöst von den Entwicklungen im Mittleren Osten und in Nordafrika betrachten. Auch viele Frauen haben sich an diesen Aufständen (...) mit großen Hoffnungen und Emotionen beteiligt. Allerdings waren sie nicht organisiert. Deshalb konnten sie ihre Forderungen nicht durchsetzen und wurden vereinzelt aus der Öffentlichkeit zurückgedrängt. Demgegenüber können Frauen in Westkurdistan heute auf die Analysen und die 30-jährige Erfahrung der Organisation der kurdischen Befreiungsbewegung zurückgreifen. Das war die Grundlage, die den Weg dafür geöffnet hat, dass wir unter dem Namen »Yekitiya Star« im Jahr 2005 unsere eigene Organisation aufbauen konnten. Yekitiya Star ist zu einer neuen Identität geworden, über die sich Frauen definieren und organisieren können. Die Zielsetzung von Yekitiya Star ist es, eine demokratische, ökologische und geschlechterbefreite Gesellschaft aufzubauen und als Frauen eine treibende und gestaltende Kraft in diesem Prozess zu sein.“

In „Revolution der Frauen in Rojava“ auf civaka azad schreibt Anja Flach: „[die] Gebiete [in Rojava] sind sehr unterschiedlich geprägt. Während in Afrin (...) die kurdische Gesellschaft eher klein-bourgeoise Züge trägt, sind in der Region Kobanê eher feudale Clanstrukturen; dies hat auf der einen Seite [bestimmte] stark patriarchale Strukturen zur Folge, auf der anderen Seite sind die kommunalen Werte nicht zerstört wie in den kapitalistischen Gesellschaften“. „Früher konnten wir als Frauen nicht am öffentlichen Leben teilnehmen. Entweder stand uns unser Vater oder unser großer Bruder im Weg“, sagt Zeynep Muhammed, eine Koordinatorin der Frauenvereinigung Yekitiya Star. In Rojava sind die Frauen heute eine treibende Kraft in der Rätedemokratie, denn „die Frau kann in den Bereichen, in denen sie organisiert ist, die männliche Dominanz hinterfragen und bekämpfen“, sagt eine kurdische Aktivistin. Sie organisieren sich eigenständig, bauen Frauenräte und Frau-

enzentren in den befreiten Kommunen und Städten auf und spielen eine tragende Rolle in den allgemeinen Volksräten, Komitees, den Bildungseinrichtungen und in den Volksverteidigungseinheiten. In allen allgemeinen Institutionen, in den Dorf-, Stadtteil- und Stadträten und Komitees wurde eine 40%ige Geschlechterquote eingeführt. Bei der Vertretung

bzw. den Vorsitz dieser Strukturen gibt es eine geschlechterparitätische „Doppelspitze“, die nicht überall aber in den meisten Strukturen umgesetzt wurde.

So werden in den Stadtteilen und den Dörfern **Frauenräte** organisiert, die Frauenkommunen heißen. Aus Vertreterinnen der Frauenkommunen setzt sich der Frauen-Stadtrat zusammen und diese entsende Delegierte an den Frauenrat des Kantons. Zuletzt gibt es noch eine Frauenkoordination, der sich aus den Frauen der drei Frauenräte der Kantone zusammensetzt. „In allen Städten Rojavas wurden Frauenräte mit 150 bis 250 Mitgliedern gewählt, um die politischen Interessen der Frauen zu vertreten. Die Frauenräte sind das verbindende und beschlussfassende Gremium aller Frauen. (...) Nuha Mahmud erklärt z.B. dass auch zahlreiche arabische und christliche Frauen sich an den Rat wenden, z.B. wenn die Frauen den Wunsch haben sich scheiden zu lassen. (...) [auch aufgrund] sexueller Gewalt wenden sie sich an Räte. (...) [U.a.] Im Mittleren Osten [werden] Frauen, die vergewaltigt wurden, oft von ihren Familien verstoßen, manchmal sogar ermordet. Daher hätten Frauen logischerweise oft geschwiegen, nun sieht es anders aus.“, schreibt Anja Flach in „Revolution der Frauen in Rojava“.



Eingang der Frauenakademie in Amudê, aus: Revolution der Frauen in Rojava, von Anja Flach, auf civaka azad

Die Frauen bauen ihre eigenen **Frauenbildungseinrichtungen und Frauenzentren** u.a. unter dem Namen „Navenda Zanist û Perwerdeyê Jinê“ (Frauen-Forschungs- und Bildungseinrichtungen) auf. Die Frauen kommen in diese Zentren, um mit anderen Frauen über ihre familiären und sozialen, gesellschaftlichen Probleme zu sprechen und um gemeinsam Lösungen für diese zu finden. Delsha Osman sagt: „Dutzende Frauen konnten vor dem Tod bewahrt werden. Es wurde verhindert, dass sie Opfer von „Ehrenmorden“ werden. In diesen Häusern finden Frauen

Solidarität und Unterstützung.“ Zusätzlich gibt es ein wöchentliches Bildungsangebot für die Frauen. Bei diesen Bildungsveranstaltungen geht es dann um Themen wie den gesellschaftlichen Sexismus, die Geschichte der Frau, die Demokratische Autonomie oder die legitime Selbstverteidigung.

Von der Yekitiya Star wurde auf der Konferenz des Volksrates in die Vollversammlung wichtige Beschlüsse eingebracht und diese wurden auch angenommen: + Morde „im Namen der Ehre“ werden als Verbrechen gegen Frauen und die Gesellschaft verurteilt und bestraft. + Patriarchale Praktiken wie die Verheiratung im jungem Alter, arrangierte Ehen bei der Geburt, Zwangsverheiratung usw. werden geächtet und nicht akzeptiert. + Verheiratete Männer, die zusätzlich eine weitere Frau heiraten, werden aus allen Organisationen und Gremien ausgeschlossen. + Für die „Frauenarbeit“ als Frauenorganisation für Frauenbefreiung gilt eine gemeinsame Verantwortung. Zum Beispiel können Männer die Frauenarbeit unterstützen, indem sie sich mit sich selbst auseinandersetzen und ihre patriarchalen Denk- und Verhaltensweisen überwinden.

Gleichzeitig bauen sie eine Zusammenarbeit mit Frauen anderer Bevölkerungsgruppen auf. „Wir haben gemeinsame Plattformen mit arabischen, assyrischen und ezidischen Frauen sowie Beziehungen zu verschiedenen Frauen und Frauenorganisationen aufgebaut. Ein wichtiges Anliegen ist es hierbei, ein demokratisches Zusammenleben aller Volksgruppen und Religionen mit ihrer eigenen Identität zu verwirklichen sowie Nationalismus und religiösen Spaltungen entgegenzuwirken“, sagt Delsha Osman von der Yekitiya Star

Räte, Volkshäuser, Volksbildung, Schulen, Gesundheitsversorgung, Grundversorgung, kommunale Ökonomie, ein eigenes Rechtssystem und ein neuer Gesellschaftsvertrag.

Die Selbstverwaltung durch Rätedemokratie wird mit Volksräten, Frauenräten, Räten von Bevölkerungs- und religiösen Gruppen aufgebaut. Die unterste Organisationsstruktur ist die Kommune, die meist aus 30-150 Haushalten besteht. Die nächsthöhere Organisationsstruktur ist in einem Stadtteil bzw. in einer Dörfergemeinschaft, die etwa 7-10 Dörfer umfasst, dann folgt die Organisation auf Kommunalebene und in Kantonen. Den Räten sind Komitees angegliedert. Es gibt spezifische Komitees für Politik, Frauen, Jugend, Bildung, Recht, Gesundheit, Sicherheit und kommunale Dienste.

Ihre RepräsentantInnen sind auch in den Räten vertreten. Jedes Komitee hat seinen Arbeitsbereich und sie versammeln sich monatlich, um ihre Aktivitäten zu bewerten. In den Mala Gel (dt.: **Volkshäuser**) wird das gesellschaftliche Leben neu gestaltet. In ihnen arbeiten die gewählten VertreterInnen der Volksräte Westkurdistans und kümmern sich um die Anliegen der Bevölkerung.

Aufgrund der neuen Lebensphilosophie der Selbstverwaltung wird auf die Bildung der Bevölkerung besonderen Wert gelegt. „Alle Mitglieder der Komitees und der Verwaltung nehmen an der Ausbildung in den allgemeinen **Volksakademien** teil, wo das neue Paradigma detailliert erläutert wird. Zudem findet Unterricht statt zu Themen wie demokratische Kultur und Selbstverwaltung. Für die Bevölkerung selbst gibt es in den Stadtteilen und den Dörfern regelmäßig Seminare und Diskussionsrunden. Und in regelmäßigen Abständen organisieren wir Volksversammlungen. Dort wird über die politische Situation und über Lösungen für gesellschaftliche Probleme diskutiert. Wir nehmen die Kritik, Vorschläge und Bewertungen aus der Bevölkerung sehr ernst“, sagt Asya Abdullah von der PYD.

In jedem Dorf und Stadtteil wurden für Kinder und Jugendliche **Schulen** neu aufgebaut, die an die jeweiligen Volksräte gebunden sind, und in der in kurdischer Muttersprache unterrichtet wird (was bisher verboten war). Alle Bedürfnisse der Bevölkerung, von Gesundheit bis Sicherheit, werden durch die Komitees abgedeckt. Es wurde ein eigenes **Gesundheitssystem** geschaffen. Aber es gibt natürlich auch Einschränkungen, Engpässe und Schwierigkeiten, vor allem durch die Kriegssituation in Syrien in der täglich hunderte Menschen getötet werden; aber auch durch das Embargo - u.a. von der Türkei und der Regionalregierung in Südkurdistan (im Nordirak) - gibt es Schwierigkeiten bei Strom, Wasser und auch bei Medikamenten.

Die neuen Organisationsmodelle für Ökonomie werden als kollektive, **kommunale Ökonomie** bezeichnet, manche nennen sie auch gesellschaftliche Ökonomie. Dara Kurdaxi, Wirtschaftswissenschaftlerin und Vertreterin des Komitees für wirtschaftliche Belebung und Entwicklung von Afrin sagt in einem Gespräch mit ANF: „Es soll kein kapitalistisches System sein, das seiner Umwelt keinen Respekt zollt; und auch kein System, das die Klassenwidersprüche fortsetzt und letzten Endes nur dem Kapital dient“. Sie erklärt das Wirtschaftsmodell Rojavas als Antwort auf den Neoliberalismus

der kapitalistischen Moderne und als Kritik am Staatskapitalismus realsozialistischer Prägung. (...) Eine volksnahe Wirtschaft sollte deshalb auf Umverteilung und Nutzorientierung beruhen, statt sich ausschließlich an der Anhäufung und am Raub von Mehrwert und Mehrprodukt zu orientieren. Die hiesigen Wirtschaftsstrukturen schaden nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Natur. (...) [Die] Auswirkungen der hiesigen Finanzwirtschaft [und] die künstliche Erzeugung von Bedürfnissen, die immer abenteuerlichere Suche nach neuen Absatzmärkten und die maßlose Gier nach immer gigantischeren Gewinnen lassen die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter wachsen und das Heer derer größer werden, die an der Armutsgrenze leben bzw. vor Hunger sterben. (...) Das Modell Rojavas soll ein Modell für den ganzen Mittleren Osten sein.“ (aus: Rojava-der Aufbau einer ökonomischen Alternative, auf civaka azad)



Collage aus Bild vom Spanischen Bürgerkrieg und dem kurdischen Widerstand

Eine besondere Bedeutung hat das neue **Rechtssystem**. (Informationen aus: „Der Konsens ist entscheidend“, Kurdistan Report 175, Sept/Okt 2014) Auf der untersten Ebene arbeiten die „Friedens- und Konsenskomitees“, die in den Dörfern und Stadtteilen gebildet wurden, von denen einige schon vor der Revolution tätig waren. Diese Komitees bestehen in der Regel aus fünf bis neun Personen mit einer Geschlechterquote von 40%. Die Mitglieder werden von den jeweiligen Volksräten gewählt. Damit wird eine traditionelle Struktur der „Ältestenräte“ aufgebaut, aber mit den Werten des **Gesellschaftsvertrages** von Rojava gefüllt, in dem Räte Demokratie, Geschlechterbefreiung und Menschenrechte festgeschrieben stehen. Diese Friedens- und Konsenskomitees und ihre Bedeutung in der Rätestruktur sind der grundlegende Unterschied zu den Rechtssystemen der kapitalistischen, realsozialistischen, parlamentarischen, diktatorischen oder anderen Staatsgebilden. Nur wenn ein Fall von diesen Komitees nicht gelöst werden kann, wird die nächste Stufe eingeschaltet. Schwere Fälle wie Mord, gehen direkt an die höhere Ebene. Auf der Kommunalen besteht eine Doppelstruktur dieser Komitees, ein allgemeines Komitee und

ein Frauenkomitee, die für Fälle von patriarchaler Gewalt, Zwangshe, Mehrehe, Vergewaltigung etc. zuständig sind. Diese Frauenkomitees sind direkt an die Frauenorganisation Yekitiya Star angebunden und sollen garantieren, dass sich in Fällen patriarchaler Gewalt nicht patriarchale Rechtsbesprechung durchsetzt. Auf der nächsten Stufe befinden sich in allen jeweils für ein Gebiet zentralen, größeren Städten die Volksgerichte (Dadgeha Gel). Die zugehörigen RichterInnen (Dadger) werden von den Justizräten und auch von jedem Menschen in den jeweiligen Gebieten vorgeschlagen, die Vorgeschlagenen müssen keine JuristInnen sein. Von den Volksräten auf Gebietsebene werden aus den Vorschlägen sieben Personen für jedes Gebiet gewählt. Die weiteren Stufen des Rechtssystems mit Berufungsgericht, Regionalgericht und Verfassungsgericht entscheidet sich kaum von anderen Staaten.

Legitime Selbstverteidigung

Der kurdische Freiheitskampf sieht seit Ende der 90er-Jahren, nach ausführlichen Diskussionen, nicht mehr den „Volkskrieg zur Befreiung von Kolonialherrschaft“, als strategisches Konzept, sondern die „Legitime Selbstverteidigung“. Diese beinhaltet eine soziale Revolution und internationale Perspektive und hat zum Ziel die Selbstorganisation der Bevölkerung zu verteidigen und zu schützen. „Die Organisation von Selbstverteidigungskräften ist eine grundlegende Voraussetzung, um gegen jede Form von Unterdrückung, Fremdbestimmung und Herrschaft einen eigenen Willen und Entscheidungskraft entwickeln zu können. Damit ist die Fähigkeit zur Selbstverteidigung das Fundament der Selbstbestimmung“, sagt Hevala Şervin, feministische Internationalistin im kurdischen Freiheitskampf. (in "Widerstand und gelebte Utopien") Die Frauenbefreiungsbewegung Kurdistans schreibt im „Aufruf zur gemeinsamen Organisation eines Weltfrauenkongresses“ 2010: „In der sexistischen Gesellschaft, in der wir leben, stellt nicht nur der Staat, sondern auch die Gesellschaft eine Quelle der Gewalt dar. In dieser Situation können Frauen, die keine Verteidigungsmöglichkeiten haben, in jedem Land und in jeder Kultur leicht zum Ziel von Gewalt werden (...) Frauen müssen sich gegenüber dem Staat genauso wie gegenüber organisierten Gewaltinstitutionen und unverhüllten gewalttätigen Angriffen in der Gesellschaft verteidigen“. Sie sehen Selbstverteidigung als eine wichtige Grundlage für die Frauenbewegung.



aus: Informationsdossiers von Utamara

Mit der Rätedemokratie in Rojava wurden eigenen demokratisch organisierte Selbstverteidigungskräfte YPG (Volksverteidigungseinheiten, seit 2004) und seit Anfang 2013 auch YPJ (Frauverteidigungseinheiten) geschaffen. Anja Flach schreibt in „Revolution der Frauen in Rojava“: Schätzungen zufolge verfügen die YPJ über 2000 Kämpferinnen (Ende 2013) im Alter zwischen 18 und 45 Jahren. In jeder Stadt gibt es Frauenzentren der YPJ und Frauenselbstverteidigungsakademien. Fast täglich gibt es Meldungen über den Aufbau neuer Fraueneinheiten. (...) Ronahi, eine der jungen YPJ Militanten, beschreibt, dass sie am Anfang sehr viele Probleme hatten, (...) sie wurden von der Bevölkerung, die Frauen in solchen Rollen nicht kannten, nicht akzeptiert, aber (...) das Bild der Frau hat sich sehr gewandelt.“ Die Volksverteidigungskräfte erhalten keine Bezahlung. Ortsansässige Familien übernehmen im Rotationsverfahren ihre Versorgung mit Lebensmitteln.

der KDP zurück und überließen die ezidische Bevölkerung dem Terror der IS. Die Selbstverteidigungseinheiten aus Rojava YPG/YPJ und die Verteidigungseinheiten der HPG/YJA-Star (Volksverteidigungseinheiten/Einheiten der Freien Frauen-Star des KCK-Systems) haben ihren Schutz organisiert, und einen Korridor freigekämpft. Sie brachten zehntausende Menschen nach Rojava. Sie leben dort seither in dem Flüchtlingslager Newroz.

Seit Mitte September 2014 wird der Kanton Kobanê in Rojava von dem IS an drei Seiten mit schweren Waffen angegriffen, und von türkischen Truppen im Norden, belagert. Gegen ein drohendes Massaker kämpfen die Selbstverteidigungseinheiten der YPG/YPJ in Kobanê.

Wer ist der IS - jenseits der Propaganda als „Islamischer Staat“ - und welche Machtinteressen sind Ursachen und Teil dieses Krieges? (Informationen aus: Informationsdossier von Utamara, KurdistanReport 175, Junge Welt und civaka azad) In seinem Herrschaftsgebiet regiert der IS mit brutalem Terror gegen



YPJ-Einheit in Kobanê, kobane-meres-kurdes.bataillon-17-08-2014, dazu auch auf youtube, aus Internet, Quelle unbekannt

Solidarität mit Rojava und dem Widerstand in Kobanê

Die Rätedemokratie wird schon seit 2012 und verstärkt seit Mitte 2013 von religiösen Kampfverbänden, vor allem von Al-Nusra (ein syrischer Al-Qaida-Ableger) und IS angegriffen. Bei der Eroberung von Mossul (im Irak) im Juni 2014 zog sich das irakische Militär unerklärlicherweise rasch zurück und hinterließ dem IS schwere Waffen aus den US-Beständen. Am 29.06.2014 rief der IS für ihren Herrschaftsbereich das Kalifat aus. Die Kriege und Machtansprüche werden international abgesprochen und kalkuliert. Es wurde bekannt, dass unter anderem Vertreter der KDP (Demokratische Partei Kurdistans der kurdischen Regionalregierung im Nordirak) und der Regierungen der USA sowie Großbritanniens gemeinsame Vorbereitungen für die Eroberung Mossuls im Frühsommer 2014 getroffen haben die der KDP Gebiete oberhalb des 36. Breitengrades und dem IS die Gebiete darunter zusicherte. (aus: Junge Welt, vom 26.9.14) Der IS hat sich nicht daran gehalten. Bei den Angriffen des IS auf Şengal (Südkurdistan/Kurdische Regionalregierung im Nordirak) zogen sich die Peschmergas

Frauen und Andersgläubige und gegen all jene, die sich ihnen nicht unterordnen wollen. Und sie machen Frauen, die sie bekämpfen, zu Sklavinnen. Der faschistische Terror wird nicht entschuldigt, sondern selbst noch zur Schau gestellt. Wieso können Menschen so grausam sein? Wir kennen auch die Bilder von Soldaten in NS-Faschismus, oder auch von US-SoldatInnen im Irak, die Bilder von Folter oder Massaker als Andenken fotografieren und verschicken. Die eigener Selbstherrlichkeit, der patriarchale Wahnsinn des Krieges und die berechnende Grausamkeit derer die sie aufrüsten und lenken, machen dies möglich.

Der religiös-faschistische IS bezieht sich auf den Sunnismus (eine Teilrichtung des Islam) und propagiert die Rückkehr zum sogenannten „ursprünglichen Islam“. Eine Verbindung von Religion und faschistischen Strukturen gibt es bei allen Religionen. Diese bestand u.a. auch im Spanischen Faschismus, Austrofaschismus und NS-Faschismus und aktuell z.B. bei den katholischen Abtreibungsgegnern wie HLI-Human Life International.

Unter den zahlreichen religiös-bestimm-

ten Kampfeinheiten ist der IS derzeit die stärkste. Seine Kämpfer rekrutiert der IS international hauptsächlich aus der Türkei, Tschetschenien, Nordafrika und Europa. Saudi-Arabien und Qatar liefern Waffen. Jordanien gewährt Freiräume zur Ausbildung. Die türkische Regierung unterstützt IS, indem sie militärische und medizinische Infrastruktur und ebenfalls Ausbildungsorte zur Verfügung stellt. Zudem betreibt die Türkei intensiven Handel mit der Organisation und kauft ihr viel Öl ab.

Seit der Krise in Syrien 2011 intensivieren sowohl die USA als auch der Iran ihren Machtkampf im Irak. Das derzeitige schiitische Regime im Irak hatte gemeinsam mit der USA die sunnitischen AraberInnen nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich umgangen. Diese Diskriminierung ließ sowohl die Armut der Menschen wachsen als auch (...) Unruhen maßlos ausweiten, was die eigentliche Grundlage für die Mobilisierung der sunnitischen Araber für den IS schuf. Die IS-Führung besteht zum großen Teil aus Militärs und Beamten der Ära Saddam Husseins und sie fand schnell Unterstützung, vor allem in Saudi-Arabien, Jordanien und den Golfstaaten, da diese ihre Expansionspolitik über den religiösen Sunnismus definieren. Die Türkei schloss sich dem Bündnis an, um einen Autonomiestatus für die Kurden in Syrien ähnlich dem Irak zu verhindern. Der „Westen“, die USA und einige europäische Staaten halten Saudi-Arabien und den Golfstaaten den Rücken. Die USA und EU wollen mit Hilfe des IS die Gesellschaften im Irak, im Iran und Syrien und Mittleren Osten spalten.

Was bedeuten die Luftschläge der „westlichen“ Militärs? Sie unterstützen bisher nicht die Selbstverteidigung in Rojava. Es werden in erster Linie die syrischen Stellungen des IS in den südlichen Teilen ihres Kontrollgebiets von der Luft aus angegriffen. Und die türkische Regierung? Sie schließt die Grenzen und bekämpft den kurdischen Freiheitskampf im eigenen Land. Eine sehr naheliegende Konsequenz wäre, dass die Türkei dazu gebracht wird einen Grenzzugang zu öffnen, damit sich Flüchtlinge in Sicherheit bringen, verletzte KämpferInnen versorgt werden können und jede Form von Unterstützung möglich ist.

Die Machtkämpfe sind schwer zu durchschauen, aber in diesem Konflikt stehen einander unterschiedliche Gesellschaftsmodelle gegenüber: **basidemokratische Selbstverwaltung oder neokoloniale Aufteilung.** *Biji berxwedana Kobanê*

(dt.: *Es lebe der Widerstand in Kobanê*).

Biji YPJ (dt.: *Es lebe die YPJ*).

Jin Jiyan Azadî (dt.: *Frauen Leben Freiheit*).

Autonome Feministinnen.

FrauenLesben aus Österreich u Deutschland

Oktober 2014

Hände weg von Ain Al Arab (Kobane)

Hände weg von Syrien!

Redebeitrag von einem Teilnehmer auf der Syrien-Demonstration am 15.10.2014, gekürzt

Wir sind solidarisch mit den Kurden und den anderen Völkern in Ain Al-Arab (Kobanè), die von den IS-Banden bedroht sind, wir finden es positiv, dass sich sehr viele Menschen und politische Parteien für sie einsetzen. Unsere Solidarität gehört aber auch allen anderen Menschen, seien es Kurden, Assyrer, Yessiden, Turkmenen, Alewiten und andere Minder- oder Mehrheiten, die nicht nur in Kobanè sondern auch im Rest von Syrien Opfer eines subversiven Krieges werden – Opfer der anti-syrischen Söldnerbanden, von denen Daesh (oder IS, ISIS, ISIL) wiederum nur ein Teil sind. Diese Todesschwadronen wurden von den imperialistischen Ländern und ihren regionalen Verbündeten geschickt, finanziert, trainiert und ausgerüstet.

Da die Medien nichts oder nur verzerrt darüber schreiben, denken viele, dass der Kampf um Kobanè unabhängig von der seit drei Jahren gegen Syrien und die ganze Region durchgeführten Aggression erfolgt. Indem die Weltöffentlichkeit nur auf einen Ausschnitt dieses Krieges fokussiert wird, kann leicht übersehen werden, wie viele Massaker gleichzeitig verübt werden – nicht nur im Rest von Syrien, sondern auch im Irak, im Libanon und anderen Ländern. (...)

Statt die von der ganzen Welt verurteilten Verbrechen des IS zum Anlass zu nehmen, um endlich die verbrecherische Ag-

gression gegen Syrien zu stoppen, versucht der Imperialismus im Gegenteil den Spieß umzudrehen und dank der bezahlten Kriegshetzer und der manipulierten Manipulatoren in den Medien gelingt ihm das sogar: Heute wollen viele die Tragödie von Kobanè instrumentalisieren, um den Krieg gegen ganz Syrien zu forcieren. Kaum jemand ist dabei so ehrlich wie die türkische Regierung, die ganz klar sagt, dass es ihr eigentlich um den „Regime change“ in Syrien geht. Das ist keine rein fatalistische Einstellung der türkischen Regierungspartei, sondern spiegelt die allgemeine imperialistische Position wider, auch wenn sich diese wieder mal unter einem humanitären Deckmäntelchen versteckt.

Wir gehen davon aus, dass der Imperialismus keine Absicht hat, die Kurden und die anderen Menschen aus Kobanè zu retten, sondern die dortige Tragödie nur zum Anlass nimmt, Syrien zu besiegen. Wenn sich US-Luftangriffe etwa heute die Zielaufgabe setzen, die Infrastruktur des IS in Syrien zu zerstören, dann zerstören sie in Wirklichkeit die syrische Infrastruktur, die derzeit vom IS besetzt ist. Wenn heute wieder wie beim Krieg gegen den Irak von Flugverbotszone und der Bewaffnung der angeblich moderaten syrischen Söldner die Rede ist, dann geht es dabei nicht im Entferntesten darum, etwas für die Rettung der Menschen in Kobanè zu tun, sondern

es geht um längerfristige Versuche, die Aufspaltung Syriens nach dreieinhalb Jahren der vergeblichen Aggression doch noch durchzusetzen. (...)

Wie verlogen die derzeitige Kampagne ist, zeigt sich auch, wenn wir uns die so genannte Anti-IS-Koalition im Konkreten ansehen: im Wesentlichen entspricht sie 1:1 der Anti-Assad-Koalition, die sich unter dem Namen „Freunde Syriens“ versammelt haben (wenn sie von Assad reden, meinen sie Syrien - so wie sie früher den Irak oder Jugoslawien meinten, wenn sie von Saddam oder Milosevic redeten). Zentrum dieser neuen Koalition zum Kampf gegen IS und zur Wahrung von Menschenrechten und Demokratie ist einmal mehr Saudi-Arabien, wo das Wort Demokratie eines der am seltensten benutzten Fremdwörter darstellt und jedes Monat mehr Menschen geköpft werden als in einem halben Jahr beim IS.

Auch innerhalb der kurdischen Bewegung gibt es einige Strömungen, die ihre Hoffnung derzeit auf den Imperialismus setzen und dafür auch sehr fragwürdige Bündnisse eingehen. Dazu gehören nicht nur die irakisch-kurdischen Parteien unter Barzani und Talabani (PUK und PDK), sondern auch Kräfte der syrischen Kurden, die eine Allianz mit der anti-syrischen FSA und einer islamistischen Oppositionsgruppe eingegangen sind, um den Kampf gegen den

IS zu verstärken. Tatsächlich sind diese Kräfte aber nicht an einer Rettung der Kurden, sondern wie der Imperialismus nur am Sturz der syrischen Regierung interessiert.

Weder das Bündnis mit den imperialistischen Staaten noch mit ihren regionalen Verbündeten würde den Kurden helfen, im Gegenteil würden sie damit ihre bisherigen wichtigsten Unterstützer verlieren und als Alibi für eine westliche Intervention dienen. Glücklicherweise haben in den letzten Tagen zumindest einige Sprecher kurdischer Organisationen den westlichen Plänen eine Absage erteilt und klar gemacht, dass sie aus den Erfahrungen der Geschichte gelernt haben und sich nicht wie-

der wie beim Krieg gegen den Irak als Bodentruppe für imperialistische Abenteuer missbrauchen lassen wollen.

Fazit:

Global spitzen sich die Widersprüche zu und der Imperialismus versucht, an möglichst vielen Plätzen der Welt gleichzeitig Konflikte zu provozieren, sei es in der Ukraine, sei es in Palästina, sei es in Hongkong, sei es im Sudan, wobei immer stärker auf die Methode des subversiven und des Stellvertreterkriegs zurückgegriffen wird.

Krieg als Krisenbewältigung ist natürlich keine neue Strategie, aber dennoch stehen wir aktuell an einem Wendepunkt

der Geschichte. Wir sehen nicht nur, wie Kriege überall ausbrechen, sondern auch, wie wir immer stärker selbst davon betroffen sind. Die Aggression nach außen geht mit der Repression nach innen einher und immer größere Kreise der Gesellschaft erfahren diese Eskalation der Gewalt ganz konkret am eigenen Leib. (...)

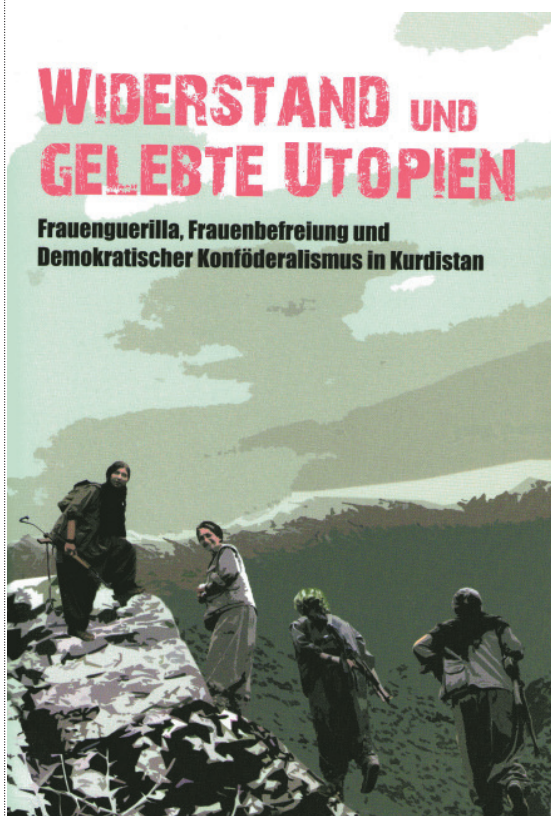
Hände weg von Syrien,

Hände weg von Ain Al-Arab/Kobané!

Stoppt die imperialistische Unterstützung von Söldnerbanden wie ISIS, Nusra und FSA!

Stoppt die Kriegshetze!

Buchvorstellung



Herausgeberinnenkollektiv
c/o Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Mezopotamien Verlag
1. Auflage September 2012
ISBN-978-3-941012-61-5
15 EURO, 592 Seiten, 15x22 Paperback

„Widerstand und gelebte Utopien“ basiert auf zahlreichen Interviews, die im Jahre 2010 mit Guerillakämpferinnen und anderweitig aktiven Frauen der kurdischen Frauenbefreiungsbewegung geführt wurden. Sie spiegeln die Utopien, Hoffnungen und Bedenken in einer Zeit wider, in der die kurdische Bewegung zwischen dem Aufbau einer alternativen Gesellschaft und dem Widerstand gegen die Vernichtungsversuche des türkischen Staates und seiner Verbündeten stand. Auf verschiedenen Reisen führten Frauen aus Westeuropa diese Interviews im Flüchtlingscamp Mexmûr, in Städten Südkurdistans, in den Bergen im Gebiet Kandil und der Medya-Verteidigungsgebiete. Ein Herausgeberinnenkollektiv hat die Interviews, die von verschiedenen Frauen aus Westeuropa durchgeführt wurden, zusammengetragen, thematisch strukturiert sowie durch Hintergrundinformationen und anschließende Gedanken über internationalistische und feministische Perspektiven ergänzt....

Bestelladressen:

Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstraße 125
40215 Düsseldorf
Tel: +49(0)211 989251, E-Mail: cenî_kurdistan@gmx.de

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel: +49(0)40 42102845, E-Mail: isku@nadir.org

Freiheit für Palästina!

Flugblatt der IA*PKP vom September/Oktober 2014

Israel bombardierte im August 2014 wochenlang die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen. Dieses Großteils von Flüchtlingen bewohnte Gebiet mit 1,8 Mill. EinwohnerInnen ist mit 360 qkm etwas kleiner als Wien. Bei den israelischen Bombardements gab es über 2000 tote PalästinenserInnen. Von Gaza aus wurde Israel mit nahezu wirkungslosen Raketen beschossen; es gab in Israel 4 Tote. Ein offensichtlich ungleicher Krieg. Was sind die Hintergründe?

Im Gaza-Streifen leben aus Israel vertriebene PalästinenserInnen und ihre Nachkommen. Sie fordern ein Rückkehrrecht in ihre alte Heimat.

Im heutigen Israel leben jüdische SiedlerInnen aus Europa und ihre Nachkommen (manche auch aus Nordafrika und anderen Teilen der Welt). Sie wollen, dass die PalästinenserInnen „endlich“ ihre Vertreibung „akzeptieren“ und eingepfercht in die Bantustans Gaza-Streifen und Westjordanien „endlich Ruhe geben“. Ein großer Teil der SiedlerInnen Israels stammt auch aus der ehemaligen Sowjetunion; dort gab es kaum Arbeitslosigkeit und eine relativ gute Sozialversorgung, aber Israel hat ihnen noch bessere Lebensbedingungen versprochen. Jetzt leben sie in einer Neubausiedlung z.B. in der Negev-Wüste und wollen weiterhin eine gute Sozialversorgung. Viele von ihnen sagen (auf Russisch, weil die hebräische Staatssprache ihnen fremd geblieben ist):

Nur weil die Scheiß-Araber keine Ruhe geben, haben wir hier Sozialkürzungen. Deswegen demonstrieren sie für die Fortsetzung der Bombardierung des Gaza-Streifens bis alles in Schutt und Asche liegt.

Ein paar Tausend Israelis haben im August auch für eine sofortige Beendigung des Kriegs demonstriert. Viele von ihnen sind für eine „Zwei-Staaten-Lösung“: Ihre israelische Regierung soll die Gründung eines zersplitterten palästinensischen Staates in Westjordanien und Gaza zulassen oder fördern – und die vertriebenen PalästinenserInnen sollen sich ihren eigenen (arabischen) Palästinenserstaat auf einem Viertel der Fläche des früheren Palästina einrichten – und dann gefälligst den israelischen Siedlerstaat formell anerkennen und auf alle Ewigkeit in Ruhe lassen.

Einen ähnlichen Plan gab es bis vor 30 Jahren auch für die Aufteilung Südafrikas zwischen „Schwarzen“ und „Weißen“. Der Großteil des Landes sollte den „weißen“, europäischstämmigen SiedlerInnen gehören. Die „Schwarzen“ sollten „unabhängige“ Bantustan-Staaten gründen und dafür mit ihrem Befreiungskampf aufhören. Menschen verschiedener Hautfarbe sollten auf keinen Fall zusammenleben, weil das könne „nie und nimmer funktionieren“. Aber als Arbeitskräfte dürfen die „Schwarzen“ schon ins „weiße“ Südafrika kommen, z.B. als Bergarbeiter in den Goldgruben oder als Land-

arbeiterInnen. Die Wohngebiete mussten aber jedenfalls getrennt sein. Die Apartheid in Südafrika beanspruchte jedenfalls für die „Weißen“ den Großteil der Fläche.

In Israel wird die Apartheid nicht mit der Hautfarbe argumentiert (obwohl auch dort „Nichtweiße“ rassistisch unterdrückt werden, z.B. JüdInnen aus Äthiopien etc.). In Israel wird die Religion in den Vordergrund gespielt: Israel ist nach eigener Definition ein „Staat der Jüdinnen und Juden“, wer nicht jüdischen Glaubens ist, ist bestenfalls geduldet, wenn er/sie sich der Staatsreligion bedingungslos unterordnet.

Ähnliche theokratische Argumente gibt es in Saudiarabien, Iran, Pakistan, und neuerdings in den IS-kontrollierten Teilen von Syrien und Irak – Unterwerfung unter die Scharia, sonst Flucht oder Tod.

Derzeit leben 6,1 Mill. JüdInnen und 1,7 Mill. AraberInnen in Israel; allein in Westbank, Gaza, Jordanien und Libanon leben über 7 Mill. arabische PalästinenserInnen. Wenn die jüdischen Einwanderer ihre Vorherrschaft behalten wollen, muss der zionistische Siedlerstaat mit allen Mitteln verhindern, dass eine demokratische Lösung für ganz Palästina zustande kommt. Ein demokratisches Palästina würde jedenfalls ein Rückkehrrecht der Vertriebenen und Flüchtlinge beinhalten, dann wären die jüdischen EinwohnerInnen eine Minderheit.

Warum hat z.B. die englische Regierung in den letzten 100 Jahren immer wieder eine demokratische (auch z.B. föderative) Lösung für Irland abgelehnt? Weil dann die Mehrheit der Iren die Grundzüge der Politik bestimmen hätten können und die protestantischen Unionisten in Ulster eine klare Minderheit in einem vereinigten Irland geworden wären. Als der irische Befreiungskampf gegen die englische Herrschaft nicht mehr zu stoppen war, haben sie also flugs 6 von 9 Bezirken der Provinz Ulster abgespalten. Dort stellten die Unionisten dann die Mehrheit und der andere Teil Irlands wurde in die (formelle) Unabhängigkeit entlassen. Staatliche Apartheid (nach religiösen Kriterien) auf Englisch...

Jede „Zwei-Staaten-Lösung“ für Palästina stellt das Existenzrecht Israels in den Mittelpunkt: Die JüdInnen müssen auf jeden Fall einen eigenen Staat haben, und zwar einen in dem sie dauerhaft die demografische Mehrheit haben. Das ist der Dreh- und Angelpunkt all dieser Pläne, egal wie sie dann im Detail ausschauen. Ganz egal welche Verfassung der zionistische Staat Israel in Zukunft haben soll, im Rahmen einer „Zwei-Staaten-Lösung“ soll auf jeden Fall ein Staat für eine jüdische Mehrheitsbevölkerung gesichert werden, die über eine eventuelle arabische, moslemische Minderheit herrscht.

Israel ist ein künstliches Gebilde. Jeder bürgerliche

Staatsapparat ist ein von Menschen geschaffenes Gebilde, das zerschlagen werden muss, damit die Bevölkerungsmehrheit, die ArbeiterInnen (und BäuerInnen) ihre Interessen politisch durchsetzen können. Aber Israel ist kein historisch gewachsenes Gebilde, wo auf der Grundlage eines gemeinsamen Territoriums und Wirtschaftsraums eine Bevölkerung mit kulturellen Eigenheiten sich herausgebildet hat und die herrschende Klasse im Lauf der Zeit einen Staatsapparat entwickelt hat. Israel ist ein Siedlerstaat, der auf der Vertreibung der Mehrheit der Bevölkerung gründet. Israel steht in der Reihe mit imperialistischen Siedlerstaaten wie Südrhodesien, Apartheids-Südafrika oder Deutsch-Südwestafrika. Die Gründung des Siedlerstaates Israel erfolgte offiziell erst 1948, ist also 3 Generationen her. Die Mehrheit der heute in Israel lebenden Menschen sind nach der Ausrufung des zionistischen Apartheidsstaates 1948 dort eingewandert oder die Kinder der Einwanderer.

In den vergangenen Jahrhunderten ist es immer wieder passiert, dass durch die Ausrottung und Vertreibung ganzer Völkerschaften neue Staatsgebilde von (kriegs-)technisch überlegenen Siedlern geschaffen wurden. Seit dem Beginn der Neuzeit (um 1500) hatten diese Eindringlinge, Eroberer oder Siedler die massive Unterstützung aus ihren europäischen Heimatländern, historisch zuerst in Latein-

amerika, dann Nordamerika und Afrika. Viele der Siedler flüchteten auch aus religiösen Gründen aus Europa – am bekanntesten sind die Angehörigen verschiedener protestantischer Religionen in Amerika.

Überall unterdrückte die europäische Siedlerminderheit die einheimische Mehrheitsbevölkerung. Und überall wo die kapitalistische Klassengesellschaft mitexportiert wurde, unterstützten auch die meisten der selbst ausgebeuteten Siedler (ArbeiterInnen, abhängige KleinbäuerInnen...) ihre Ausbeuter gegen die rechtlose Mehrheit der einheimischen Bevölkerung. Nur sehr kleine Gruppen von klassenbewussten ArbeiterInnen anerkannten z.B. in den USA oder Brasilien die Rechte der Indianer bzw. Indios und unterstützten deren berechtigten Befreiungskampf. Ein noch kleinerer Teil verband ihren eigenen Kampf für soziale Befreiung mit dem Kampf der Indigenen für antikoloniale und anti-imperialistische Befreiung. Auch in Israel gibt es kleine Gruppen, mit denen KommunistInnen eine Zusammenarbeit anstreben müssen. Im heutigen Kapitalismus mit seinen imperialistischen Verflechtungen gibt es keine Perspektive für ein demokratisches Palästina.

Die Ausgebeuteten aus der Gruppe der Siedler bzw. anders ausgedrückt, die Siedlergruppe innerhalb der ArbeiterInnenklasse (und unter den kleinbürgerlichen Werktätigen)

waren durch das Kolonialregime so stark privilegiert, dass sie bestenfalls einen gewerkschaftlichen und beschränkten demokratischen Kampf für die Verbesserung der eigenen privilegierten Ausgebeuteten-Situation führten. Nie aber stellten größere Teile der „weißen“ ArbeiterInnenklasse z.B. in den USA oder in Südafrika das Unterdrückerregime in Frage, das die Einheimischen aufgrund rassistischer Kriterien prinzipiell von jeder (politischen) Einflussnahme ausschließt.

Heute bilden die Nachkommen der europäischen Siedler in den USA, aber auch in Kanada, Australien und auf vielen Inseln die überwältigende Bevölkerungsmehrheit und konkret-pragmatisch stellen die Angehörigen der unterdrückten indigenen Minderheit meist nur Forderungen nach Autonomie, Lostrennung oder anderen Minderheitenrechten. Bei einigen (wenigen) Siedlerstaaten liegt die fortschrittliche Perspektive aber im Zusammenschluss mit Nachbarstaaten, ein aktuelles Beispiel ist das britische Nordirland oder die schon weitgehend erfolgte Wiedereingliederung der ehemaligen Kolonie Hongkong in den chinesischen Staat.

In Palästina gab es 1947 einen (sogar von der UNO unterstützten) Plan, aus zwei Teilstaaten eine Art Konföderation in Palästina zu schaffen. Das wurde damals nach der industriellen Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung im Herrschaftsbereich der

Hitlerfaschisten von vielen Ländern unterstützt. Auch die damals noch sozialistische Sowjetunion unterstützte in dieser konkreten Situation den Plan zweier Teilstaaten, wobei sie die linkszionistischen Kräfte unter der jüdischen Bevölkerung bei weitem überschätzte und auf die Schaffung einer Volksrepublik Palästina hoffte.

Es kam aber völlig anders: rechtsradikale und faschistische Zionisten übernahmen die politische (und militärische) Führung, riefen einen unabhängigen jüdischen Staat im Westen Palästinas aus und vertrieben im Rahmen einer ethnischen Säuberung fast die gesamte arabisch-palästinensische Bevölkerung mit blutiger Gewalt und Terror. (Genau genommen handelte es sich 1948 nicht um ein ethnic cleansing, sondern um eine Säuberung nach religiösen Kriterien.) Dieser massenmörderische Vertreibungsterror durch rechtsextremistische jüdische Siedler im Jahr 1948, dem die Linkzionisten keinen deutlichen Widerstand entgegensetzten, ist als Naqba (= Katastrophe) in die Geschichte eingegangen – seither ist der 15. Mai für die PalästinenserInnen der wichtigste Trauertag, der von den Zionisten als Gründungstag Israels gefeiert wird. Seither leben Millionen von Vertriebenen in Flüchtlingslagern, vor allem im Gaza-Streifen, in Westjordanien, Jordanien und Libanon.

In den folgenden 6 Jahrzehnten haben die zionistischen Regierungen je-

den Anlass genutzt, das Territorium ihres Staates mit militärischen Mitteln zu erweitern. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Bau immer neuer Siedlungen und ganzer Stadtteile in militärisch besetzten, aber offiziell (noch) nicht einverleibten Gebieten. Westjordanien ist inzwischen ein Fleckerlteppich von arabischen „Bantustans“ mit Mauern rundherum und israelisch kontrollierten Durchzugsstraßen und „Sicherheits“-Korridoren dazwischen. Und immer neue Siedler – meist Jugendliche aus Europa und Amerika – errichten aggressive Vorposten-Siedlungen in den wenigen Gebieten, die heute noch den AraberInnen zugesprochen werden. Ein typisches Vorgehen imperialistischer Kolonialherren seit den ersten Tagen der Eroberung Amerikas.

Im August 2014 hat sich (z.B. auch an der Zahl der DemonstrantInnen) deutlich gezeigt, dass die große Mehrheit der (jüdischen) Bevölkerung Israels für eine immer weitere Fortsetzung des Kriegs gegen die palästinensischen Flüchtlinge ist. Das ist nicht überraschend.

Historisch gesehen war die Siedlerbevölkerung fast immer für eine kriegerische Unterwerfung der „Eingeborenen“ und gegen Verhandlungskompromisse. Wenn im „Wilden Westen“ die Indianer einen Siedler töteten, der in ihr Territorium eingedrungen war, dann rächten die Siedlertruppen den Getöteten mit der Ausrottung

der umliegenden Indiadörfer.

Genauso hat das zionistische Unterdrückerregime im August die Tötung von 3 Siedlern im palästinensischen Siedlungsgebiet zum Anlass für die wochenlange Bombardierung der Bevölkerung im Gazastreifen genommen.

Die aggressive Strategie und Taktik der israelischen Regierung hat spätestens seit 1967 deutlich gemacht, dass eine „Zwei-Staaten-Lösung“ auch nur als Übergangsplan keine fortschrittliche Perspektive darstellen kann. Der „zweite Staat“ wäre eine militärisch und ökonomisch kontrollierte „arabische“ Kolonie des zionistischen Israel – das ist das heutige sogenannte „Autonomiegebiet“ auch jetzt schon.

Der 1948 von den Zionisten ausgerufenen Staat Israel ist auch 6 Jahrzehnte nachher nur lebensfähig, weil er von einer ganzen Reihe von imperialistischen Staaten massiv unterstützt wird. Auf wirtschaftlicher, politischer und speziell auch militärischer und diplomatischer Ebene sichern die USA und die EU den Fortbestand des rassistischen Siedlerstaats der Zionisten. Ohne die enge Zusammenarbeit mit den reaktionären Regierungen der arabischen Regierungen in Nahost und Nordafrika, die in ihren Ländern selbst jede demokratische Bewegung unterdrücken, wäre die Aufrechterhaltung eines so kleinen zionistischen Apartheids-

Regimes inmitten der arabischen Region nicht möglich, jedenfalls nicht so lange. Israel ist ein Klassenstaat im Interesse des Imperialismus und durch seine bloße Existenz eine Bedrohung für Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt.

Der Kapitalismus ist keine Basis für ein demokratisches Palästina. Deshalb ist der Befreiungskampf der PalästinenserInnen historisch eng verbunden mit dem demokratischen und antiimperialistischen Kampf in den arabischen Ländern im östlichen Mittelmeerraum. Der sogenannte „Arabische Frühling“ hat in keinem der Länder dieser Region zu unmittelbaren, wirklichen gesellschaftlichen Fortschritten geführt. Doch auch wenn heute zum Teil ultrareaktionäre, islamistische Strömungen unter den empörten Volksmassen eine größere Rolle spielen als noch vor 10 Jahren, haben die Volksbewegungen und Volksaufstände der vergangenen Jahre gezeigt, dass die ArbeiterInnen und BäuerInnen dieser Region nicht mehr bereit sind, willenlos die Unterdrückung durch Marionetten des Imperialismus hinzunehmen. Sowohl in dem vom US-amerikanischen und EU-europäischen Machtbereich als auch in dem kleineren, vom russischen Imperialismus kontrollierten Machtbereich (der von der SU übrigblieb) purzelten oder schwankten die vom internationalen Finanzkapital gesteuerten Herrschercliquen. Aber solange nicht

klassenbewusste ArbeiterInnen und kommunistische Organisationen einen wesentlichen Einfluss in den Volksbewegungen erreichen können, werden solche spontanen und vom Kleinbürgertum geführten Bewegungen immer wieder scheitern. Die Imperialisten haben eine sehr lange Erfahrung in der Niederhaltung von Bewegungen der ArbeiterInnen- und BäuerInnen in den Neokolonien. Nur unter Führung von revolutionären kommunistischen Parteien – die erst einmal im Kampf aufgebaut werden müssen – können die Volksbewegungen eine konsequent antiimperialistische und volksdemokratische Orientierung einschlagen.

Dasselbe gilt für die besonders komplizierte Situation in Palästina. Eine historisch fortschrittliche Perspektive kann nur die Errichtung der ArbeiterInnen-BäuerInnen-Macht auf jedem Stück Land sein, das den Feinden im Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion entrissen werden kann. Ein demokratisches Palästina ist nur ohne Israel möglich. Alle „Konzessionen“ der palästinensischen „Autonomiebehörden“ haben bloß zu einem immer aggressiveren Auftreten der Zionisten geführt. Diese expansive Siedlerbewegung mit imperialistischem Sendungsauftrag will keinen Frieden und keine Demokratie. Wir Revolutionären KommunistInnen orientieren uns in unserer Solidarität mit den kämpfenden palästinensischen Volksmassen auf einen an-

tiimperialistischen, (volks-)demokratischen, laizistischen Staat Palästina, wo die ArbeiterInnen und BäuerInnen im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten die politische Macht ausüben. Jede Religion muss als Privatsache behandelt werden und darf zu keinen Privilegie-

rungen genutzt werden. Selbstverständlich sollen die in einem freien Palästina lebenden JüdInnen, genauso wie die anderen ReligionsanhängerInnen, das Recht haben, im nicht-öffentlichen Raum zu beten. Unser weitergehendes Ziel ist ein sozialistisches

Palästina unter der unumschränkten Herrschaft der ArbeiterInnenklasse, die historisch-gesellschaftlich gesehen die einzige Klasse ist, die es schaffen kann, die Volksmassen aus der Ära der (Lohn-) Sklaverei und Ausbeutung in die Freiheit zu führen.

Stoppt die zionistische Aggression des israelischen Siedlerstaats gegen die arabisch-palästinensische Bevölkerung!

Schluss mit der Unterstützung Israels durch die Imperialisten, für Boykott Israels!

Für ein demokratisches, laizistisches Palästina der ArbeiterInnen und Werktätigen - ohne Privilegierung einer Religion – auf dem gesamten Gebiet zwischen Jordansenke und Mittelmeer!



15. August 2014

Aktionstag für die politischen Gefangenen in Indien

Die angebliche „Unabhängigkeit“ Indiens am 15. August 1947 entpuppte sich als wahrer Betrug für die Bevölkerung, die seitdem unter einer neo-kolonialen Politik leidet. Die Verantwortlichen für diese Politik haben Beziehungen zu den imperialistischen Ländern der westlichen Welt, die sich immer mehr vertiefen. In der Folge legte sich das Land ein Arsenal an Gesetzen, Dekreten und Verfügungen zu, um im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus gegen alle Formen von Dissidenz zu kämpfen. Im ganzen Land sitzen über 10.000 Personen wegen dieser Anti-Terror-Gesetze in Haft. Unter ihnen mehrere Dutzend Mitglieder der Communist Party of India (Maoist), deren Programm und politisches Grundsatzpapier 2004 verfasst wurden. Sie sprechen sich unter anderem aus für die Verteidigung der Grundrechte der Stämme und der Opfer der bürgerlichen Politik, die von den aufeinander folgenden Regierungen seit der „Unabhängigkeit“ gemacht wurde. Anlässlich dieses Geburtstages, am 15. August, ruft die Rote Hilfe International zu einem Aktionstag auf, um die Freiheit für die maoistischen Gefangenen in Indien zu fordern. Dieser Tag reiht sich ein in den größeren Rahmen der internationalen Kampagne, deren Ziel es auch ist, dass der Status des politischen Gefangenen legal anerkannt wird und für den Kampf für die Abschaffung aller Gesetze, die sich gegen die Freiheit wenden.



Hoch die internationale Solidarität!
Rote Hilfe International

„Die Situation der politischen Gefangenen in Indien bekannt machen...“

Interview mit einer belgischen Genossin der Roten Hilfe International über ihre Reise und Erfahrungen in Indien (Auszug aus: gefangenen.info nr.387)

Wie ist die momentane Lage in Indien anlässlich der landesweiten Offensive namens „Green Hunt“?

Die Bezeichnung „Operation Green Hunt“ (Grüne Jagd) wurde 2009 für eine umfassende von der Zentralregierung und der Armee geleitete Offensive gewählt, die im Grenzgebiet der Bundesstaaten Chhattisgarh, Jharkand, Arndra Pradesh und Maharashtra stattfand. Aber die Behörden benutzten diesen Begriff sehr schnell nicht mehr weiter als klar wurde, dass der Konflikt den Charakter eines „langen Engagements mit offenem Ende“ annahm anstatt einer kurzen kraftvollen Operation.

Die Bezeichnung wird nunmehr hauptsächlich von den Medien und Solidaritätsorganisationen benutzt. Die Offensive dauert nun mehr als fünf Jahre an. Es gibt wenig Klarheit über das Ausmaß des Truppenaufmarsches, die Zusammensetzung der eingesetzten Streitkräfte und die Befehlskette zwischen den zentralen paramilitärischen Einheiten sowie der Staatspolizei. Jede Woche kann man in den bürgerlichen Medien lesen, dass weitere Truppen in die „Rote Zone“ entsandt wurden, diese Zone im Osten Indiens, wo Maoisten es geschafft haben, einige Gebiete unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Seit Beginn dieser Offensive hat sich die Situation jeden Tag verschlimmert. Das gilt hauptsächlich für die Bevölkerung in den betroffenen Regionen. Die Bezirksregierungen benutzten die Offensive als Vorwand, um Dörfer anzugreifen und deren Land unter die Kontrolle großer Konzerne zu bekommen.

Beim „Roten Korridor“ handelt es sich um eine sehr reiche Region; entsprechend interessiert sind die multinationalen Konzerne daran, neue Betriebe zur Ausplünderung des

Landes zu errichten. Entsprechend ihrer neuen ökonomischen Politik arbeitet die Regierung für die Interessen dieser Konzerne, was für tausende Einheimische und die armen Bauern Umsiedlung und Ausplünderung bedeutet.

Die Taktik der Regierung ist sehr einfach: entweder stimmen die Leute zu, ihr Land „freiwillig“ zu verlassen, oder sie werden beschuldigt, „Verbindungen zu den Maoisten“ zu haben und verhaftet. In beiden Fällen wird das Land frei und die ausländischen Kapitalisten können ihre Geschäftstätigkeit beginnen.

Ich würde sagen, dass die Lage jetzt schlimmer ist als zu Beginn. Die Offensive weitet sich mit der Zeit auf neue Gebiete aus. Unglücklicherweise ist es von Europa aus sehr schwer, an Informationen zu gelangen, die nicht von den Massenmedien stammen. Die Repression, der die Militanten ausgesetzt sind, macht es ihnen oft unmöglich, die Nachrichten von den wirklichen Ereignissen aus dem Dschungel zu verbreiten....

Sicher ist, dass die Offensive fortgesetzt wird, dass sie jeden Tag härter und gewalttätiger wird und die Truppen mehr und mehr High-tech-Waffen benutzen, die u.a. aus Israel und den USA kommen.

Dieses Jahr bildete sich eine neue Regierung. Hat sich dadurch die Situation für die indische Bevölkerung noch weiter verschlechtert?

Ich kann darauf keine angemessene Antwort geben. Tatsache ist, dass die BJP (Bharatiya Janata Party) an der Macht ist. Diese Partei bezieht sich auf die Hindutva (Ausrichtung Indiens nach hinduistischen religiösen Regeln) und in ihrer Politik vertritt sie Hindu-Nationalismus... Die Partei wurde schon lange als der politische Arm der RSS (Rashtriya Swayamsevak Sangh) angesehen, einer Organisation der Hindu-Nationalisten... Der neue Ministerpräsident, Narendra Modi, ist Mitglied der RSS. Zwischen 2001 und 2014 war er Regierungschef vom Bundesstaat Gujarat. Während seiner Amtszeit kam es 2002 zu ... Gewalttätigkeiten zwischen Hindus und Moslems... Landesweit kam es zu Massenmorden an der moslemischen Minderheit während drei Monaten. Narendra Modi wurde vorgeworfen, die Gewalt initiiert und gerechtfertigt zu haben ...

Wie reagiert die indische Regierung auf die zunehmende internationale Solidarität für die indischen Inhaftierten u.a. aus Europa?

Ich würde sagen, dass die indische Regierung immer mehr beunruhigt ist. Im November 2013 lud sie verschiedene europäische Außenminister ein, um ihnen von den „Gewalttätigkeiten der Maoisten“ zu berichten... Sie forderten alle europäischen Länder dazu auf, sicherzustellen, dass die Maoisten keinerlei Unterstützung mehr von europäischen Organisationen erhielten. Diesem Treffen folgte bald eine Erklärung der CPI(m) (KP Indiens maoistisch), in der sie sich bei Dutzenden von Organisationen aus Deutschland, Österreich, Schweiz, Frankreich, Holland, Schweden, Italien, Norwegen, Spanien, England, Brasilien, Kanada und den Philippinen bedankte für ihre Teilnahme an der Konferenz in Hamburg am 24. November 2012.

Kannst du was zur Intention des Aktionstags für die politischen Gefangenen in Indien am 15. August sagen?

Das wichtigste Ziel des internationalen Aktionstages ist es, in Europa die Situation der politischen Gefangenen in Indien bekannt zu machen. Es ist eine Tatsache, dass immer mehr Menschen von den Behörden angegriffen werden und auf Grund drakonischer Gesetze ins Gefängnis geworfen werden. Heute gibt es mehr als 10.000 politische Gefangene in 200 Gefängnissen in Indien.

Grundlage der Initiative ist die Forderung „Freiheit für alle Kämpfer/innen des Volkskriegs“, doch in einem weiteren Sinne sollten wir uns für alle Menschen einsetzen, die Opfer der Polizei, der Sicherheitskräfte und der Armee wurden, wegen Nichts ins Gefängnis verschleppt wurden, im Bestreben ihr Land und ihr Leben zu retten.

www.gefangenen.info

Bewaffneter Kampf in den Philippinen:

Schürt das Feuer des bewaffneten Kampfes in Visayas und auf dem gesamten Archipel

Der revolutionäre bewaffnete Kampf kommt landesweit voran. Die September-Ausgabe 2014 von „Ang Bayan“ bringt Berichte von Siegen der Neuen Volksarmee (NPA) beim Vorstoß der bewaffneten Revolution in den Visayas-Regionen, insbesondere in Eastern Visayas, Panay und Negros.

Diese Regionen gehören zu den Hauptzielen des Oplan Bayanihan, dem massiven Unterdrückungsfeldzug der Bewaffneten Streitkräfte der Philippinen (AFP) unter dem US-Aquino-Regime. Nach vier Jahren können die Offiziere jedoch keinerlei Erfolge ihrer Anstrengungen vorweisen außer leeren Erklärungen, dass „der Feind besiegt wurde“ und dass „der Frieden hergestellt wurde“.

Diese Regionen sind zugleich die am meisten verarmten des ganzen Landes, was auf das weitverbreitete Landmonopol und die besonders brutale Form der feudalen Ausbeutung zurückzuführen ist. Die Gebiete werden von großen Landbesitzern regiert, die riesige Reisfelder in Samar besitzen, fruchtbare Kokosplantagen in Leyte und tausende Hektar von Zuckerrohrplantagen in Panay und Negros.

Großprojekte wie der Jaulaur Staudamm in Iloilo und die Fernstraßen in Samar dienen nur als Melkkühe für korrupte Beamte und ihrer lokalen Kohorten.

Ebenso wie der Rest des philippinischen Volkes dürsten die Menschen in Visayas nach einer revolutionären Veränderung. Der Großteil von Visayas ist wie ein grummelnder Vulkan, der angesichts

der intensiver werdenden Klassenkämpfe auszubrechen droht.

In Negros gibt es eine breite Bewegung der Farmer/innen für die Bebauung der ungenutzten Ländereien mit Nahrungsmitteln, die sich gegen mit größter Wut gegen die Gesetze der despotischen Großgrundbesitzer richtet. In Leyte erheben sich die Kokosnuss-Bäuer/innen für ihr Recht auf Land. In Panay kämpft das Tumanduk-Volk für Zehntausende Hektar Land ihrer Vorfahren, das ihnen von den AFP genommen wurde.

Der revolutionäre bewaffnete Kampf in Visayas entwickelt sich zusammen mit der kontinuierlichen Ausbreitung und Intensivierung der antifeudalen Bewegung der Bäuer/innen weiter. Gerade in den Gebieten, wo der Klassenkampf am schärfsten geführt wird, ist die größte Zahl aus den Volksmassen bestrebt, Rote Kämpfer/innen zu werden; dort genießt die NPA (Neue Volksarmee) die stärkste Unterstützung, und die Feuer des bewaffneten Kampfes leuchten am hellsten.

Die Regionen von Visayas haben letztes Jahr am meisten unter dem Taifun Yolanda gelitten. Dieser Taifun hat die Menschen noch tiefer in das Verderben aus Armut und Unterdrückung gestürzt. Die Leiden des Volkes wurden durch die quälend langsame, äußerst unpassende und von unglaublichen Pannen begleitete Katastrophenhilfe des US-Aquino-Regimes noch weiter verschärft.

Im Gegensatz zum extrem schwachen Auftritt des Aquino-Regimes haben die revolutionären Kräfte



te sofort gemeinsam mit dem Volk von Visayas zugepackt und eine breite Bewegung der Kleinbäuer/innen, Fischerbevölkerung und den Minderheiten-Völkern organisiert, um kollektiv die vom Taifun Yolanda verursachten Verwüstungen zu beseitigen. Sie begannen sofort kooperative Anstrengungen, um zerstörte Häuser und Produktionsmittel zu reparieren, den Zustrom von Hilfsgütern aus anderen Regionen genauso wie von nationalen und internationalen Stellen und Initiativen zu ermöglichen und außerdem eine kollektive Landwirtschaft und eine Erneuerung der Produktion zu initiieren. Aber während die revolutionären Kräfte sich auf die Wiederherstellung der Lebensbedingungen konzentrierten, setzten die philippinischen Streitkräfte der AFP mit ihrer 8. und 3. Infanterie-Division ihren konterrevolutionären Krieg ohne Unterbrechung fort. Mitten unter den gewaltigen Verwüstungen (des Taifuns) und trotz eines von der Kommunistischen Partei der Philippinen erklärten Waffenstillstands in den von Taifun betroffenen Gebieten, führten die faschistischen Soldaten ihre Angriffe und ihren Unterdrückungsfeldzug ohne Pause fort. Der Feind griff zu faschistischem Terror gegen Menschen, die die Initiative ergriffen hatten,

Editorial aus Ang Bayan, Jg.45, Nr.17 vom 7.9.2014; hg. vom Zentralkomitee der KP Philippinen; eigene Übersetzung; www.philippinerevolution.net

sich aus der Katastrophe zu erheben und gegen die schwere Missachtung des Elends durch das Regime wütend zu protestieren. Der unaufhaltsame Vormarsch der bewaffneten Revolution in Visayas entlarvt die Aussichtslosigkeit des Oplan Bayanihan-Feldzugs und leistet Widerstand gegen seine faschistische Brutalität. Die Neue Volksarmee benutzt die Taktik des Guerillakriegs, um den Volkskrieg kontinuierlich zu intensivieren.

Der Kampf in Visayas und im Rest des Landes muss weiter angeheizt werden mit dem Ziel, den Volkskrieg auf ein neues und höheres Niveau zu heben. Die Kommandostellen der NPA müssen gestärkt und Schlachtpläne auf regionaler und subregionaler Ebene ausgearbeitet werden. Die Kommandostellen der NPA müssen in der Schlacht immer die Initiative behalten und alle Gelegenheiten ergreifen, dem Feind Schläge zu ver-

setzen. Immer mehr und größere taktische Offensiven müssen dort gestartet werden, wo der Sieg sicher ist. Die Volksmilizen müssen weiter ausgebaut und verstärkt und ihre Fähigkeit zu unabhängigen und koordinierten Aktionen erhöht werden. Der antifeudale Massenkampf von Hunderttausenden und Millionen KleinbäuerInnen muss weiter ausgedehnt, gestärkt und intensiviert werden.

gefangenen.info nr.387, sep./okt 2014; www.gefangenen.info

Özgür Aslan, Yusuf Tas, Muzaffer Dogan, Sonnur Demiray §129b-Prozess seit September

Am 2. September begann in Stuttgart ein weiterer §129b-Prozess mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front). Angeklagt sind Muzaffer Dogan, Özgür Aslan, Sonnur Demiray und Yusuf Tas.

Die vier wurden im Rahmen der letzten großen Razzien gegen mutmaßliche Mitglieder der DHKP-C im Juni 2013, die in vier europäischen Ländern durchgeführt wurden, festgenommen und befinden sich seitdem in Untersuchungshaft. Özgür Aslan und Yusuf Tas wurden in Österreich festgenommen und trotz eines 50-tägigen Hungerstreiks der beiden und vielfältigen Solidaritätsaktivitäten im August bzw. Oktober 2013 nach Stuttgart-Stammheim ausgeliefert. Özgür hat bis heute mit den gesundheitlichen Folgen seines Hungerstreiks zu kämpfen.

Der Prozess ist mittlerweile das siebte Verfahren gegen angebliche Mitglieder der DHKP-C mit Hilfe des § 129b. Bislang wurden bereits knapp 20 Linke aus der Türkei mit dem §129b angeklagt und verurteilt. Die Angeklagten wurden mit Haftstrafen zwischen knapp 3 Jahren und über 6 Jahren hinter Gitter gesperrt.

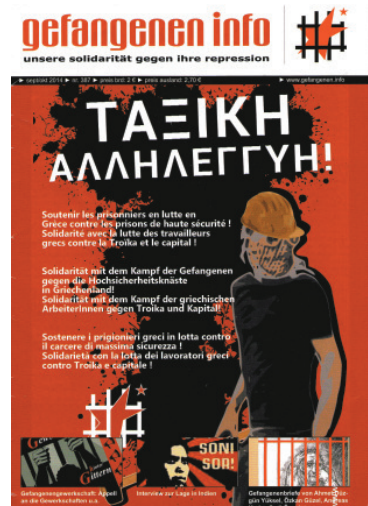
Klar ist: Das Verfahren ist ein weiterer Schritt in der Etablierung des §129b und in der Verfolgung von linker Politik. Umso notwendiger ist, unsere Solidarität auch praktisch werden zu lassen.

Was wird hier kriminalisiert?

Die DHKP-C ist eine revolutionäre Organisation aus der Türkei, die vor allem in den Armenvierteln (Gecekondu) stark vertreten ist. Gegründet wurde die Partei 1994, ihre direkte Geschichte reicht aber zurück bis in die 68er Bewegung und ihren Vorgängerorganisationen THKP-C (Türkische Volksbefreiungspartei-Front) und der Devrimci Sol (Revolutionäre Linke). Die DHKP-C kämpft für Sozialismus und verfügt über einen bewaffneten Arm, der zuletzt mit einer Vergeltungsaktion an einem Polizisten, aus Rache wegen des Tods von Berkin Elvan, in Erscheinung getreten ist.

Die Organisation ist trotz eines verlautbarten Gewaltverzichts für Europa auch in Deutschland verboten und steht sowohl auf der Antiterrorliste der EU als auch der USA.

In den Prozessen, die in der BRD stattgefunden haben und weiterhin stattfinden geht es aber in erster Linie um den Vorwurf der Rückfront. Das heißt, den Angeklagten wird vorgeworfen durch Vereinsarbeit, dem Organisieren von Konzerten, Picknicks oder ähnlichen Aktivitäten Gelder und Unterstützung für den Kampf in der Türkei zu sammeln. Konkret wird ihnen nicht die Beteiligung an „illegalen“ Aktivitäten vorgeworfen, sondern die Beteiligung an einer Organisation, die als terroristisch eingestuft wird.



Erklärung der gekündigten Putzfrauen in Griechenland, die für ihre Arbeit und ihr Leben kämpfen

Erwartet nicht, dass wir uns beugen!

Wir sind 595 Putzfrauen vom Ministerium für Finanzen, die seit 17. September 2013 ihre Arbeitsplätze verloren haben. Der Staat hat uns gekündigt und unsere Arbeit an Subunternehmer übergeben, ohne den mindesten finanziellen Nutzen daraus zu erzielen. Unser Gehalt schwankte zwischen 300 du 600 Euro pro Monat. Wir sind keine Nummern, wir sind Menschen.

Wir haben nicht den Kopf gesenkt. Seit dem 17. September sind wir jeden Tag auf der Straße und wir fordern unsere Arbeit, wir fordern unser Leben.

Die Regierung versucht mit allen Mitteln unseren gerechten Kampf zu unterdrücken. Bilder von wehrlosen, von Spezialeinheiten der Polizei (MAT) verprügeln 50-60-jährige Frauen sind um die Welt gegangen. Viele von uns haben weitergekämpft. Wir führen unseren Kampf fort. Wir fordern das Selbstverständliche, das Recht auf Leben.

Eine Woge der Solidarität geht gerade durch die Gesellschaft. ArbeiterInnen, Gekündigte, Arbeitslose, GymnasiastInnen, StudentInnen, PensionistInnen und KünstlerInnen bringen ihre Unterstützung mit allen Mitteln zum Ausdruck.

Die griechische Justiz hat uns Recht gegeben, aber trotzdem weigert sich die Regierung, die gerichtlichen Entscheidungen zu respektieren und umzusetzen. sie rächt sich an uns, weil wir uns entschieden haben, in Würde zu leben.

Die Solidarität ist die Waffe des Volkes. Wir ersuchen euch alle, eure Solidarität mit dem Kampf für das Leben und die Würde auszudrücken, den wir führen. Wir ersuchen euch, den Unterstützungstext und die Unterschriftensammlung zu unterzeichnen, der die Regierung zwingen wird, der Anordnung der griechischen Justiz Folge zu leisten, ohne die geringsten budgetären Kosten.

Alle gemeinsam können wir diese barbarische Politik verhindern!



Internationale Solidarität mit den 595 Putzfrauen des griechischen Finanzministeriums

Die Putzfrauen des Finanzministeriums wurden am 17. September 2013 hinausgeschmissen und ihre Arbeitsplätze an private Subunternehmen vergeben. Seit damals führen sie einen Überlebenskampf, einen Kampf gegen die Sparpolitik und gegen die, die sie durchführen: die Regierung Samaras und die Troika. Nach achtmonatigen Protesten und einem Rechtsstreit haben sie einen überraschenden Sieg errungen. Im Mai ordnete ein Gericht in Athen ihre sofortige Wiedereinstellung an und verurteilte das Vorgehen des Finanzministeriums scharf. Dieses Gerichtsurteil wurde allerdings durch ein neuerliches Urteil ausgesetzt. (...)

Die Putzfrauen fordern Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, politische Parteien und BürgerInnen der ganzen Welt auf, laut und deutlich ihre Solidarität mit ihrem Kampf, den sie für das Leben und die Menschenwürde führen, auszudrücken – einen Kampf, der auch unser Kampf ist.

(...) Griechenland ist in Europa das zentrale Exerzierfeld für neoliberale „Spar“politik. Griechenland ist aber auch ein Laboratorium für Widerstand. Besonders energisch und phantasievoll ist der der gekündigten Putzfrauen. (...)

Aus einem Aufruf des Komitees „Solidarität mit dem Widerstand in Griechenland“, 1070 Wien, Stiftg.8



Siehe auch unsere Artikel zu Griechenland in PR48,S.23-25, PR50,S.46f und PR51,S.3-8

News aus Griechenland:

Die Klinik der Solidarität, Thessaloniki.

Thessaloniki, 7. Oktober 2014: Die Freundinnen und Freunde der Klinik der Solidarität feiern das dreijährige Bestehen mit einem großen Konzert. Laut facebook nehmen bis zu 15. 000 Menschen teil. Jubel: „Woodstock in Thessaloniki!“

Am 09/10. 10. 2014 überstand der Präsident Samaras mit einer knappen Mehrheit die Vertrauensfrage. Kritiker von rechts, aber auch die Syriza, hinterfragen seinen Umgang mit Troika und Sparpolitik. Konservative und rechtsextreme Parteien suchen eine Bestätigung für ihre EU-feindliche Haltung. Schlägertruppen gehen gegen die Verlierer der Austeritätspolitik, wie z.B. Flüchtlinge, Obdachlose und Händler ohne gültige Papiere vor. Auf der anderen Seite kämpfen die sozialen Bewegungen um die Erhaltung ihrer Strukturen, und setzen immer wieder Zeichen der Solidarität. Die selbstverwaltete Klinik der Solidarität ist ein Beispiel, auch für gelungene Vernetzung. Im EWSA, dem europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, präsentierten Katerina Notopoulou und Karadimos Ioannis ihre Arbeit mit dem Ziel, einer europaweiten Basis gegen die Verletzung sozialer Grundrechte durch die Austeritätspolitik der Troika.

Die Initiative entstand 2011, als Ärztinnen und Ärzte Flüchtlinge während eines Hungerstreiks betreuten. Im gewerkschaftlichen Dachverband GSEE in Thessaloniki wurde eine Ambulanz eingerichtet, die zunehmend auch von Ortsansässigen konsultiert wurde. In Griechenland werden Arbeitslose nach einigen Monaten von der öffentlichen Gesundheitsversorgung ausgeschlossen.

Die Ambulanz wird selbstverwaltet geführt, und versorgt täglich bis zu 100 Patientinnen und Patienten. Miete und Energiekosten verschlingen monatlich rund € 4.000. Wegen der Vergabe von Medikamenten kam es bereits zu repressiven Maßnahmen von staatlicher Seite. Daher sind Sachspenden schwierig, Geldspenden und Öffentlichkeitsarbeit sind die beste Unterstützung.

Ursprünglich war die Unterstützung durch „Weltumspannend arbeiten“, den entwicklungspolitischen Verein des ögb, nur als Starthilfe gedacht – die erfolgreiche Zusammenarbeit spricht jedoch für eine langfristige Kooperation für eine langfristige Kontinuität. Das Kochbuch „Rezepte gegen die Krise“, das im ögb-Verlag erschienen ist, präsentiert verschiedene Initiativen: Umweltschutz, Widerstand gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, die Bewegung für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Rundfunks ERTopen. Die Einnahmen aus dem Verkauf kommen ausschließlich der Klinik der Solidarität zugute.

Selbstverständlich werden Spendenaktionen intern kritisch beleuchtet: Die Klinik der Solidarität erhebt den Anspruch einer flächendeckenden öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Hier der Aufruf von „weltumspannend Arbeiten“:

Wir wissen, dass wir Griechenland nicht mit Spenden retten können. Spenden ersetzen auch nicht den Kampf gegen die verheerende Sparpolitik. Deine Spende ist aber ein Zeichen der Solidarität und hilft konkret dort, wo das griechische Gesundheitssystem kaputt gespart wurde.

Setzen wir neben unseren gemeinsamen politischen Anstrengungen für ein soziales Europa ein konkretes Zeichen internationaler Solidarität: Lasst uns die „Klinik der Solidarität“ finanziell unterstützen!

Kontoinhaber: weltumspannend arbeiten, Kontonummer: 46610093809, BLZ: 14.000 (BAWAG P.S.K.), IBAN: AT091400046610093809, BIC: BAWAATWW

Alle gesammelten Spenden werden zu 100% direkt an die „Klinik der Solidarität“ übergeben.

<http://www.klinik-der-solidaritaet.at/>

Das Gesundheitssystem ist krank!

Das ganze öffentliche Gesundheitssystem ist heute todkrank und liegt im Sterben.

Wenn wir die Entwicklung der letzten 50 Jahre verfolgen, sehen wir, dass die Gesundheitsversorgung heute deutlich schlechter ist als etwa um 1975. Besonders die Krankenkassen-Versorgung für die breiten Massen der Arbeiter/innen und kleinen Angestellten ist trotz gewaltig gestiegener Gebühren wesentlich schlechter geworden. Unsere Ausgaben für Krankenversicherungsbeiträge, Selbstbehalte, Rezeptgebühren usw. steigen, aber die Qualität der medizinischen Versorgung (z.B. Zahl der Ärzte und Krankenpfleger/innen pro hundert Patient/innen, Zuschüsse zu Behelfen wie Brillen, Zahlkronen, Krücken usw.) sinkt – und zwar drastisch.

Wer nicht will, dass die Versorgung von Kranken, Behinderten usw. eine Frage des Einkommens, der Ersparnisse und der Privatzusatzversicherung ist, muss heute schon über den Kampf für einzelne Verbesserungen im Gesundheitswesen hinaus, für eine ganz andere Gesellschaftsordnung kämpfen, in der nicht der Profit die Hauptorientierung für die Behandlung der Menschen ist.

Sogar in den Spitälern wird beim medizinischen Betreuungspersonal drastisch eingespart. Nehmen wir als Beispiel das Wiener AKH: Dort ist auf manchen Abteilungen (wie auf 20 I) eine Schwester für bis zu 30 Patient/innen zustän-

dig, die dann im Nachdienst allein alles machen und alle versorgen muss. Und wer sich dagegen wehrt, kriegt schnell Probleme. Wegen dem ausgebauten Spitzelwesen z.B. im AKH müssen sowohl Ärzte als auch medizinisches Pflegepersonal extrem aufpassen, welche Probleme und Missstände sie im Kontakt mit den Patient/innen offen ansprechen. Wer mutig die Missstände beim Namen nennt, wird damit bedroht, dass der Vertrag nicht verlängert wird. Das betrifft insbesondere junge Ärzt/innen mit befristeten Verträgen.

Teilweise gehen Beschäftigte mit Grippe in die Arbeit, damit sie nicht wegen häufiger Krankenstände den Job verlieren. Es geht nicht darum, mit Hinweis auf den Arbeitsdruck die notwendige Kritik von Patient/innen an Ärzt/innen und Krankenschwestern und -pflegern abzuschwächen, aber ihre teilweise miesen Arbeitsbedingungen müssen jedenfals auch gesehen und kritisiert werden.

In vielen Spitälern (auch im AKH) wird immer mehr an private Firmen ausgelagert; es gibt inzwischen sogar private Leihfirmen für Krankenschwestern. Junge angehende Ärzte in der Facharztausbildung, haben den Status von sogenannten „Gastärzten“ und werden teilweise nicht vom AKH bezahlt, sondern von profitorientierten Pharmafirmen gesponsert – was ihre Abhängigkeit für die Dauer der Ausbildung zementiert.



SPK/Patientenfront-Info

Organ des pathophysischen Patientenwiderstands Nr. 4081 - Spendenempfehlung: € 4,50,-

WEG mit §131 AußStrG. = Zwangssterilisationsgesetz

Für die sofortige und wirkliche Aufhebung des Sterilisationsparagrafen 131 im AußStrG. Die Sterilisation gegen den Willen ist verboten. Artikel 25 B-VG, Z. 1 Abs. 1 EMRK, sowie Artikel 7 EMRK und 13 Grundgesetz (GG) sind verletzt. Artikel 7 und 8 EMRK, ebenso noch Artikel 7 B-VG sowie Artikel 2 GG GG. Das Weiteinverständnis gegen Artikel 6 des Grundgesetzes ist nicht zulässig.

Dementsprechend kommt der Europäische Gerichtshof zu der Meinung, dass Zwangssterilisationen verfassungswidrig sind! Nicht in Einklang die verfassungswidrigen. Der Fiskus muss dabei jedenfalls, ob eine Sterilisation gegen den Willen ist, den Willen der betroffenen Person berücksichtigen. Es geht nicht um den erkennbaren Willen der betroffenen Person, sondern um den Willen, welche eine Sterilisation bei unter Umständen fehlenden Patient/innen in einem Sterilisationsverfahren verboten werden. Nach dem Paragraphen 131 AußStrG soll ein derartiger Eingriff nur mit Zustimmung des betroffenen Person/innen möglich sein.

Die Tötung von Patient/innen durch Ärzte ist ein massives epidemisches Ausmaß in der Massentötung von Patient/innen durch Ärzte. heutzutage nicht der Patienteneingriff durch Ärzte, sondern des sogenannten Dritten Reichs in nicht nach. Dem ist Folge, wenn man sich der eine oder andere Arzt hinterher wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestellt. Sollten sie heutzutage dafür strafen ausgehen? Die Zustände in Österreich heute also schlimmer als während der Nazizeit? Dem ist von der Zukunft entschieden entgegenzusetzen, will die Justiz nicht zu Gunsten der in fünf Bereichen durchsichtigen Verfügungen der Ärzte öffentlich abdanken, sondern der konstitutionell sanktionierten Gesundheitsleistungen bekanntermaßen unverändert ist.

Immer mehr Ambulanzen im AKH werden auf sogenannte Terminambulanzen umgestellt, was bedeutet, dass du nicht hingehen kannst, wenn du krank bist, sondern wenn ein Termin frei ist, den du vorher buchen musst. Beispiele dafür sind Augen-Ohren-Ambulanz, Infektionsambulanz, Chirurgie und Diabetes-Ambulanz.

Auch die Gebietskrankenkassa (WGKK) schränkt ihre Leistungen immer weiter ein. Was Krankenhelfer betrifft, wird immer mehr auf Kosten der Patient/innen eingespart. So erhalten schwer gehbehinderte Beschäftigte, die besondere medizinische Heilbehelfe zum Erhalt ihres Arbeitsplatzes benötigen, diese immer schwerer von der Krankenkasse bezahlt und müssen selbst schauen, wie sie diese mit finanziellen Unterstützungen von anderer Stelle oder privat bezahlen können. Z.B. werden Spezialrollstühle kaum

Flugblatt von IA* RKP und SPK/PF(O), Oktober 2014

mehr von der Krankenkassa bezahlt, auch wenn sie dringend benötigt werden. Auch früher waren solche Behelfe chefarztpflichtig, aber jetzt werden sie fast nimmer genehmigt.

Auch bei kleineren Dingen, wie etwa verschiedenem Zubehör für Diabetiker (z.B. Blutzuckerstreifen oder Insulinnadeln) versucht die Krankenkassa immer mehr einzusparen, weshalb schwere Diabetiker solche Sachen zunehmend privat kaufen müssen (weil die zugestandene Quartalmenge immer weiter eingeschränkt wird).

Was die Hausbetreuung von Pflegebedürftigen betrifft, wird von der Heimhilfe nur noch das Allernotwendigste erledigt, es wird von einer Grundversorgung zu einem richtigen Minimaldienst. Hintergrund ist, dass der Fonds Soziales Wien diese Tätigkeiten immer mehr an Vereine auslagert, die mit immer weniger und immer schlechter geschultem Personal eine immer größere Zahl von Patient/innen betreuen. Das führt natürlich zu einer Überforderung der Helfer/innen und enormem Arbeitsdruck.

Was die Krankentransporte betrifft ist es in Österreich traditionell so, dass diese das gesamte Rettungswesen finanzieren; d.h. mit den Einnahmen aus Transporten in Rettungsfahrzeugen werden die gesamten Aufwände für Rettungsdienste samt Notarzt usw. finanziert.

Jetzt sind diese Rettungsdienste bedroht, weil die Gebietskrankenkassa im-

mer mehr Verträge mit privaten Transportfirmen abschließt, die nichts anderes anbieten als Transport, was ihnen natürlich billiger kommt.

In Wien ist der größte traditionelle Rettungsdienst der Arbeitersamariterbund (ASB), daneben gibt es die Wiener Berufsrettung, die Malteser, Johanniter und das Wiener Rote Kreuz.

Neuerdings sind am Wettbewerbsmarkt für Krankentransporte mehrere Privatfirmen aufgetaucht, allen voran die Firma Haller und die von dieser abhängigen Firma GWS-Krankentransport-GesmbH, sowie der ÖHTP-Fahrtendienst, formal ein Behindertenverein, der jetzt auch ins Transportgeschäft eingestiegen ist. Nach Gerüchten aus gemeinnützigen Rettungsdiensten ist die Firma Haller angeblich mit der WGKK gut verbandelt. So hat die Haller-Mobil-Gesellschaft vor kurzem auch die Genehmigung für Liegendtransporte ab 2015 bekommen - was ihre Profitaussichten erhöht und das Rettungswesen weiter aushöhlt..

Weder GWS noch ÖHTP haben überhaupt das Recht, ein Blaulicht zu verwenden, da es sich um reine Transportfirmen handelt. Anders als die schon seit ca. 25 Jahren tätige Firma Grünes Kreuz, die damals angeblich auf Druck der FPÖ die Blaulichtlerlaubnis bekam, obwohl sie nichts als ein besseres Taxisunternehmen sind (das wegen falsch verrechneter Kosten an die Gebietskrankenkassa mehrfach unter Betrugsverdacht geriet, aber

nie verurteilt wurde). Ein weiterer Mitbewerber im Geschäft um Krankenkassa-finanzierte Transporte ist der SMD (Sozialmedizinischer Dienst), der früher dem BZÖ, jetzt den Neos nahe steht, und auch am Kuchen mitschneidet.

Weder das Grüne Kreuz noch der SMD dürfen in Wien Aufträge der Rettung (Wiener Berufsrettung) übernehmen, weil sie in keiner Weise den medizinischen Auflagen entsprechen (d.h. eine sehr schlechte, jedenfalls unzureichende Ausbildung haben). Das Grüne Kreuz pfercht in der Praxis immer wieder mehrere Patient/innen zugleich hinten rein, obwohl Sammeltransporte verboten sind (teilweise befinden sich dann 3-4 Patient/innen hinten in einem Rettungsauto zusammengedrängt).

Es ist ein großer Unterschied, ob ein Rettungsfahrzeug mit medizinischer Ausrüstung und entsprechendem Personal (z.B. Notfallsanitäterausbildung usw.) eingesetzt werden, oder ob ein Taxi daherkommt, das von außen wie ein Rettungsauto aussieht.

In letzter Zeit wird immer mehr Druck auf die Ärzte ausgeübt, dass sie keine (angeblich „unnötigen“) Sondertransporte mehr veranlassen, sondern einen „einfachen Transport“ (mit dem grünen Schein) verschreiben. Das hilft den Taxifirmen im Rettungslook zu höheren Umsätzen und Gewinnen, und die WGKK „spart sich“ Geld.

Diese ganzen Missstände hängen eng mit dem

Sparwahn bei der WGKK zusammen und haben angeblich in letzter Zeitschon zu kritischen Situationen bei Krankentransporten z.B. von Dialysepatient/innen geführt, wo keine medizinisch ausreichend ausgebildeten Rettungsfahrer, sondern einfach nur „Fahrer“ dabei waren, deren ganze Ausbildung in einem Erste-Hilfe-Kurs bestand, wie ihn alle bei der Führerscheinprüfung machen müssen.

Während für die Bankenrettung problemlos Milliarden geschenkt und praktisch zinsenlose Kredite vom Staat vergeben werden, ist für gemeinnützige Organisationen im Gesundheitsbereich angeblich kein Geld da. Hier zeigt sich deutlich, wo die Prioritäten des bürgerlich-kapitalistischen Staats liegen, worauf sich die angeblichen „Volksvertreter“ in ihrer Arbeit konzentrieren.

Das Gesundheitssystem im Kapitalismus funktioniert nach den Interessen der Kapitalverwertung. Investiertes Kapital muss sich lohnen, d.h. Profit bringen. Die Investitionen in Arbeitskräfte (Löhne, Sozialleistungen,...) müs-

sen Mehrwert und Profit schaffen, sonst funktioniert das Ausbeutersystem nicht. Fürs Gesundheitswesen bedeutet das, solange bei jemandem die Arbeitsfähigkeit rasch wieder hergestellt werden kann, wird (meist über die Krankenkassen) dafür viel Geld eingesteckt. Wenn eine Krankheit lange dauert, wird an der Behandlung gespart. Wenn jemand chronisch krank wird, also nur noch teilweise oder garnicht arbeitsfähig ist, wird gespart. Wenn jemand alt und nicht mehr arbeitsfähig ist, wird sehr genau auf die Kosten geschaut, ob das nicht „unnütze Geldverschwendung“ ist. Das ganze wird ideologisch verbrämt auch zur Spaltung der Arbeiter/innenklasse eingesetzt.

Eine besonders reaktionäre Strömung in der bürgerlichen Ideologie ist es, Menschen, die keinen Profit mehr bringen in den Tod zu treiben. Gerade in letzter Zeit gibt es weitere Vorstöße, z.B. aus der Umgebung der Neos, die Patiententötung zu legalisieren. Ein Hintergrund davon ist, dass die Lebenserhaltung eines Menschen in den letzten 3 Monaten vor

dem Tod weitaus am teuersten kommt. Deshalb ergeben sich hier für menschenverachtende Theoretiker und Propagandisten die größten „Einsparungspotentiale“. Und auf der politischen Ebene wird dann statt Solidarität (und Sterbebegleitung) die „Sterbehilfe“ eingefordert bzw. propagiert. Der früher dafür verwendete Begriff „Euthanasie“ (= schöner Tod) ist durch die industriellen Massenmorde der Nazifaschisten in Verruf geraten und wird vermieden. Mit „Sterbehilfe“ ist aber ebenso wie mit Euthanasie gemeint, dass alte und kranke Personen dazu verleitet und gedrängt werden sollen, ihrer gezielten Tötung zuzustimmen. (Gleichzeitig vertreten wir entschieden das Recht auf Suizid, das besonders von christlichen Religionsgemeinschaften bestritten wird.)

Gegen alle Bestrebungen in diese Richtung (unter welchem scheinheiligen Mantel sie auch immer daher kommen) müssen wir entschieden auftreten.

***Gegen Faschismus
und Patiententötung!
Wehret den Anfängen!***

Fluchthilfeprozess – Refugee Protest Vienna

Ende Juli 2013 wurden acht Personen der selbstbestimmten Wiener Protestbewegung von Flüchtlingen (Refugee Protest Vienna) nach Pakistan und Ungarn abgeschoben. Diese hatten zuvor monatelang auf Mängel im österreichischen Asylsystem aufmerksam gemacht und sich in zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie Märschen, Zeltcamps in der Stadt, Besetzung und Kunstprojekten für Bewegungsfreiheit und Entkriminalisierung von Migration eingesetzt.

Ab dem zweiten Tag der Abschiebungen folgten Festnahmen von acht weiteren Refugees aus dem Umfeld dieser Protestbewegung. Unter dem Vorwurf, Mitglieder einer millionenschweren, gewalttätigen und internationalen Schlepperorganisation zu sein, wurden ... diese Festnahmen legitimiert.

Die Anklageschrift gegen die acht betroffenen Refugees stützt sich weitestgehend auf polizeiliche Telefonüberwachungsprotokoll bzw. deren teils inkorrekte Übersetzungen. Die sich seit sechs bzw. acht Monaten in Untersuchungshaft befindlichen Refugees wurden am 27. März 2014 entlassen. Bis September wurden 30 Prozesstage durchgezogen. Jetzt wurden weitere 13 Termine bis Anfang Dezember festgelegt.

Infos: solidarityagainstrepression.noblogs.org

Nächste Prozesstermine:

22.10.
28.10.
3.11.
5.11.
10.11.
12.11.
19.11.
20.11.
28.11.
4.12.

jeweils ca. 9:00 bis 15:30 (mit kl. Mittagspause)
Landesgericht Wr.Neustadt (nicht Bezirksgericht!)
Schwurgerichtssaal im 1. Stock
Maria-Theresien-Ring 5, 2700 Wiener Neustadt

#FLUCHTHILFEPROZESS
SOLIDARITÄT MIT DEN ANGEKLAGTEN
REFUGEES!



Am Sa. 11.10.2014 kam eine Gruppe von Personen im St. Hyppolit-Haus in St.Pölten zusammen, die viele Jahre in der Entwicklungszusammenarbeit in Afrika, Asien und Lateinamerika tätig waren. Einige aus dieser Gruppe gaben die folgende Erklärung ab:

E B O L A ist keine Naturkatastrophe.

- Ebola ist eine Krankheit der Armen.
- Die ungebremste Ausbreitung ist eine Folge des (Welt-)Wirtschaftssystems.
- Seit Jahrzehnten zwingen Internationale Finanzinstitute (z.B. die Weltbank, der Internationale Weltwährungsfonds und auch die EU) verarmte Länder bzw. deren Regierungen öffentliche Gesundheitssysteme zugunsten von privater Krankenversorgung zu vernachlässigen und abzubauen. Die ärmsten und oft auch die mittleren Bevölkerungsschichten können sich weder Ärzte, noch Medikamente leisten.
- Jean Ziegler sagt nicht zu Unrecht „Jedes Kind, das an Hunger oder an einer leicht behandelbaren Krankheit stirbt, ist ein ermordetes Kind“
- Dazu kommt, dass die pharmazeutische und medizinische Forschung zur Bekämpfung der Krankheiten der Armen (eben Ebola, Malaria, Dengue Fieber, TBC, HIV/AIDS u.s.w) nicht im nötigen und möglichen Ausmaß betrieben wird, weil die Ergebnisse solcher Forschungen keine „marktgerechten“ Gewinne abwerfen.
- Dass auch die Mittel der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit fast nie auch nur die Hälfte der vor einer Generation zugesagten 0,7% des BIP erreichten, hat tiefe Spuren bei den Projekten hinterlassen, die sich in den sog. Ländern der „Dritten Welt“ mit der Verbesserung von öffentlichen Gesundheitssystemen befassen.
- Wir rufen dazu auf, dass in der öffentlichen Diskussion und der veröffentlichten Meinung, die sozialen Hintergründe und Zusammenhänge von „unbeherrschbaren Seuchen in fernen Ländern“ klarer dargestellt werden und dass zu einem allgemeinen Bewusstsein beigetragen wird, dass „wir“ uns um diese Probleme nicht erst kümmern müssen, wenn Gefahr besteht, dass kranke Personen „vor unserer Türe“ stehen und uns anstecken könnten.

Rückfragen und Unterstützungen bei Gerhard Burda, gerhard.burda@chello.at // 06991-9543222

Für neue Leser/innen:



Und zum 97. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution empfehlen wir:



Die „Proletarische Revolution“ erscheint seit 2001. Sie greift mit revolutionär-kommunistischen Positionen in aktuelle Kämpfe und in damit verbundene praktische und theoretische Auseinandersetzungen ein. So setzt sie die Tradition der von den Marxisten-Leninisten Österreichs 1963 gegründeten „Rote Fahne“ und der 1972 bis 1980 erschienen österreichischen (Wochen-) Zeitung „Klassenkampf“ fort. Das Kollektiv Proletarische Revolution stellt sich die Aufgabe, durch die Verbindung der Erfahrungen und Lehren von nahezu 200 Jahren revolutionärer, internationaler Arbeiter/innen-Bewegung mit dem aktuellen Klassenkampf in Österreich und weltweit einen Beitrag zu leisten zur Bewusstmachung und Revolutionierung der Arbeiter/innenklasse im heutigen Österreich.

Die „Proletarische Revolution“ kämpft in der Tradition der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung. Diese hat sich vor einem halben Jahrhundert intensiv mit den Fehlern der kommunistischen Partei der Sowjetunion auseinandergesetzt und ab Anfang der 1960er Jahre einen scharfen Kampf gegen die Wegbereiter des bürokratischen Staatskapitalismus in der Sowjetunion geführt. Die theoretische und praktische Verteidigung einer marxistisch-leninistischen Generallinie für die Weltrevolution hat damals zur Gründung neuer, revolutionär-kommunistischer Zeitungen und Parteien geführt, die sich an der chinesischen Kulturrevolution unter Mao Zedong orientierten. Das Kollektiv Proletarische Revolution geht davon aus, dass ohne positive Berücksichtigung der theoretischen und praktischen Leistungen der chinesischen Kulturrevolution die Theorie und Praxis der revolutionären kommunistischen Bewegung nicht entsprechend den aktuellen Anforderungen des revolutionären Klassenkampfes weiterentwickelt werden können.

Die „Proletarische Revolution“ bringt in 4 bis 6 Ausgaben jährlich sowohl agitatorische und propagandistische Aufrufe, Stellungnahmen und Redebeiträge zu aktuellen Kämpfen als auch wissenschaftliche Untersuchungen, Analysen und Thesen von österreichischen und international relevanten Parteien und Organisationen der revolutionären kommunistischen Weltbewegung.

Die „Proletarische Revolution“ ist unabhängig von Staat und Kapital und finanziert sich ausschließlich aus Spenden, Abo-Einnahmen und anderen freiwilligen Beiträgen. Abo-Bedingungen siehe Umschlag hinten!

Die „Proletarische Revolution“ kann als pdf-Datei im Netz unter proleval.wordpress.com heruntergeladen werden.

Kollektiv Proletarische Revolution

WIDERSTAND UND GELEBTE UTOPIEN

Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan



Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan

Herausgeberinnenkollektiv c/o Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

Buchvorstellung und Bezugsadresse im Inneren der Zeitung auf S. 67



İbrahim Kaypakkaya - Programmatische Schriften Neuherausgabe 2013

zu bestellen bei: **trotz alledem** trotz.alledem@gmx.net

Solidarität mit dem Kampf
der 595 entlassenen
Putzarbeiterinnen des
griechischen Finanzministeriums!



Im Abo

kostet die PR
für 1 Jahr

im Inland 20,-
Sozialabo 15,-
im Ausland 30,-
Euro



Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber,
für den Inhalt verantwortlich

Kollektiv ★ Proletarische Revolution

c/o Stiftgasse 8, 1070 Wien
www.prolrevol.wordpress.com

Die Proletarische Revolution liegt in folgenden
Buchhandlungen / Vereinslokalen auf (und ist dort
auch käuflich zu erwerben):

- Buchhandlung Frick, 1010 Wien, Schulerstraße 1-3
- Buchhandlung des ÖGB, 1010 Wien,
Rathausstraße 21/Ecke Universitätsstraße
- Literaturcafe Buchhandlung Lhotsky, 1020 Wien,
Rotensterngasse 4/Ecke Taborstraße
- Marxer Lesestube, 1030 Wien, Marxergasse 18
- Buchhandlung Jauker, Sampogasse 4, 1140 Wien
- Buchhandlung Alex, 4020 Linz, Hauptplatz 21
- Buchhandlung Hacek, 9020 Klagenfurt, Paulitschgasse 5-7
- Rotes Antiquariat, Rungestraße 20, D-10179 Berlin
- M 99, Manteuffelstraße 99, D-10997 Berlin
- Aufbau Buchvertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich

Zeitungen, Sachbücher,
Romane und vieles mehr
MARXER LESESTUBE

Vereinslokal des
**MARXER Literatur-
und Studienklubs**

A-1030 Wien, Marxergasse 18
(Ecke Gärtnergasse,
5 Minuten von U3/U4 Landstraße)

Tel: 0681 / 10278815

Filme: donnerstags 18.00 Uhr
(siehe Ankündigung auf der Innenseite)
und nach Vereinbarung

